

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



19. April 1986
Jg. 7 Nr. 8

G 7756 D

Preis:
2,50

Lohnvernunft '86



Kohl kurt:

AUCH DER KANZLER HUNGERT.

Gefährlicher Gaddafi: Der Wahn, der aus der Wüste kommt



USA: Militärischer Überfall auf
die Sozialistische Islamische Volks-
republik Libyen Seite 7



Dr. R. Opitz gestorben: Ein antifa-
schistischer Wissenschaftler – Sei-
ne Bedeutung für den BWK Seite 32



Sozialismus/Revisionismus: Wie
entwickelt sich die Sowjetunion?
Zu einigen Ergebnissen des 27. Par-
teitages der KPdSU Seite 34

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

FDP: "Eigene Vorsorge" und "Anreiz zur Arbeit" statt Versicherung 4

Anti-NATO-Kongreß: Rolle der BRD sehr umstritten..... 7

USA: Militärischer Überfall auf Libyen..... 7
"Hände weg von Libyen!". "War-time Host Nation Support" 8

Lohnbewegung Metall: Gesamtmetall gegen untere Lohngruppen. Bricht die IGM das Tabu? 9

IGM-Jugendkonferenz: Ökonomische und soziale Situation der Arbeiterjugend 10
Anträge der Jugendkonferenz 11

Auslandsberichterstattung

Palästina: PLO will Bruch mit Jordanien vermeiden und Spaltung überwinden..... 12
Hauptfeinde sind Israel und USA, nicht Jordanien 13

USA: Presse bereitet Boden für Angriff auf Libyen..... 13

Nordirland: Faschistische Banden im Streit mit London 14

Italien: Protest gegen Sondersteuer auf "schwarz" gebaute Häuser..... 14

Mexiko: Der wirtschaftliche Bankrott kündigt sich an..... 15

Brasilien: Fünftgrößter Rüstungsexporteur..... 15

Internationale Meldungen. 16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen:
§ 116 AFG: Nur Verlust des "stillen Verbündeten"..... 18
"IWG-Weg aus der Rentenkrise"... 18
R. Süßmuth: Restauration der monogamen Familie..... 18
Arbeitszeit: Euro-Flexibilisierung 19

Staatsschutzgesetz: "Verfassungsrechtliche Bedenken" oder gründliche Kritik der Verfassung? 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten..... 21

Fremdfirmenbeschäftigte: Das schmutzige Geschäft mit Leih-

DGB hält sich nicht an EGB-Vereinbarung

Ende März meldete der DGB-Nachrichtendienst, daß die Ständige deutsch-türkische Gewerkschaftskommission sich getroffen habe. Diese Gewerkschaftskommission besteht nicht aus dem DGB und dem verbotenen türkischen Gewerkschaftsverband DISK, sondern aus DGB und dem regierungstreuen Türk-Is, dessen Mitgliedschaft vom Europäischen Gewerkschaftsbund storniert wurde. Aber nicht nur das: Beide Gewerkschaften vereinbarten, daß es für eine "friedliche" Eingliederung der türkischen Jugendlichen in der BRD nötig sei, die türkischen Jugendlichen über die Notwendigkeit einer qualifizierten beruflichen Ausbildung zu informieren. Zum einen wird damit dem Türk-Is die Möglichkeit gegeben, in der BRD besser agitieren zu können. Zum anderen ist es eine Frechheit, so zu tun, als hätten die türkischen Jugendlichen kein Interesse an Qualifikation, statt die Kapitalisten und auch die staatlichen Stellen für ihre Ausbildungspolitik anzugreifen. In Köln z.B. deckte der Ausländerbeirat im letzten Herbst auf, daß die Stadt ihre Ausbildungsplätze nur zum geringen Teil an ausländische Jugendliche vergibt. Der DGB hat mit dieser Anerkennung des Türk-Is in der BRD einen weiteren Schritt gemacht, die Politik der BRD gegenüber der Türkei zu rechtfertigen und das faschistische Regime in der Türkei anzuerkennen. – (eve)

Pfarrer verweigern Trauung in Uniform

Im März 1986 lehnten mehrere evangelische Pfarrer die Trauung von Bundeswehrangehörigen in Uniform ab. Ein Pastor in Bremen erklärte, die Uniform sei ein "Hoheitszeichen, das in die Kaserne gehört". Nicht immer hat er solche Trauungen verweigert, aber angesichts der zunehmenden Häufigkeit sehe er "allmählich klarer, wo die Grenzen sind". Eine Pfarrerin in Duisburg verlangte von dem Bräutigam noch vor der Kirchentür, er solle sich umziehen. Der Deutsche Bundeswehrverband treibt zu kriegerischen Demonstrationen in der Kirche an: "Ein gewisser Stolz, Soldat zu sein, ein Stück Bekenntnis spielt da mit hinein." Pfarrer, die Trauungen in Uniform ablehnten, hätten "ein gestörtes Rollenverhältnis". Innerhalb ihrer Kirche erhielten die Pfarrer Unterstützung nur von dem leitenden Pfarrer der bremischen Landeskirche, Smidt, der erklärte, Soldaten hätten keinen Anspruch auf Trauung in Militärkleidung. Der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Kruse, vertrat die Auffassung, "im Namen Gottes" sei alles möglich. Die nächste Kirchenkonferenz der EKD wird sich mit dieser Frage beschäftigen. Zu be-

fürchten steht, daß sie sich der Richtlinie des Militärbischofs Binder fügt, der am 24.3. in "Bundeswehr aktuell" verkündigte: "Wenn ein evangelischer Christ kommt, der die Überzeugung vertritt, daß er mit seinem Beruf als Soldat dem Frieden am besten dient und er es zu seiner Persönlichkeit rechnet, daß er Uniform trägt, um die Bedeutung seines Berufs für ihn selbst und die Gemeinschaft



Eine Pfarrerin verhinderte diese Trauung in Uniform

mit seinen Kameraden deutlich zu machen, so muß dies meiner Überzeugung nach vom Pfarrer respektiert werden, auch wenn er die Auffassung nicht teilt." Die Grenze sei für ihn mit dem Tragen von Waffen gegeben. Damit stellt er dies schon jetzt als Möglichkeit des Auftretens in Kirchen dar. Ungeteilt tritt die katholische Kirche für die Einheit des Bekenntnisses zur Bundeswehr und zu Gott ein. Fälle von Verweigerung seien nicht bekannt, erklärte der Sprecher des katholischen Militärbischofsamts, Oberhem. Der Dienstherr bestimme, und die Kirche habe kein Recht, Zensur auszuüben. – (anl)

Aufruf zur "Aktion Muttertag" Frau Süßmuth rentiert sich

Am 10. Mai findet zum dritten Mal die "Aktion Muttertag" als zentrale Demonstration in Bonn statt. Der Trägerinnenkreis umfaßt Demokratische Sozialisten, DKP, GRÜNE, Jungdemokraten, Jungsozialistinnen. Der Aufruf orientiert auf die Bundestagswahl. Sowohl in der Kritik der reaktionären Frauen- und Familienpolitik als auch in den Forderungen steht der Aufruf weit hinter den Positionen verschiedener gewerkschaftlicher Frauentage zurück. "Erziehungsgeld ein Almosen, das uns zur Aufgabe des Arbeitsplatzes bewegen soll", ist alles, was zum Erziehungsgeldgesetz gesagt wird, das immerhin eine weitgehende Beseitigung des Mutterschutzes, der Lohnfortzahlung, sowie gesetzliche Ausdehnung von Teilzeitarbeit und Zeitverträgen und die kalte Beseitigung der sozialen Notlagenindikation zum Ergebnis hat. Weder die Rücknahme des Erziehungsgeldgesetz-

zes noch der Änderungen im Scheidungsrecht werden gefordert. Wo man im letzten Jahr noch einhellig für die ersatzlose Streichung des § 218 war, steht diese Forderung jetzt gleichberechtigt neben der nach Fristenregelung. Aus der Forderung Quotierung bei qualifizierten Stellen wurde Quotierung in allen Bereichen. Positiv nimmt sich in diesem Zusammenhang die Forderung nach Rücknahme des Beschäftigungsförderungsgesetzes sowie Verbot von KAPOVAZ, Job-Sharing und Heimarbeit aus. Bei der Kindererziehung wird der Schwerpunkt auf die Familie gelegt: drei Jahre bezahlter Elternurlaub, Anerkennung von Erziehungszeiten bei Frauenrenten, gesellschaftliche Einrichtungen für Kinder als "Entlastung von Familienarbeit". Verglichen mit den gewerkschaftlichen Forderungen, die am diesjährigen Internationalen Frauentag erhoben wurden, kann man sagen, in diesem Teil der Frauenbewegung hat Frau Süßmuth sich bereits bezahlt gemacht für die Bundesregierung. — (rec)

Wahltaktik des DGB zu den Sozialwahlen

Bis zum 4. Juni finden die Sozialwahlen 1986 statt. Gewählt werden die Versichertenvertreter zu den Selbstverwaltungsgremien der rund 1300 Sozialversicherungsträger der gesetzlichen Renten-, Unfall- und Krankenversicherung. Diese meist paritätisch mitbesetzten Gremien beschließen u.a. über die Satzungen, die Höhe der Beiträge, Art und Umfang der Leistungen und überprüfen die satzungsgemäße Verwendung des Beitragsaufkommens. Sie haben somit erheblichen Einfluß z.B. auf die Höhe des Nettolohns, den Gesundheitszustand der lohnabhängigen Bevölkerung und die Arbeitsbedingungen.



Die DGB-Abstimmung gegen die Änderung des § 116 AFG verläuft erfolgreich: Trotz von Kapitalisten erwirkten Verboten beteiligen sich oft mehr als nur die Gewerkschaftsmitglieder. Trotz allem reaktionärem Geifern, die Aktion sei verfassungsfeindlich, beteiligt der DGB ausdrücklich die ausländischen Arbeiter an der Abstimmung über ein Gesetz des Deutschen Bundestages. — (alk)

Der DGB-Bundesvorstand bekräftigte im August 1985 seinen bereits früher gefaßten Beschluß, daß der DGB einheitliche Listen für diese Wahlen erstellt, ausgenommen zu den Organen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) sowie der Angestellten-Ersatzkrankenkassen. (Das sind die Bereiche, in denen gewählt wird, ansonsten finden "Friedenswahlen" ohne Wahlakt statt.) Dort kandidieren neben dem DGB Listen der Gewerkschaften HBV, ÖTV und IG Metall. Sie gehen untereinander und mit der Katholischen Arbeiterbewegung, dem Kolpingwerk und der Evangelischen Arbeitnehmerbewegung Listenverbindungen ein. Ziel dieser Wahltaktik ist, den bei der BfA und den Ersatzkassen kandidierenden "Versicherten-Wählergemeinschaften" im Zuge des Verhältniswahlrechts Sitze abzugewinnen.

Die Vertreter dieser Wählergemeinschaften sind meist ehemalige Geschäftsführer der jeweiligen Kasse, über ihre Programmatik gibt es kaum Publikationen. In den Vertreterversammlungen treten sie berufsständisch auf und sind z.B. für mehr Selbstbeteiligung der Versicherten und gegen jeden Vorschlag der Gewerkschaftsvertreter in Richtung einer einheitlichen Krankenversicherung. So drängt der DGB seit langem auf einen Finanzausgleich zwischen Ersatz- und Ortskrankenkassen, um das unterschiedliche Versicherungsrisiko und die damit verbundenen Leistungs- und Beitragsunterschiede auszugleichen. Die Wählergemeinschaften stehen auf dem Standpunkt, das Problem sei eben Sache der Arbeiter selbst. Bedauerlich ist, daß der DGB solche Fragen, die den Zusammenhang Arbeit und Gesundheit aufdecken, nicht zu Wahlkampfthemen macht. — (has)

arbeitern wird verstärkt. 22

Ausländische Jugendliche: Selbstverteidigungskomitee der antifaschistischen Jugend 22

Antifaschismus: Ruhrgebiets-treffen beschließt Demonstration gegen FAP 23

CSU: Wie die kommenden Wahlen gewinnen? 23

Krankenhäuser: Schlechte Arbeitsbedingungen führen zu hohen Fehlzeiten wegen Krankheit 24

Kostendämpfung: Verdichtung der Stationsarbeit durch Pflegedokumentation. 25

Selbstverwaltungen: Arbeitskreise für Arbeitsschutz. 25

Bezirksbeiräte Heideberg: Oberbürgermeister und CDU befürchten Störungen der Kapitalisteninteressen. 26
Politische Entrechtung in Kommunen 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung. 28

IG Druck München: Jahresversammlung beschließt Vorgehen zu Landtagswahlen. 29
Beslossene Anträge. 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Kriminalromane: Kirchenmänner auf der Spur von Verbrechen .. 30
Inquisition für den Zehnten. 30
Umberto Eco: "Der Name der Rose" 30
Eco über seine Absichten 30
Pater Brown, Kleriker des einfachen Witzes 30
Ein Rabbi als Detektiv 30
Bruder Cadfael deduziert. 31
Mord im polnischen Kloster 31

Kriminalroman: Die fesselnde Wirkung der Trennung von Kirche und Staat 31

Reinhart Opitz: Ein Antifaschist – seine Bedeutung für den BWK 32

Spezialberichte

Sozialismus / Revisionismus: Wie entwickelt sich die Sowjetunion? Zu einigen Ergebnissen des 27. Parteitags der KPdSU. 34
Reform des Volksbildungswesens. . 38

Titelbild: Karikatur, sip, Göttingen

"Schwerpunkte liberaler Sozialpolitik"

Ein FDP-Beitrag zur Sozialpolitik der Koalition: "Eigene Vorsorge" und "Anreiz zur Arbeit" statt Versicherung

Als ersten Teil einer auf dem Parteitag 1979 beschlossenen Überarbeitung der programmatischen Grundsätze hat das FDP-Präsidium den Programmentwurf "Schwerpunkte liberaler Sozialpolitik" veröffentlicht, der grundlegende Änderungen in der Renten- und Krankenversicherung verlangt. Die FDP umreißt darin, auf welche Weise sie die von ihr schon lange erhobene Forderung nach "Weniger Staat und weniger Bürokratie, Dezentralisierung; mehr Eigenverantwortung" in bezug auf kollektive Schutzversicherungen der Lohnabhängigen durchgesetzt sehen will. Ein liberaler Grundsatz dabei ist – so der Programmentwurf:

"Soziale Leistungen müssen so gestaltet sein, daß die Anreizfunktion für Arbeit und eigene Vorsorge nicht in Frage gestellt wird."

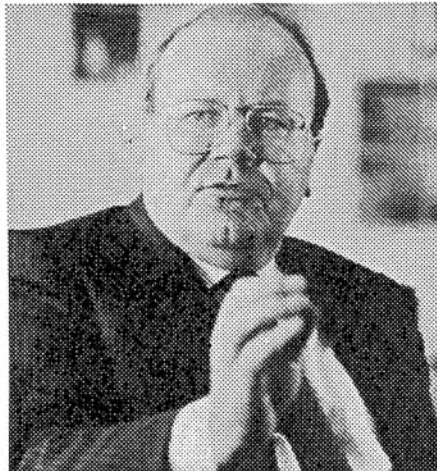
Die Lohnabhängigen werden durch Besitzlosigkeit zur Arbeit "gereizt". Die Arbeiterbewegung hat kollektive Versicherungen erkämpft, um vor der Konkurrenz und den Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise geschützt zu sein, eben weil der Lohn eigene Vorsorge für Zeiten nicht erlaubt, in denen die Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht verkaufen können, sei es, weil der Arbeitsmarkt überfüllt ist, sie krank sind oder ihre Arbeitskraft verbraucht ist. Sie haben zudem die Zahlung eines Teils der Beiträge durch die Kapitalisten erkämpft. Die FDP will dieses kollektive Versicherungsprinzip und die Zahlung der Kapitalisten zugunsten der "eigenen Vorsorge" beseitigen. Was

soll der "Anreiz zur Arbeit" für kranke oder alte Lohnabhängige anderes bedeuten, als das sie sich zu Tode schinden sollen?

Das Programm ist darauf angelegt, den Kapitalisten freie Bahn zu schaffen für jegliche Vernutzung der Arbeitskraft. Die FDP macht sich daran, die sichtbare Schicht von Lohnabhängigen, die mehr Geld verdienen, als sie aktuell verbrauchen, die also von ihrem Lohn individuelle Vorsorge treffen können, diejenigen, die die FDP als "Elite" gewinnen will – für ihr Programm zu mobilisieren.

Bei Krankheit:
Privatversicherung

"Die FDP will die Bürger gegen die



Bangemann: "Prozentuale Selbstbeteiligung" bei der Krankenversicherung muß schnell her.

existentiellen Risiken, möglichst unabhängig vom Staat, in selbstverwalteten, selbstfinanzierten und sachgerecht gegliederten Risikogemeinschaften sichern" – so der Programmentwurf. Das heißt: Die Lohnabhängigen sollen ihre Beiträge vollständig selbst zahlen, die Kapitalisten werden von der Beitragszahlung entbunden und die Hemmschwelle, die Arbeitskraft bis zur Krankheit zu schinden, wird niedriger, denn irgendwelche Kosten entstehen den Kapitalisten nicht.

Alle Versicherten sollen prozentual für alle Leistungen von Einrichtungen des Gesundheitswesens zahlen. Sie sollen zudem ärztlichen Untersuchungen, Medikamente, Prothesen, Krankenhausbehandlungen und Kuren selbst vorab bezahlen und erst hernach gegenüber den Krankenkassen geltend machen. Damit wird für einen Teil der Lohnabhängigen gesundheitliche Versorgung schlicht unerschwinglich. Entweder können sie den Anteil an Arzt- und Behandlungskosten nicht aufbringen oder überhaupt nicht in Anspruch nehmen, weil sie den verlangten Vorschuß nicht zahlen können.

Für die rechte Entfaltung der Marktkräfte soll zwar die Pflicht zur Versicherung beibehalten, aber der Wettbewerb unter Krankenkassen, Ärzten, Krankenhäusern und Arzneimittelproduzenten gefördert werden. Dann entscheidet das Einkommen, welche Ärzte und Krankenhäuser für Reiche, Besserverdienende und Arme geeignet sind, welche Krankenkassen wen versichern, welche Versicherung bezahlbar ist. Für eine staatliche Al-

Steuernachteile ausländischer Arbeiter bekräftigt

Kinder ausländischer Arbeiter werden ab 1986 nicht mehr auf der Lohnsteuerkarte eingetragen und für diese Kinder wird auch kein Kinderfreibetrag eingetragen. Das Bundesfinanzministerium hat nunmehr eine von ZdK-Präsident H. Maier als "Erleichterung für die Anwendung des Steuergesetzes" begrüßte Regelung veröffentlicht: Bei Unterhaltsleistungen für Kinder im Ausland wird bis 2484 DM auf den Nachweis verzichtet. Dies gilt ab sofort. Der Pauschalbetrag ist gestaffelt nach sog. geschätzten Lebenshaltungskosten. Bei der Türkei wird ein Betrag in Höhe von 2/3 von 2484 DM jährlich, bei den Philippinen von 1/3, bei EG-Ländern von 100% anerkannt. Mit dieser Durchführungsregelung wird die grundsätzliche Diskriminierung mit allen Steuernachteilen bekräftigt: denn die "Re-

gelung" des BMF bezieht sich auf die bisher bereits bestehende Anerkennung für "Unterstützungsleistungen an bedürftige Angehörige". Der Nichteintrag auf der Steuerkarte bleibt. Neu ist bloß, daß für die Anrechnung dieser Leistungen jetzt auch je nach Land gesenkte Beträge vorgeschrieben werden. – (haj)

Polen: Bundesregierung verstärkt den Druck

Die Bundesregierung hat den Besuch des polnischen Außenministers Orzechowski genutzt, um ihren Druck auf die polnische Regierung zu steigern. Wenige Tage, bevor in London eine neue Umschuldungskonferenz mit der polnischen Regierung begann, unterstrich Kohl, die Beziehungen könnten sich "um so günstiger entwickeln, je konstruktiver sich die Zusammenarbeit in Politik und Kultur wie auch auf humanitärem Gebiet gestaltet." Genscher verdeutlichte: Man wünsche

mehr Ausreisemöglichkeiten für "Ausreisewillige" und daß diejenigen, "die sich zur deutschen Volkszugehörigkeit bekennen, in Polen ihre kulturelle Identität entfalten dürfen." Beides soll der Bundesregierung helfen, in Polen vierzig Jahre nach Kriegsende wieder Leute aufzutun, die ihre großdeutschen Bestrebungen unterstützen. Ohne Nachgeben gegenüber diesen Wünschen, so BDV-Präsident Czaja, dürfe Polen keine neuen Kredite bekommen. – (rül)

AA: Zusammenarbeit mit Revanchistenverbänden

Am 10. April teilte das Auswärtige Amt mit: "Eine Woche vor dem Besuch des rumänischen Außenministers Ilie Vaduva in Bonn empfing Bundesaußenminister Genscher Vertreter der Landsmannschaften der Siebenbürger Sachsen sowie der Banater und Satmarer Schwaben. Genscher ließ sich über humanitäre Fragen und Minderheiten-



"Bedarfsdeckung" zum Sozialhilfesatz: Das heißt im Alter in Zwei- oder Dreibettzimmern oder bei den Kindern hausen.

mosen"versicherung" bliebe Raum.

Schließlich will die FDP einen "Krankheitsbegriff", der "einer Industriegesellschaft angemessen ist", und, verbunden damit, das Recht der Krankenkassen, selbständig Leistungen aus ihrem Programm zu streichen. Das BDI-Institut IdW hat kürzlich veröffentlicht, welche Kosten den Kapitalisten durch die letzte Grippewelle entstanden sind, und merkte an, den Krankenkassen würden kaum höhere Kosten entstehen, weil die "Bagatell"-Medikamente von den Versicherten bezahlt würden. Die Möglichkeit, die Grippe zur "Nichtkrankheit" zu erklären, ist damit angedeutet.

Das FDP-Konzept hat eine perfide Wirkung: Die Krankenkassen könnten Beiträge senken, weil die hart Arbeitenden und schlecht Bezahlten nur Beiträge zahlen, aber die Leistungen nur äußerst beschränkt oder mangels

Vorabzahlung gar nicht in Anspruch zu nehmen können. Für Leute, die Vorauszahlung und Selbstbeteiligung leisten können, würden auch Ersatzkassen reizvoll, weil billig werden. Die hart Arbeitenden finanzierten mit ihren Beiträgen einen Teil der Versicherungsleistungen für Besserverdienende.

Zudem würde die vollständige private Handhabung der meisten Krankenversicherungen den Kapitalisten erheblich erleichtern, gesellschaftlich anerkannte Mindestansprüche zu beseitigen. Bisher stehen die Orts-, Betriebs- und Ersatzkassen unter staatlicher Aufsicht. Das bedeutet auf der einen Seite staatliche Kostendämpfungspolitik. Aber auf der anderen Seite ist gesellschaftlich unumstritten, daß die Krankenkassen gesellschaftliche Bedürfnisse zu erfüllen haben und nicht Privatanliegen.

Altersrente: Sozialhilfe oder Privatversicherung

In der Rentenversicherung will die FDP auf jeden Fall beseitigen, daß die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung ausreichend sind. Da feststeht, daß private Rentenversicherungen nur für einen geringen Teil der Lohnabhängigen als vollständige Alterssicherung möglich sind, strebt sie hier vor allem eine Umgestaltung der staatlich kontrollierten Rentenversicherungsleistungen an.

"Durch ein gemeinsames Zusammenwirken aller Beteiligten, der aktiv Beschäftigten, der Rentner und des Staates" soll die Finanzierung der Renten auf eine "tragfähige Basis" gestellt werden. Die Beschäftigten sollen auf die Anrechnung von Ausbildungs- und Arbeitslosenzeiten auf die Rente verzichten. Über den "Beitrag der Rentner" schweigt die FDP. Wie anders kann er aussehen, als niedrigere Renten und kürzeren Rentenbezug, d.h. frühen Tod, hinzunehmen?

Alle Rentner mit Niedrigrenten sollen eine "Grundsicherung" erhalten, indem die Rentenversicherungen den Sozialämtern mitteilen, welche Versicherten Niedrigrenten haben, die Sozialämter sich um die Zahlung von Sozialhilfe kümmern und die Kinder in solchen Fällen nicht zur Ausgleichszahlung herangezogen werden können. Damit ist die Sozialhilfe zum "bedarfsdeckenden" Grundeinkommen erklärt.

Unter dem Titel "Mehr Wahlfreiheit" für den Übergang vom Altersleben in den Ruhestand will die FDP langfristig eine Erhöhung des Rentenalters und Rentenkürzungen durchsetzen. "Teilrenten" für Lohnabhängige, die wegen des Verschleißes ihrer Arbeitskraft früh in Rente gehen müssen, sollen vermehrt eingeführt wer-

probleme der Rumäniendeutschen informieren." (zitiert nach: FAZ, 11.4., S. 1) Großdeutsche Revanchistenverbände als regelmäßige "Berater" Genschers vor Staatsbesuchen: Kein Wunder, wenn die Kritik an Genscher aus Unionskreisen lauer wird. – (rül)

EWS: D-Mark als Leitwährung gestärkt

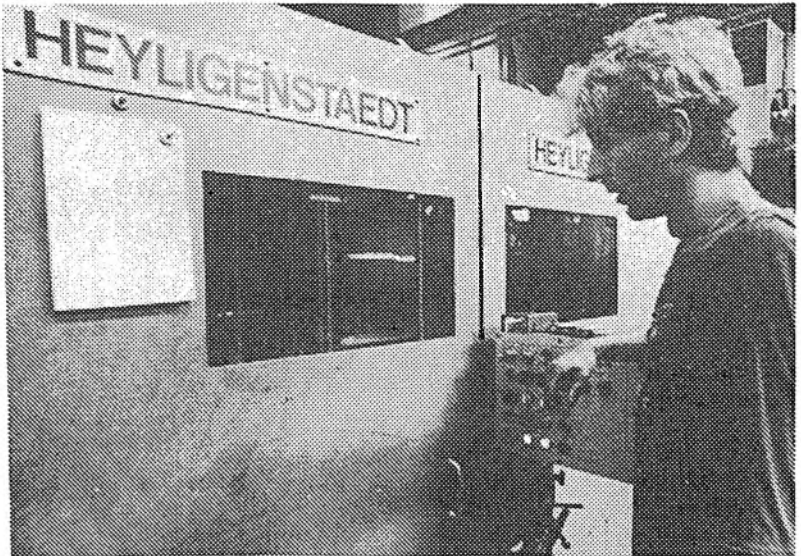
Mit einer Aufwertung der D-Mark und des niederländischen Gulden um 3% und einer Abwertung des französischen Franc um 3% endete am 6.4. eine Währungskonferenz der Finanzminister und Notenbankchefs der EWG. Diese Beschlüsse sind eine Reaktion auf die Expansion der westdeutschen Kapitalisten. Im vergangenen Jahr steigerten sie ihre Ausfuhren nach Frankreich auf 64 Mrd. DM und übertrafen die Lieferungen französischer Kapitalisten in die BRD um 15 Mrd. DM. Wenn die französischen Kapitalisten nicht weitere Marktverlu-

ste riskieren wollten, war eine Franc-Abwertung unausweichlich. Die Expansion westdeutscher Kapitalisten wird das dennoch kaum bremsen: Ihre Warenexporte nach Frankreich werden nun zwar teurer. Sie können aber auch ihre Rohstoffe billiger einführen und französische Fabriken billiger kaufen. Das "Handelsblatt" droht schon der nächsten Konkurrenz: Bei einem britischen EWS-Beitritt müsse London "sich im Verbund der beherrschenden EWS-Währung, der D-Mark, unterordnen, die Geldelite in London geriete unter das Diktat der Bundesbank." – (rül)

Bundesbank: Neuer Rekordgewinn

Am 9. April hat der Zentralbankrat der Bundesbank den Jahresabschluß 1985 verabschiedet. Erneut hat die Bundesbank einen Rekordgewinn erzielt: 12,9 Mrd. DM, von denen die Bundesregierung 12,7 Mrd. DM ausge-

zahlt bekommt und über ihren Haushalt zur weiteren Stärkung des westdeutschen Monopolkapitals ausgeben kann. Der Rekordgewinn der Bundesbank ist das augenfälligste Zeichen für den Umfang internationaler Kreditgeschäfte, die die westdeutschen Imperialisten heute wieder abwickeln. Allein die Bundesbank weist in ihrer letzten Bilanz von Ende März "Guthaben bei ausländischen Banken und Geldmarktanlagen im Ausland" von 41,9 Mrd. DM aus. Aus diesen Guthaben – der größte Teil davon sind Dollarguthaben in den USA – ist der Bundesbank der größte Teil ihrer Gewinne entstanden. Die hohen Zinsen in den USA, nach mancher sozialdemokratischer Klage angeblich eine "Belastung" für die BRD, kommen so den westdeutschen Kapitalisten nicht nur direkt, d.h. für ihr eigenes, in den USA angelegtes Geld, sondern auch über die Bundesbank und deren Gewinnabführung zugute. – (rül)



Arbeit, die höchste Konzentration und einseitige Belastungen erzwingt, Arbeit, die krank macht: Dagegen verlangt die FDP: "muß der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung überprüft und ein Krankheitsbegriff definiert werden, der einer Industriegesellschaft angemessen ist und nicht die Organisation des Systems sprengt."

den – aber auch die Möglichkeit, so lange zu arbeiten, wie man eben muß, um überhaupt eine Rente zu erhalten, von der man leben kann.

Der Staat soll für Kindererziehungszeiten Beiträge in die Rentenversicherung einzahlen. Damit wären die Ansprüche auf gesellschaftliche Versorgung der Kinder erschöpft, denn in der Begründung führt die FDP an, daß schließlich die Kindererziehung ein Beitrag zur Gewährleistung des "Generationenvertrages" in der Rentenversicherung sei und dieses honoriert werden müsse. Weitere Rentensenkungen sind damit angekündigt. Wer keine Kinder großgezogen hat, hat keinen Beitrag zum Generationenvertrag geleistet und damit weniger Anspruch auf Rente.

Außerdem müsse die Rentenversicherung stärker gegliedert werden, in die Sozialhilfe-Grundsicherung, die

beitragsabhängige Regelsicherung und Förderung privater oder betrieblicher Zusatzversicherungen. Das fördert die Bindung des Arbeiters an den Betrieb und die Bestrebungen höherer und mittlerer Angestellter, durch eigene Zusatzversicherungen ihre Rentenansprüche zu erhöhen.

Die Kapitalisten stimmen zu

Die Arbeitgeber haben den Programmtext der FDP als "nützlichen Beitrag" zur "Reform der sozialen Sicherung" bezeichnet. Eine ausdrückliche Forderung an das Programm haben sie allerdings: Die Abschaffung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall müsse mit aufgenommen werden.

Dieser Aufforderung kann die FDP folgen. Sie hat mit ihrem Programmtext einen Rahmen für das Pro-

gramm der Regierungskoalition in den nächsten Jahren abgesteckt. Sie hat Forderungen, wie sie z.B. die CSU 1982 bereits auf ihrem Gesundheitspolitischen Kongreß aufgestellt hat, aufgenommen. Die Kapitalisten tragen über die FDP ihren Vorstoß gegen das gesamte Versicherungssystem vor. Hinsichtlich ihrer Planungen ist die Regierungskoalition jedenfalls nicht angeschlagen, sondern bereitet weitere Angriffe auf die Lohnabhängigen vor. Diese Vorhaben müssen in den laufenden und kommenden Wahlkämpfen kritisiert werden.

Quellenhinweis: Freie Demokratische Korrespondenz v. 24. März 1986; Handelsblatt v. 12. u. 27.3.86; Politische Berichte Nr. 19/82; Politische Berichte – Extra, Der soziale Rechtsstaat, Steuerplünderung und Umwandlung von Versicherungsleistungen in Almosen, 16. April 1984, Broschüre – (uld)

Staatsbesuch Chun Do Hwan: Demokratie gut fürs Geschäft

Nach den Südkoreareisen 1985 der Bundesminister Genscher, Stoltenberg, Warnke und Wörner und von Ministerpräsident Strauß kam letzte Woche der südkoreanische Diktator Chun Doo Hwan, noch von der SPD/FDP-Regierung eingeladen, in die BRD. Das Interesse der BRD-Monopole und der Monopole in der EG am Schwellenland Südkorea: dort zur Eroberung des ostasiatischen Marktes weiter Fuß zu fassen und damit der vorherrschenden japanischen und US-Konkurrenz Marktanteile abzugewinnen. EG-Banken sind zwar der zweitgrößte Kreditgeber des Landes, aber die Monopole in der EG spielen als Investoren und Handelspartner bislang nur eine Nebenrolle. Ergebnis des Besuchs: U.a. Verträge über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit und über die Nutzung der Kernenergie zwischen der

BRD und Südkorea. Bundespräsident Weizsäcker gab seinem Gast auf den Weg, mehr Demokratie und Parlamentarismus seien besser fürs Geschäft. – Gegen den Besuch Chun Doo Hwans und die Unterstützung der Diktatur durch die Bundesregierung protestierten am letzten Donnerstag in Bonn mehrere hundert Menschen. – (wom)

Thälmann-Mord-Angeklagter rechtfertigt Massenmorde

Der wegen Beteiligung an der Ermordung des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann angeklagte Wolfgang Otto hat die Massenmorde an sowjetischen Kriegsgefangenen als notwendig gerechtfertigt. Gegen Ende der Zeugenvernehmung rechtfertigte Otto diese Massenmorde, an denen er selber als SS-Mann im KZ Buchenwald beteiligt war und dererwegen er nach Kriegsende von den Alliierten zu mehrjähriger Haft verurteilt worden war, mit der

Bemerkung, das seien "Vergeltungsmaßnahmen für das gewesen, was die Russen mit unseren eigenen Soldaten an der Ostfront machten." Der Widerstand sowjetischer Soldaten und Partisanen gegen die faschistische Invasionsarmee als Rechtfertigung für den Massenmord an sowjetischen Gefangenen – der angebliche biederer Schulmeister Otto versucht, seine Verbrechen zu rechtfertigen. Die Beweisaufnahme im Prozeß steht kurz vor dem Abschluß. – (rül)

Wörner in Israel: Waffen für den "tiefen Schlag"?

Vom 6. bis 10. April besuchte Wörner als erster westdeutscher Verteidigungsminister Israel. "Der Besuch dient insbesondere dem sicherheitspolitischen Dialog über die Gesamtlage weltweit sowie im Nahen Osten", teilt das Verteidigungsministerium mit. Die BRD will ihre Beziehungen zum zionistischen Siedlerregime enger ge-

Anti-NATO-Kongreß

Rolle der BRD in der NATO sehr umstritten

Der Diskussionskongreß "Frieden mit der NATO?" fand am 12./13.4.86 in Köln statt. Es nahmen über 400 Leute daran teil. Sehr wichtig war, daß gleich bei der Eröffnung eine Initiative "Kein Frieden mit den Nazis" mit Transparenten sich gegen die Teilnahme des "Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion (LDD)" wandte. In einem Redebeitrag wiesen die Antifaschisten nach, daß es altbekannte Nazis sind, die hier mit scheinbar linken Parolen rechtsextreme Deutschlandpolitik in der Friedensbewegung verbreiten wollen und einige Grüne und SPD/Jusos als Unterzeichner in ihrem Schlepptau haben. Mit großer Mehrheit beschloß der Kongreß den Ausschluß dieser Reaktionäre.

Die Diskussion in den Arbeitsgruppen machte deutlich: Die Rolle der NATO als aggressives Kriegs Bündnis gegen die Staaten Osteuropas und die sog. "Dritte Welt" ist wesentlich unumstrittener als die Beurteilung der Rolle der BRD-Imperialisten in diesem Kriegs Bündnis. Die Versuche, die Rolle der BRD zu beschönigen und zu verharmlosen als "Vasallenstaat" der USA, als von den USA "hineingezwungen", waren vielfältig. Es bedurfte argumentativer Mühe, dem Nachweis eigenständiger imperialistischer Ausbeuterinteressen der BRD nach innen wie außen in den Diskussionen Raum zu verschaffen. Die Mehrzahl der Referenten war anderer Meinung.

Besonders beunruhigend ist, daß unter der Themenstellung "Friedliche Koexistenz/Entspannung/Gesamteuropäische Friedensordnung und die NATO-Frage" (schriftlicher Diskus-

sionsbeitrag aus der Friedensliste) folgendes vertreten wurde: "Man muß aufhören, Europa von den USA her oder vom Gegensatz zwischen den beiden Weltmächten her zu definieren. Europa ist vielmehr durchaus das 'gemeinsame Haus' der Europäer (so Gorbatschow, vorher schon Breschnew)... Zu den Bewohnern des 'gemeinsamen Hauses', zu den Europäern gehören nun einmal die Russen und andere Völker der Sowjetunion, und die Amerikaner leben nun einmal auf einem anderen Kontinent... Wenn die Westeuropäer über ihre wirtschaftliche Zukunft, ihre Konkurrenzfähigkeit besorgt sind, sollte sich ihr Augenmerk vor allem auf die enormen Reserven richten, die in einer wechselseitig komplementären, sich wechselseitig befruchtenden und anspornenden west/osteuropäischen Zusammenarbeit liegen..." (K. D. Bredthauer, Blätter f. dt. u. intern. Politik). Bei solcher Nähe zu Egon Bahrs "Sicherheitspartnerschaft" oder den gesamteuropäischen Friedenskonzepten der CDU/FDP nutzt es auch wenig, wenn in der Stellungnahme aus der Friedensliste der Versuch gemacht wird, Richtiges mit Falschem zu vereinen: "zielgerichtete Entwicklung des KSZE-Folgesystems in Europa zur gesamteuropäischen, auch friedenspolitischen Zusammenarbeit und Eingrenzung der von relevanten Kräften in der BRD ausgehenden revanchistischen Gefahr, d.h. Anerkennung der europäischen Nachkriegsordnung... und damit der endgültigen deutschen Zweistaatlichkeit". Wer letzteres gegen die BRD durchsetzen will, muß unbedingt das "gesamteuropäische" Gewand des westdeutschen Revanchismus kritisieren.

Zum Abschluß des Kongresses wurde eine Resolution "USA: Hände weg von Libyen!" verabschiedet, in der es

u.a. heißt: "Erste bundesdeutsche Stimmen... fordern offen, daß europäische Staaten und damit auch die BRD kriegerische Aktionen gegen Libyen nicht allein den USA überlassen. Ein gemischter NATO-Verband solle das schmutzige Geschäft erledigen... Wir verurteilen die ständig verschärften militärischen Angriffe der USA... Weder die NATO noch die Bundeswehr dürfen sich an Durchführung und Vorbereitung dieser Angriffe beteiligen!" Bekanntgegeben wurde, daß ein Arbeitskreis der Grünen die Bereitstellung von DM 10000.- für Aktionen gegen eine Libyen-Intervention beschlossen hat. Weiter forderte der Kongreß die Kündigung des Wartime-Host-Nation-Support-Abkommens durch die BRD (siehe S. 8).

Der anschließende zähe Versuch, die sonstigen kontroversen Positionen zur NATO und BRD in einem Kompromißpapier zu "vereinigen", wäre gescheitert unterblieben. Da zudem noch der Wortlaut nicht schriftlich vorlag, können wir dieses Abschlußpapier erst später im Nachrichtenheft Jugend/Militär dokumentieren. — (mab)

USA

Militärischer Überfall auf Libyen

Mit 35 Bombern, die von Flugzeugträgern der 6. US-Flotte im Mittelmeer und von Basen in Großbritannien gestartet waren, haben die USA in der Nacht zum 15. April Libyen angegriffen und Ziele in Tripolis und Bengasi bombardiert. Nach Rundfunkberichten aus arabischen Ländern vom 15.4. hat der Angriff 70 Menschen das Leben gekostet und zahlreiche Gebäude und Anlagen zerstört.

stalten. Besonders interessiert zeigte sich Wörner an den israelischen Erfahrungen bei der Bekämpfung sowjetischer Waffen, z.B. der an Syrien gelieferten Raketen und Panzer. Auch an israelischen "Drohnen", ferngesteuerten Aufklärungsflugzeugen, um weitreichende Geschosse besser ins Ziel lenken zu können, zeigte sich Wörner interessiert. Diese könnten für einen "tiefen Schlag" in Mitteleuropa gegen Truppen des Warschauer Pakts genutzt werden. Bei allem Interesse an solchen Waffen: Wer Herr ist und wer Hund, blieb deutlich. Wörner nutzte seinen Besuch, um auch das Interesse der Bundesregierung an Waffenlieferungen an die arabischen Staaten zu bekunden. Die Bundesregierung werde Leo-II-Panzer an Saudi-Arabien liefern, wenn sie das für opportun halte. Er sei auch nicht gekommen, um hierüber mit der israelischen Regierung zu reden, ließ Wörner verlauten. — (rül)



Der Vorsitzende der SPD und der Sozialistischen Internationale Brandt führte ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC, Oliver Tambo. Der ANC verlangt wie der PAC den Boykott der RSA durch die Imperialisten. Brandt fand eine Möglichkeit, nach jahrelanger Weigerung für Sanktionen aufzutreten: Sie dürfen nur in dem Umfang sein, in dem die Schwarzen Opfer auf sich zu nehmen bereit seien. Um das zu erkunden, reiste er am 13.4. nach Südafrika. — (uld)

Als Vorwand für ihren Angriff nahmen die USA einen Bombenanschlag auf eine Westberlin Diskothek. Am 12.4. hatte die libysche Botschaft gegen die Behauptungen, die Libyen für den Anschlag verantwortlich machten, eindeutig Stellung genommen. Welche Interessen auch sollte Libyen an einem Anschlag auf eine Diskothek haben? Die US-Regierung dagegen konstruierte aus dem Anschlag den lang gesuchten Rechtsgrund für eine Militäraktion gegen Libyen: Mit dem Attentat, das im US-Sektor von Westberlin stattgefunden hat und bei dem ein US-Soldat getötet und mehrere andere US-Bürger verletzt worden waren, sei ein Fall gemäß Art. 51 der UN-Charta eingetreten. Artikel 51 sieht das Recht auf individuelle bzw. kollektive Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs vor. Für keinen anderen Ort in Europa als Westberlin, wo sie Hoheitsrechte ausüben, hätten die USA diesen Artikel geltend machen können.

Warum aber haben die USA Libyen angegriffen? Die libysche Regierung hat in der Vergangenheit einen großen Teil der Einnahmen aus dem Öllexport zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung verwendet. Sie hat eine vorsichtige Aufbaupolitik eingeschlagen, die Abhängigkeit des Landes vom imperialistischen Weltmarkt gering gehalten und ist z.B. mit der EG als einziges nordafrikanisches Land keine engen wirtschaftlichen Bindungen eingegangen. Die Imperialisten finden deshalb weder aussichtsreiche Ansatzpunkte für rasch wirksamen wirtschaftlichen Druck, noch finden sie Kollaborateure im Land. Zudem hat Libyen keinen Hehl daraus gemacht, daß es Befreiungsbewegungen unterstützt: "Ich halte die Anwendung von Gewalt für gerechtfertigt, wenn ein koloniales und unterdrücktes Volk seine Befreiung fordert und der Kolonialist oder Unterdrücker nicht aufgeben will." (Ghaddafi)

Die militärische Aggression gegen Libyen soll erzwingen, was wirtschaftlicher Druck nicht vermag: die Regierung Ghaddafi stürzen und die wirtschaftliche Unabhängigkeit Libyens zerstören, seinen Aufbau um Jahre zurückzuwerfen.

Die westeuropäischen Regierungen verbreiten, bis auf die britische, den Eindruck, als hätten sie ernsthafte Einwände gegen die Militäraktion. Tatsächlich sind sie darin verstrickt und teilen die Ziele der Aggression. Die "Frankfurter Allgemeine" hatte erst am 9.4. die Beteiligung "mit einem gemischten Verband" verlangt. Daß die westeuropäischen Imperialisten davon Abstand genommen haben, soll ihnen erlauben, ihren politischen Druck auf die arabischen Staaten und speziell Libyen zu verschärfen, sich enger der EG anzuschließen. Ein abgekartetes Spiel zwischen USA und EG! – (rül, scc)

Resolution des Kongreß: "Frieden mit der NATO?" und "Wartime Host Nation Support"

USA, Hände weg von Libyen!

Erneut hat die US-Regierung militärische Angriffe gegen Libyen angekündigt.

Systematisch bereitet die Reagan-Administration immer weitergehendere militärische Aktionen gegen Libyen vor. Sie läßt bereits einen unerklärten Krieg auf kleiner Flamme führen. Die militärischen Angriffe auf Schiffe der libyschen Marine und eine an Land gelegene Flugabwehrstellung aus einem US-Manöver heraus Ende März sind Ausdruck dieser Politik. Systematisch wird die Öffentlichkeit mit nicht bewiesenen Behauptungen über die Verantwortung Libyens für den Westberliner Bombenanschlag auf weitere, erneut verschärfte Militäraktionen der USA vorbereitet.

Erste bundesdeutsche Stimmen – so etwa in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 9.4.86 – fordern offen, daß europäische Staaten und damit auch die Bundesrepublik kriegsrische Aktionen gegen Libyen nicht allein den USA überlassen. Ein gemischter NATO-Verband solle das schmutzige Geschäft erledigen.

Und nicht nur während der Raketenangriffe Ende März, sondern auch in der jetzt wieder verschärften Konfrontation werden z.B. die Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik wieder in Stellung gebracht – ein unmißverständliches Signal – vor allem an die UdSSR – bei Militäraktionen der USA sei Zurückhaltung angebracht. Gleichgültig wie man die Politik Libyens einschätzt, sie ist keinerlei Rechtfertigung für den unerklärten Krieg der USA gegen Libyen.

Wir verurteilen die ständig verschärften militärischen Angriffe der USA und die ideologische Kampagne zur Rechtfertigung dieses Vorgehens!

Weder die NATO noch die Bundeswehr dürfen sich an Durchführung und Vorbereitung dieser Angriffe beteiligen!

Das Wartime Host Nation Support Abkommen, das die Voraussetzungen dafür beinhaltet, daß die Bundesrepublik die USA bei militärischen Aktionen gegen Libyen und anderswo als logistische Drehscheibe unterstützt, muß sofort gekündigt werden!

Frieden mit der Nato? – Wehret den Anfängen!

(Verabschiedet vom Kongreß "Frieden mit der NATO?", Köln, 13.4.86)

"Wartime Host Nation Support"

Obige Resolution ist ein nützliches Dokument gegen die imperialistische Aggression gegen Libyen. Insbesondere eine Kündigung des "Wartime Host Nation Support"-Abkommens würde die Möglichkeiten der BRD, sich an solchen Aggressionen zu beteiligen, direkt einengen.

Das "Wartime Host Nation Support"-Abkommen wurde am 15.4.82 von der Regierung Schmidt/Genscher mit der US-Regierung abgeschlossen. Darin heißt es: "Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika beabsichtigt, im Falle einer Krise oder eines Krieges im Einvernehmen mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihre in der Bundesrepublik Deutschland stationierten vier Divisionen und dazugehörigen fliegenden Staffeln innerhalb von zehn Tagen um sechs weitere gepanzerte, mechanisierte und Infanteriedivisionen und dazugehörige fliegende Staffeln zu verstärken ... Für Zwecke dieses Abkommens stellen die Vertragsparteien gemeinsam fest, wann eine Krise oder ein Krieg besteht ... beabsichtigt die Bundes-

republik ... 1. militärische Unterstützung durch Einheiten der Bundeswehr ... Diese Unterstützung erstreckt sich auf: a) Sicherung von Einrichtungen der US-Luftwaffe; b) Unterstützung von US-Luftwaffen-teilen auf gemeinsamen Einsatzflugplätzen; c) Flugplatzinstandsetzung; d) Sicherung von US-Heereseinrichtungen; e) Transport, Umschlag und Nachschubleistungen; f) Abtransport von Verwundeten; g) Sicherung von Kriegsgefangenen ..."

Die BRD sichert also den USA Unterstützung zu, sollte eine Verstärkung ihrer Truppen für Aggressionen nötig werden. Das stärkt die USA, verschafft aber vor allem der BRD die Möglichkeit, in bilateralen Verhandlungen direkt auf solche US-Aggressionen Einfluß zu nehmen und sich so daran zu beteiligen. Eine Kündigung des Abkommens würde diese Möglichkeit der BRD bedeutend schmälern. Die Propaganda gegen das Abkommen müßte ergänzt werden durch eine Propaganda gegen das Stationierungsabkommen BRD-USA, auf dessen Grundlage die die USA ihre militärischen Befehlszentralen und Truppen in der BRD stationiert haben.

Lohnbewegung Metall

Gesamtmittel gegen die unteren Lohngruppen Bricht die IGM das Tabu?

Bei Erscheinen dieser Ausgabe wird in Nordwürttemberg-Nordbaden zum vierten Mal verhandelt. Daß dabei abgeschlossen wird, ist unwahrscheinlich. Zu groß ist der Gegensatz zwischen den Lohninteressen der Arbeiterbewegung und den Forderungen auf der einen Seite und dem Angebot und Abschlußziel der Metallkapitalisten auf der anderen.

Die Umstände des ersten Angebots sind aufschlußreich. Stihl, Vizepräsident von Gesamtmittel, hat es in Nordwürttemberg-Nordbaden vorgelegt. Es sieht vor: 3,8% ohne Verbesserung für die unteren Lohngruppen plus überhaupt nichts für die Auszubildenden gegen die Forderung von 150 DM mehr, mindestens 7%, und 65 DM für die Auszubildenden. Offensichtlich sucht Gesamtmittel eine Entscheidung dort, wo am entschiedensten zugunsten der unteren Lohngruppen gefordert wird, und nicht etwa dort, wo nichts oder wenig dafür verlangt wird. Das gleichartige Angebot in NRW spricht nicht gegen diese Einschätzung, denn auch in NRW wird diesmal ein wirksamer Mindestbetrag (nämlich 7% auf die Ecklohngruppe, das sind 0,81 DM in der Stunde bzw. 135 DM im Monat) gefordert.

Der Grund wird in folgendem liegen: Gesamtmittel rechnet damit, daß ein Lohnabschluß in einem Tarifgebiet ohne Forderung für die unteren Lohngruppen nicht einfach bundesweit übernommen werden könnte, daß also die Bewegung für eine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen so nicht zum Erliegen gebracht würde, sondern weiterginge. Deshalb strebt Gesamtmittel die Entscheidung, und das heißt die vollständige Niederlage der Bewegung für die unteren Lohngruppen, dort an, wo diese Bewegung stark ist.

Die Lohnentwicklung, die mit der Propaganda von Gesamtmittel begründet und mit dem 3,8%-Angebot beziffert wird, sieht so aus: Die Tariflöhne sollen möglichst wenig steigen. Viel weniger, als die Kapitalisten zahlen könnten. Ein Abschluß mit einer Vier vor dem Komma. Die übrigen Mittel sollen betrieblich für eine stärkere Lohndifferenzierung nach Regionen, Branchen und Qualifikationen eingesetzt werden. Gesamtmittel strickt nach dem Muster, das der Sachverständigenrat letzten November in seinem Gutachten schon aufgezeichnet hatte.

Weidlich ausgeschlachtet wird dabei die aktuell niedrige Teuerung. Vor dem Hintergrund dieser Teuerung soll auch die magerste Nominallohnsteigerung noch als stattliche Kaufkraft-

steigerung dastehen. Der Trick von Gesamtmittel dabei ist: Nur die Entwicklung des letzten Jahres wird zugrundegelegt. So läßt sich eine allgemeine Reallohnsteigerung leicht herausrechnen. Tatsächlich bestimmen sich die Lebensumstände nach den aufsummierten Reallohnverlusten der ganzen letzten Jahre. Diese äußern sich mit zeitlicher Verzögerung, aber nachdrücklich. Ein Beispiel ist die jüngste Meldung des TÜV, daß er im letzten Jahr 11% mehr durchgerostete Autos aus dem Verkehr gezogen hat als im Jahr davor. Würde der TÜV auch Haushaltsgeräte überprüfen, wäre das Ergebnis dasselbe. Zum Ausgleich dieser Verlustentwicklung sind die Metallkapitalisten – freiwillig – nicht bereit.

Das stärkste Tabu haben sie aber gegen die stärkere Anhebung der un-

teren Lohngruppen gemacht und die Kritik der Bezahlung und der Arbeitsbedingungen zurückgestellt. Prompt machen die Metallkapitalisten – kaum daß sie in der gegenwärtigen Konjunktur wieder mehr Maschinenarbeiter brauchen und folglich in unteren Lohngruppen wieder einstellen – daraus eine soziale Großtat und verbitten sich jede Kritik an den miesen Löhnen. Und bauen die Gewerkschaft als Schuldigen an Rationalisierungsmaßnahmen auf, die sie sowieso und ständig betreiben.

Warum führen die Kapitalisten den Kampf bei den unteren Lohngruppen so strategisch entschlossen? Sie haben eine Reihe von Motiven.

- Sie wollen massenhaft Löhne und Gehälter, die so niedrig sind, daß sich ihre Bezieher für Flexi-Arbeitsverhältnisse interessieren müssen. Für Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit mit ihren Zuschlägen.

- Sie brauchen die schlechtbezahlte einfache Handarbeit in ihrer reaktionären Leistungs-ideologie. Sie propagieren die Verachtung gegen die einfache Handarbeit, die sie selber



Frauen in einem Montagebetrieb. Ihre Löhne sollen für den eigenständigen Lebensunterhalt nicht mehr ausreichen.

teren Lohngruppen aufgerichtet. Hier sind sie entschlossen, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen und keinesfalls nachzugeben. Sie argumentieren mit den Arbeitsplätzen: "Denn auch die Ungelernten brauchen Arbeit. Mehr Lohnzuwachs für die unteren Lohngruppen schadet dort, wo er angeblich nutzen soll. Einfache Arbeit verteuert sich zu stark. Dadurch steigt der Kostendruck in den Betrieben. Ungelernte haben es dann noch schwerer, ihre Arbeit zu behalten oder einen Arbeitsplatz zu finden. Darum: Das Verhältnis von Lohn und Leistung muß gerade bei den einfachen Tätigkeiten im Lot bleiben."

Die Kapitalisten bedanken sich hier auf ihre Art bei den Sozialdemokraten. Die sozialdemokratischen Politiker haben den Kampf um Arbeitsplät-

ze zur Priorität gemacht und die Kritik der Bezahlung und der Arbeitsbedingungen zurückgestellt. Prompt machen die Metallkapitalisten – kaum daß sie in der gegenwärtigen Konjunktur wieder mehr Maschinenarbeiter brauchen und folglich in unteren Lohngruppen wieder einstellen – daraus eine soziale Großtat und verbitten sich jede Kritik an den miesen Löhnen. Und bauen die Gewerkschaft als Schuldigen an Rationalisierungsmaßnahmen auf, die sie sowieso und ständig betreiben.

- Sie wollen die gewerkschaftliche Kraft aus den unteren Lohngruppen schwächen, indem sie die Gewerkschaften als unfähig blamieren, die Lage der Leute in diesen Lohngruppen zu verbessern. (Entsprechend bei den Auszubildenden, denen überhaupt jede tarifliche Verbesserung verwehrt werden soll.)

Die Frage ist, ob die maßgeblichen sozialdemokratischen Kräfte in der IG Metall ihrerseits den Kampf für die Besserstellung der Beschäftigten der unteren Lohngruppen strategisch hoch einordnen und entsprechend nachdrücklich führen. – (alk, rok)

14. IG Metall Jugendkonferenz

Schwergewicht: Ökonomische und soziale Situation der Arbeiterjugend

Vom 3.4. bis 5.4. fand in Hannover die 14. Jugendkonferenz der IG-Metall statt. 222 Delegierte, die knapp 450000 jugendliche Mitglieder (1983 waren es 430000, 1985 423000) in der IGM vertreten, legten die Arbeitsschwerpunkte für die nächsten drei Jahre fest, und beschlossen über ein Antragspaket von 149 Anträgen und 89 Änderungs- und Initiativanträgen.

Die Hauptauseinandersetzungspunkte dieser Konferenz waren die Bereiche "Tarifpolitik" (28 Anträge), "Jugendarbeit der IGM" (28), "Jugendarbeitslosigkeit/Berufliche Bildung" (19), "Internationale Solidarität" (21), "Rechtsradikalismus/Neofaschismus" (5). Desweiteren lagen Antragspakete zu den Bereichen Satzung und Richtlinien, Kulturarbeit, Wirtschaftspolitik, Jugendarbeitsschutz, Frieden und Abrüstung und sonstige Anträge vor.

Schärfere Auseinandersetzungen zwischen den Delegierten und dem Vorstand der IG-Metall, wie sie auf der letzten Konferenz an dem Fall Gassmann und der Frage offizieller Beteiligung der Gewerkschaften am Ostermarsch und anderen Aktivitäten der Friedensbewegung stattfanden, gab es auf dieser Konferenz nicht. Relativ un widersprochen konnten die Vorstandsmitglieder Hans Mayr und Horst Klaus (zuständig für den Bereich Jugend) Wahlrummel für die SPD veranstalten. In seinem Einführungsreferat kommt Mayr nach acht Seiten Ausführungen zum AFG 116 auf den Punkt: "Eines aber steht fest: Ein Gesetz, das gegen die Mehrheit der Wähler in die Welt gesetzt worden ist, kann von der Mehrheit der Wähler wieder aus der Welt geschafft werden ... Der entscheidende Schritt dazu aber sind die Bundestagswahlen im Januar 1987. Hier geht es darum, die politischen Mehrheitsverhältnisse grundlegend zu ändern. Wir brauchen eine Regierung für und nicht gegen die Arbeitnehmer."

Und mit einer ganz ähnlichen Orientierung Horst Klaus: "Wenn die bestehende Mehrheit keine andere Politik macht, brauchen wir eine andere Mehrheit. Das Zeichen, das die Regierenden in Wahlzeiten noch immer am besten verstehen, ist das Kreuz auf dem Stimmzettel. Es ist nicht das einzige, aber ein wirksames politisches Werkzeug. Und gerade junge Arbeitnehmer, die dieses Werkzeug in der Vergangenheit oft gering geschätzt und häufig zu wenig genutzt haben, sollten nicht vergessen: Es sind vier Jahre ihres Lebens, über die da entschieden wird bei den nächsten Wahlen."

Diese Position ist in den Diskussio-

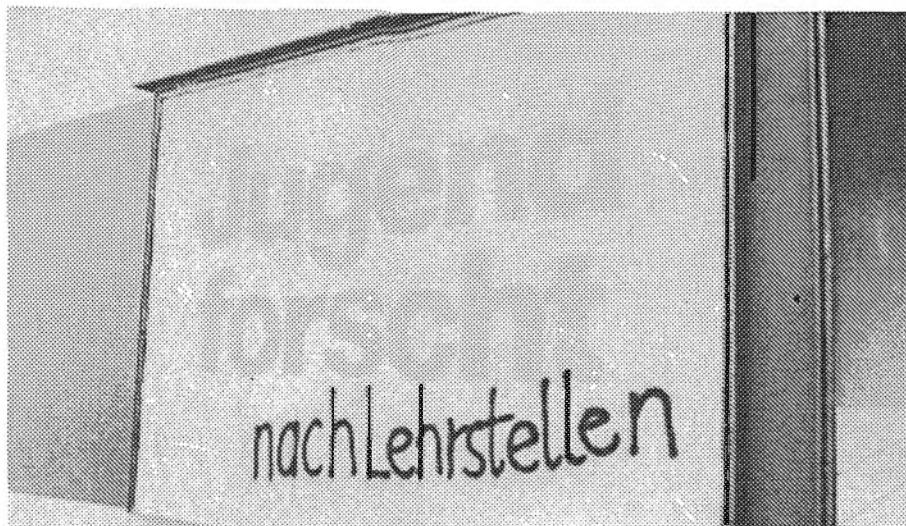
nen zu den Referaten kaum kritisiert worden. Scharfe Kritik gab es aber dagegen, das die Auszubildenden als ein Beschäftigtenteil bei der 38,5-Stunden-Woche im wesentlichen ausgegrenzt wurden und bei der Entwicklung der Ausbildungsvergütung die größten Einbußen hinnehmen mußten. Bei der Diskussion um die Anträge, die eine Anbindung der Ausbildungsvergütung an die unterste Lohngruppe fordern, wurde von verschiedenen hauptamtlichen Metallern gegen diese Forderung geredet, weil sie die Tarifkommissionen auf eine Forderungsart festlegen würde und eine Forderung von z.B. 60 DM für alle Azubis viel greifbarer sei. Die Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen.

In dem Bereich Frieden und Abrüstung richteten sich bis auf einige Anträge zur Verlängerung von Wehr- und

Aktionseinheiten gegen die FAP berichtet und darauf hingewiesen wurde, daß neofaschistische Gruppen von Kreisen in der CDU/CSU als Rechtsaußen gehalten und unterstützt werden. Die meisten Redner forderten zur Einheit aller Antifaschisten gegen neofaschistische Organisationen auf. In mehreren beschlossenen Anträgen wird das Verbot von FAP, NPD, Wehrsportgruppen und faschistischen Traditionsverbänden gefordert.

Breiten Raum nahm auch die Diskussion um die Möglichkeiten der Durchsetzung von Jugend- und Ausbildungsververtretungen ein. In den letzten Jahren hat das steigende Eintrittsalter von Berufsanfängern zu einem ständigen Sinken der Anzahl von Jugendvertretungen und deren Größe geführt. Der Druck der Unternehmensleitungen auf die Jugendvertreter, die sich auch für die Interessen der über 18-jährigen einsetzen, hat zugenommen.

Insgesamt bietet das beschlossene Antragspaket an vielen Punkten die Möglichkeit, für die Interessen Jugendlicher im Betrieb aktiv zu wer-



Derzeit führt die DGB-Jugend in Aktionseinheit mit verschiedenen anderen Jugendorganisationen in Niedersachsen eine Unterschriftensammlung und Aktionen für ein Lehrstellenfinanzierungsgesetz auf Landesebene durch.

Zivildienstzeit und gegen öffentliche Gelöbisse alle Anträge gegen SDI und die Bestrebungen der US-Imperialisten. Eine Kritik an Eureka, an der konventionellen Aufrüstung der BRD oder der politische Strategie des BRD-Imperialismus kommt nicht vor. In dem Bereich internationale Solidarität beschäftigte sich der Großteil der Anträge mit Nicaragua, wahrscheinlich auch, weil der IGM Vorstand bis kurz vor dieser Konferenz weitere Arbeitsbrigaden nach Nicaragua ablehnte. Der Rest der Anträge fordert zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Südafrika und die Durchsetzung von Boykottmaßnahmen auf. Eine ganze Reihe von Wortmeldungen gab es zu dem Bereich Rechtsradikalismus/Neofaschismus, wo im wesentlichen aus Aktionen und

den. Es bietet aber auch Möglichkeiten, Aktionseinheit im antifaschistischen Kampf und proletarischen Internationalismus zu betreiben. Von daher ist überhaupt nicht einsichtig, warum man sich auf den vom Vorstand betriebenen SPD-Wahlrummel einlassen sollte. Man kann nur dem Redner dankbar sein, der darauf hinwies, daß Sozialabbau unter der Sozialdemokratie begonnen hat, man also unabhängig von Wahlen über Mittel und Kampf-formen zur Durchsetzung unserer Interessen zu diskutieren habe. Und der darauf hinwies, daß die IG Metall eine Einheitsgewerkschaft sei, in der man häufiger beobachten könnte, wie CDU-Mitglieder bei der Durchsetzung von Arbeiterinteressen Sozialdemokraten auf der linken Spur überholen würden. — (rog)

Dokumentiert: Anträge der 14. IG Metall Jugendkonferenz

Tarifpolitik – Anbindungsforderung

Antragsteller Ortsjugendausschuß (OJA) Hannover: "Die Forderung nach Anbindung der Ausbildungsvergütungen an die Lohntarifverträge ist ein wichtiger Schritt hin zu einem gemeinsamen Entgelttarifvertrag für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende. Dies ist zu erreichen, durch Anhebung der Ausbildungsvergütungen um den Erhöhungsbetrag der untersten Lohngruppe ..."

Die Reallohnverluste der letzten Jahre haben am stärksten die Auszubildenden getroffen. Mit diesen Fakten haben die Unternehmer ein Stück ihrer Politik der Abspaltung einzelner Beschäftigtengruppen realisieren können. Dies, obwohl sie ihre Forderung nach Null-Runden für Auszubildende nicht durchsetzen konnten. Eine Anbindung der Ausbildungsvergütungen an den Erhöhungsbetrag der untersten Lohngruppe könnte dieser Tendenz entgegenwirken und würde dem gewerkschaftlichen Interesse an kollektiven Regelungen für alle Beschäftigten entsprechen. Außerdem würde damit dem gestiegenen Durchschnittsalter der Auszubildenden Rechnung getragen, da die Auszubildenden heute 18 bzw. 19 Jahre oder älter sind und vielfach die persönliche Eigenständigkeit anstreben ..."

Arbeitszeitverkürzung für Auszubildende

Antragsteller OJA Mannheim: "Die 14. Jugendkonferenz fordert den Vorstand auf, auf die Tarifkommissionen einzuwirken, bei den kommenden Tarifrunden im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung keinem Abschluß zuzustimmen, bei dem die Auszubildenden nicht mit einbezogen sind ... Die Meinung, daß die Ausbildungsinhalte in verkürzter Arbeitszeit nicht vermittelt werden können, dürfte ... nicht zuletzt durch den Tarifvertrag unserer Kolleginnen und Kollegen im Metallhandwerk eindeutig widerlegt worden sein ... Auch die Beteiligung der Auszubildenden vor und während der Tarifrunde 1984 hat gezeigt, daß der Ausbildungsbereich ein fester zuverlässiger Bestandteil der IG Metall ist und daß die jungen Kolleginnen und Kollegen bereit sind, gemeinsam mit den älteren Kolleginnen und Kollegen für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten zu kämpfen ..."

Bundesweite Kampagne zur Qualität der Berufsausbildung

Antragsteller OJA Hannover: "Die 14. Jugendkonferenz fordert den Vorstand der IG Metall und die Abteilung Jugend auf, zur Umsetzung des Aktionsprogramms 'Arbeit und Technik' – eine bundesweite Kampagne zur Qualität der beruflichen Bildung zu initiieren; – Diese Kampagne beginnt mit einer Bestandsaufnahme der betrieblich-schulischen Ausbildungssituation (Berufsschule) vor Ort. – In der Kampagne müssen Forderungen entwickelt werden, wie unsere Positionen zur Neuordnung der Metall- und Elektroberufe umgesetzt werden können. – Jeder OJA, Betriebsrat und Jugendvertreter muß betriebliche Aktionen und Forderungen zur Verbesserung der betrieblichen Ausbildung entwickeln und durchführen. – Schwerpunkt dieser Aktion muß die Diskussion aller Auszubildenden um die Qualität und die zukunftsorientierte Ausbildung sein."

Diese Kampagne hat ihren Sinn erstens in der Verbesserung der aktuellen Ausbildung. Zweitens gibt sie uns die Möglichkeit, auch die Auszubildenden in die Diskussion um die Einführung der Neuordnung mit einzubeziehen. Dies ist um so wichtiger, da schon jetzt Entscheidungen über die praktische Umsetzung der Neuordnung getroffen werden. Wir müssen jetzt durch Aktionen unsere Forderungen

nach einer breiten Grundausbildung, Einführung neuer Technologien in der Ausbildung, Teamarbeit und Projektausbildung im Betrieb verankern ..."

"Schwarz/Rot/Gold – AFG bleibt unser – Oder was?"

Initiativantrag von Delegierten: "In den letzten Jahren ist reaktionäres Gedankengut in der breiten Öffentlichkeit zunehmend offensiv vertreten worden. Die Auseinandersetzung 'Schlesien bleibt unser' anlässlich des Treffens der Berufsvertriebenen war ein vorläufiger Höhepunkt, der aber kein Einzelfall ist. Nach der Devise 'Wir Deutschen brauchen uns vor nichts und niemanden zu schämen – wir sind wieder wer' machen gerade Politiker der C-Parteien nationalistisches Gedankengut wieder hoffähig ... Nicht mit dieser reaktionären Zielsetzung, sondern in erster Linie als werbewirksamer, inhaltsloser Augenfänger benutzten CDU und SPD die Nationalfarben in schräger bzw. Wellenform für sich. Angesichts der Tatsache, daß die Nationalfarben vorwiegend so besetzt sind, halten wir die Verwendung der Nationalfahne als Symbol der Kampagne gegen die Änderung des § 116 AFG für sehr bedenklich ..." – Da kein Initiativanliegen (Formfehler), wurde dieser Antrag nicht beschlossen. Der Vorstand wurde lediglich aufgefordert, bei künftigen Aktionen die Nationalfarben nicht mehr einzusetzen."

Rüstungsforschung

Antragsteller OJA Celle: "Die 14. Jugendkonferenz fordert den Vorstand der IG Metall auf, sich im politischen Raum dafür einzusetzen, daß mit Bundes- bzw. Landesmitteln keine Entwicklungszentren für primär militärische Forschung errichtet werden ... Zur Zeit wird ein 'Technologiezentrum Nord' vom Land Niedersachsen in Zusammenarbeit mit dem Rüstungskonzern Rheinmetall geplant. Als Standort ist das niedersächsische Unterlüß vorgesehen, in dem die Firma Rheinmetall bereits einen Betrieb unterhält. Das Land Niedersachsen will dieses Zentrum mit DM 100 Millionen aus Steuermitteln fördern ..."

Öffentliche Gelöbnisse

Antragsteller OJA Osterode/Harz: "Die Jugendkonferenz fordert alle Ortsjugendausschüsse und gewerkschaftlichen Jugendgruppen auf, sich an der Vorbereitung und Durchführung von friedlichen Protestkundgebungen bei öffentlichen Gelöbnissen der Bundeswehr zu beteiligen ..."

Südafrika

Antragsteller OJA Nürnberg: "In Südafrika werden Menschen- und gewerkschaftliche Rechte mit Füßen getreten. Das rassistische Apartheidsystem bedeutet für die schwarze Bevölkerungsmehrheit (73%) unermessliche Arbeits- und Lebensbedingungen und die Vorenthaltung demokratischer Rechte wie: – Wahlrecht, – Versammlungsfreiheit, – Organisationsfreiheit, – freie Wahl des Wohnorts usw. ... Diese unerträglichen Zustände werden von bundesdeutschen Firmen gestützt, denen es nur um den Profit, nicht um die Rechte der schwarzen Bevölkerungsmehrheit geht. 283 Firmen aus der BRD sind über Niederlassungen mit ca. 50000 Beschäftigten direkt in Südafrika engagiert. Zu ihnen gehören Siemens, MAN, MTU, Diehl, AEG, GHH (Gutehoffnungshütte) und viele andere Metallunternehmen. Die Direktinvestitionen der deutschen Industrie sind von 29,9 Mio. DM im Jahr 1980 auf 171,2 Mio. DM 1984 gestiegen ..."

Wir fordern alle Funktionäre der IG Metall, insbesondere Betriebsräte, Jugendvertreter und Vertrauensleute auf, in den Betrieben umfassend über den Kampf und die Situation in Südafrika zu informieren. Dabei kommt der Aufklärung über die Beteiligung bundesdeutscher Unternehmen in Südafrika besondere Bedeutung zu."

Nach Kündigung des Amman-Abkommens

PLO will Bruch mit Jordanien vermeiden und Spaltung überwinden

König Hussein habe die PLO ins rechtliche Nichts gestoßen, so ist der Tenor der Kommentare zu seiner Aufkündigung des palästinensisch-jordanischen Abkommens im Februar. Um was ging es bei den Auseinandersetzungen um die Anerkennung der UN-Resolutionen?

Bestandteil des Abkommens war die Anerkennung aller UN-Resolutionen zum Palästina-Problem. Dieses ganze Paket enthält u.a. den UN-Teilungsplan für Palästina in einen jüdischen und einen palästinensischen Staat von 1947, die umstrittenen Resolutionen 242 (1967) und 338 (1973), wie auch alle Resolutionen nach 1974, die die Palästinenser als Volk anerkennen mit Recht auf Selbstbestimmung, nationaler Unabhängigkeit, Souveränität und Rückkehr in die Heimat. Sie bestätigen, daß das palästinensische Volk Hauptbeteiligter bei der Friedenssuche sein muß, daß die PLO seine einzige Vertretung ist und daß sein bewaffneter Kampf legitim ist. Mit einer "Anerkennung der UN-Resolutionen" verlangten die USA und später auch Hussein allerdings die ausschließliche Anerkennung der Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338. Sie allein sollten Grundlage von Verhandlungen sein. Diese beinhalten nicht zwingend den Rückzug aller Streitkräfte aus allen besetzten Gebieten, die Anerkennung des Staates Israel und unter Punkt 2b "die Notwendigkeit einer gerechten Regelung des Flüchtlingsproblems", die einzige Passage, die sich auf die Palästinenser beziehen könnte. Israel bezog sie damals prompt auf jüdische Flüchtlinge, mit seiner Siedlungs- und Besatzungspolitik verletzt es ständig auch diese beiden. Mit ihrer blanken Anerkennung ohne den Gesamtzusammenhang aller Palästina-Resolutionen hätte sich die PLO schlicht selbst ins "rechtliche Nichts" gestellt.

Al-Masri und Notable – neue Verhandlungspartner?

In einer dreistündigen Fernsehansprache kündigte Hussein die gemeinsame palästinensisch-jordanische Friedensinitiative auf. Die alleinige Schuld liege bei der PLO, die Palästinenser sollten sich um eine neue Führung kümmern, die Forderungen der USA seien richtig – der konsequente Schritt eines langjährigen "Freundes" der US-Imperialisten, die ihm keinerlei Zugeständnisse machten, ja nicht einmal mehr Waffen verkauften, solange er sich mit der PLO abgab. Noch am selben Tag erklärte Rabin, der Bruch zwischen PLO und Hussein sei

die historische Chance, die Bewohner des Westjordanlandes sollten sich nun an ihren König wenden, um gemeinsam mit ihm mit Israel zu verhandeln. Die Israelis, die die Ausreise von PLO-Delegationen aus den besetzten Gebieten regelmäßig verhindern, gestatteten es daraufhin zahlreichen Delegationen von palästinensischen Notablen und Großgrundbesitzern, nach Amman zu reisen, um König Hussein ihre Unterstützung kundzutun. Kurz vor der Rede Husseins hatte Peres seine "unilaterale Autonomie" bekanntgegeben, nach der die Verantwortung für einige zivile Bereiche im Westjordanland und Gazastreifen in Abstimmung mit Jordanien arabischen Notablen überlassen werden sollte.

Al-Masri, einer der reichsten Männer der Westbank, war in diesem Zusammenhang bereits im November 85 von Israel zum Bürgermeister von Nablus ernannt worden, die zehn Mitglieder der Handelskammer wurden als Stadträte eingesetzt. Auch in Hebron, Ramallah und al-Bireh sollten palästinensische Bürgermeister unter

sind. Thafer al-Masri war 1976 zum stellvertretenden Bürgermeister auf der selben Liste (PNF) wie Shakkaa gewählt worden, in seinen Stellungnahmen betonte er stets das alleinige Vertretungsrecht der PLO.

Welche Kräfte tragen den politischen Kampf?

Die Ermordung Al-Masris am 1.3., für die die Volksfront unter Habbasch und Abu Nidal verantwortlich zeichneten, wurde in den besetzten Gebieten ausnahmslos scharf verurteilt. Seine Beerdigung wurde zur größten Demonstration im Westjordanland seit 1967 und eine klare Manifestation für die PLO unter Führung von Arafat. Für den Mord wurde sowohl König Hussein politisch verantwortlich gemacht, weil er durch seinen Bruch mit Arafat den Bürgermeister gefährdet habe, wie auch der syrische Präsident, der die Mörder unterstützt.

Ein jähes Ende fanden die Delegationen der Großgrundbesitzer, die sich bei Hussein als neue/alte Führungselite andienen wollten, zur raschen Lösung ohne die PLO, um ihre Ländereien vor der israelischen Enteignung zu retten. Auch die drei anderen Anwärter auf die Bürgermeisterposten zogen ihr Angebot zurück aus Angst vor Anschlägen, aber auch weil die Stimmung der Bevölkerung ganz eindeutig dagegen ist.



Demonstratives Bekenntnis zur PLO in den besetzten Gebieten auch unter den gegenwärtig schwierigen Bedingungen

Umgehung freier Wahlen eingesetzt werden. Bassam Shakkaa, seit 76 gewählter Bürgermeister von Nablus, 1982 von Israel amtsentoben, war entschieden gegen diese Amtsantritte, da er befürchtete, daß Israel damit lokale Größen als zukünftige "Verhandlungspartner" aufbauen will. Die Masris, von denen einige hohe jordanische Staatsämter innehaben, gelten als enge Verbündete König Husseins. Die Amtsantritte befürworteten besonders Geschäfts- und Kaufleute, die ebenfalls projordanisch eingestellt

Die Masse der Palästinenser, die Flüchtlinge, Arbeiter, Studenten und Arbeitslose stehen hinter den verschiedenen palästinensischen Organisationen. Einen Anhaltspunkt, wie stark die jeweiligen Strömungen sind, geben die Studentenwahlen von Bir Zeit und Hebron. Im Dezember 85 erhielt die Liste "Block der Märtyrer von Tunis" (Al-Fatah) 39%, der "Block der Einheit und des Fortschritts" (Nationale Errettungsfront – Arafat-gegner) 35%, der Islamische Block 27%. 1984 hatte der Islamische Block noch

39%, die beiden anderen Listen kandidierten als Bündnis. In Hebron, wo 1984 der Islamische Block gewonnen hatte, erhielten die Al-Fatah Anhänger 50%, der Islamische Block 43%, die Anhänger der Errettungsfront knapp 7%. Die Spaltung der PLO schlägt sich offenbar regional sehr unterschiedlich nieder. Die Auseinandersetzungen werden in den besetzten Gebieten allerdings nicht mit der Härte wie im Exil geführt, es wird sogar vom allseitigen Willen zur Zusammenarbeit berichtet. Die Nationale Errettungsfront lehnt eine Verhandlungslösung, insbesondere mit Hussein wegen dessen Bande zum US-Imperialismus, ab. In starker Anlehnung an Syrien setzen sie auf eine Veränderung der Kräfteverhältnisse und auf eine Lösung aus der Position der Stärke. Solange jedoch Syrien nicht einmal das Friedensabkommen im Libanon durchsetzen kann, wächst ihre Basis unter der Bevölkerung nicht, eher wurde sie durch den Mord

geschwächt.

Die Haltung der Al-Fatah ist nicht eindeutig (vergl. Kasten). Einerseits bemühte sich Arafat, über die Vermittlung durch Ägypten die palästinensisch-jordanische Verhandlungsinitiative wieder zu aktivieren, auf der anderen Seite stehen Versuche, die Versöhnung mit den prosyrischen Gruppen einzuleiten, was ihm die Sowjetunion wiederholt nahegelegt hat, die die Zusammenarbeit der PLO mit Hussein mißbilligte.

Ein Bild über die in den besetzten Gebieten vorherrschende Meinung gibt auch die Erklärung Bassam Shakaas: "Was geschehen ist, ist eine Verschlechterung der bereits negativen Begleitumstände. Es bestärkt den Unmut und die Verzweiflung auf palästinensischer Seite in den besetzten Gebieten. Einzige Nutznießer sind die Besatzung und die Vereinigten Staaten von Amerika. Für die jordanische und die arabische Ebene bringt dies keinerlei Nutzen, es wird nur die Wi-



Arafat im Januar 1986: "Wir sehen in der US-Regierung die Kontrollmacht des Neokolonialismus, des Imperialismus und des Rassismus ..., wir ziehen dies in Betracht, wenn wir etwas planen."

dersprüche vermehren, ohne Ergebnisse für die Bürger im besetzten Land zu zeitigen. Alle müssen daraus die Konsequenzen ziehen und Maßnahmen für sofortige Anstrengungen zur nationalen Einheit im Rahmen der PLO, der einzig legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes, ergreifen." (Palästina Bulletin 12/86)

Quellenhinweis: Palästina Bulletins 1-14/1986, Neue Zürcher Zeitung vom 22.2., 4.3., 5.3. — (bar)

PLO: Hauptfeinde sind Israel, und USA, nicht Jordanien

Der Bruch König Husseins mit der PLO war Hauptanlaß für die Sitzung des Exekutivkomitees der PLO und des Zentralrats von Al-Fatah am 11.3.1986 in Tunis. Im folgenden Auszüge aus dem Kommuniqué:

... Jede Spaltung des palästinensischen Volkes oder seines nationalen Anliegens bedeutet zwangsläufig eine Hinwendung zur Idee eines alternativen Heimatlandes oder der Idee von "homelands". Eben diese Idee ist gefährlich für das palästinensische Volk wie auch für die Völker der vorgeschlagenen oder nur vermuteten "alternativen Heimatländer". Unsere Brüder in Jordanien sind sich sehr wohl darüber im klaren, daß die Gefahr, die hinter dieser Verschwörung steht, sie ebenso bedroht wie uns. Die PLO möchte betonen, daß der Gedanke der Aufspaltung des palästinensischen Volkes ursprünglich eine zionistische Idee war genauso wie die Suche nach einer alternativen Führung in der Westbank und im Ghazastreifen.

... Die Motivation zu der gemeinsamen Initiative mit Jordanien rührte her aus der Überzeugung der besonderen Beziehungen zwischen dem jordanischen und dem palästinensischen Volk ... Der Beweggrund zu dieser Initiative lag auch in der offenen zionistischen Forderung, das Palästina-Problem östlich des Jordan zu lösen und mithin ein alternatives Heimatland zu schaffen ... Nach der Unterzeichnung des palästinensisch-jordanischen Abkommens (11.2.85) bemühte sich die jordanische Seite darum, die USA

dazu zu bewegen, eine Formel für eine umfassende und gerechte internationale Lösung zu akzeptieren. Die USA beharrten aber darauf, daß die PLO als Vorbedingung die Resolution 242 und 338 und Israels Existenzrecht innerhalb gesicherter und anerkannter Grenzen akzeptieren sowie den bewaffneten Kampf aufgeben müsse. Die PLO bekräftigte ihre Haltung zur Resolution 242 mit der Erklärung, daß diese den Kernpunkt des palästinensischen Problems sowohl in der Frage des Landes, der Anerkennung als Volk als auch im Recht auf Vertretung ignoriere ... Es ist Israel mit Unterstützung der USA, das die Palästinenser an der Ausübung dieses Rechts (auf Selbstbestimmung) hindert, und nicht Jordanien ... Die PLO bedauert, daß König Hussein in seiner Rede alle Anschuldigungen gegen die PLO gerichtet, die amerikanische Haltung dagegen gerechtfertigt hat.

... Die PLO erklärt von ihrem verantwortlichen nationalen Standpunkt aus, daß die Beziehung zu Jordanien unberührt bleiben muß von zeitweiligen Störungen und Turbulenzen. Die nationale Verantwortlichkeit umschließt die grundlegenden Forderungen nach Fortsetzung des bewaffneten Kampfes, Selbstbestimmung, Jerusalem als Hauptstadt eines palästinensischen Staates und das Recht auf Rückkehr für alle Palästinenser ... Die PLO ruft noch einmal alle palästinensischen Organisationen auf, sich im Rahmen der PLO zusammenzuschließen, um die nationale Einheit zu stärken.

Quellenhinweis: Palästina Bulletin 11/86

USA

Presse bereitet den Boden für Angriff auf Libyen

"Das Weiße Haus bereitet die Öffentlichkeit auf einen Überfall auf Libyen vor", ist die Schlagzeile des "Philadelphia Inquirer" am Samstag, den 12.4. Die Erklärungen von verschiedenen Regierungsmitgliedern in den letzten Tagen seien "sorgfältige Choreografie, um die Grundlagen für eine militärische Operation zu legen". Wenn auch die Regierung sich weigere, öffentlich und direkt zu sagen, ob sie einen Angriff plane, seien hohe Regierungsoffizielle nicht zurückhaltend gewesen mit Hinweisen auf einen bevorstehenden Angriff. Man werde auf "Terrorismus" antworten. Es braucht nicht in zwei Stunden zu sein, es braucht nicht in 24 Stunden zu sein. Aber wir werden antworten." In der Fernsehsendung "Meet the Press" am Sonntag, den 13.4., hat Vizepräsident Bush den uralten Anspruch der US-Regierung hervorgeholt, daß "die Vereinigten Staaten die Verpflichtung haben, ihre Bürger im Ausland zu beschützen, und diejenigen der Gerechtigkeit zuzuführen, die dafür verantwortlich sind", wenn US-Bürgern etwas passiert.

Seit der Bombenexplosion an Bord

des TWA-Jets, bei der vier US-Bürger ums Leben kamen, und noch verstärkt nach dem Bombenattentat auf die Diskothek in Westberlin, bei dem ein US-Soldat getötet wurde, läßt die Reagan-Regierung täglich in allen Tageszeitungen und Fernsehnachrichten verkünden, daß sie einen militärischen Schlag gegen Libyen vorbereite, und daß sie zuschlagen werde, wenn direkte Beweise für libysche Unterstützung für Terroristen vorliege. In einer Pressekonferenz am 9. April nannte Reagan Gaddafi den "tollwütigen Hund im Nahen Osten" und sagte, daß "beachtliche Beweise" dafür vorlägen, daß ... Er weigerte sich wiederholt, diese Beweise genauer zu nennen – um die Ermittlungen nicht zu gefährden.

Proteste oder Bedenken gegen den geplanten Überfall gibt es in der "liberalen" Presse nicht. Der Kongreß hat nichts gegen einen Überfall, nur möchte der außenpolitische Ausschuß des Senats vorher informiert werden. Kein Problem, so Bush, der Ausschußvorsitzende könne vom Stab des Nationalen Sicherheitsrates informiert werden. Die einzigen, die etwas gegen den drohenden Überfall unternehmen, ist die Bewegung gegen die Intervention in Zentralamerika. Sie hat den Protest gegen die Bedrohung Libyens durch die Seemanöver im März vielerorts mit in die Aktionen gegen die Verabschiedung der Contra-Hilfe im Kongreß aufgenommen. Plakate mit "Hände weg von Libyen" wurden z.B. auf Demonstrationen in New York, Philadelphia und Minneapolis getragen. Die Teilnehmerzahlen lagen zwischen 60 und 200. – (ger, her)

Nordirland

Faschistische Banden im Streit mit London

Banden von pro-britischen Unionisten, durchsetzt von Skinheads und Anhängern der faschistischen "National Front", schlagen sich auf den Straßen nordirischer Städte mit Polizisten, werfen Brandsätze in Wohnungen von Angehörigen der Polizeitruppe, die zu mehr als 90% ebenfalls aus Protestanten besteht. An den Auseinandersetzungen ist nichts Fortschrittliches: Die Polizei hatte auf Anweisung der Londoner Regierung einige der provokativsten Märsche von protestantischen Gruppen durch katholische Wohnviertel behindert, vor allem Ostermontag. Seither gibt es Krach zwischen der Polizei und den Jugendbanden, die von den Politikern der beiden "unionistischen" Parteien aufgestachelt werden. Die Unionisten wollen ihre Märsche gegen die katholisch-irische Bevölkerung fortsetzen und das Abkommen zwischen der Re-

gierung der Republik Irland in Dublin und Großbritannien zu Fall bringen.

Dieses Abkommen sieht eine beschränkte "Mitsprache" der Republik zu nordirischen Problemen vor. Im Gegenzug hatte Thatcher weitreichende Zugeständnisse durchgesetzt, die sich vor allem gegen die IRA richten, von der schnelleren Auslieferung bis zum Einsatz britischer Soldaten und Polizisten auf irischem Gelände.

Die beiden politischen Parteien der Unionisten (sie treten für die "Union" zwischen Nordirland und Großbritannien ein, also den Kolonialstatus) nennen das einen "Ausverkauf" an die "papistische Regierung" in Dublin. Sie fürchten eine Einschränkung der reaktionären Despotie, die von den Unionisten auf Lokalebene vor allem gegen die Katholiken ausgeübt wird.

Die provokativen Märsche sind Teil der unionistischen Politik gegen die katholische Minderheit. Diskriminierung bei der Einstellung, schlechte Wohn- und Schulverhältnisse, Polizeischikanen, Armeebesetzung und politische Rechtlosigkeit auf Gemeinde- und Provinzebene sind die Hauptmittel in der erklärten Strategie, die Katholiken aus Nordirland zu vertreiben. Die 17400 britischen Soldaten und 12700 Polizisten helfen kräftig.

Inzwischen hat sich die Lebenslage der protestantischen Mehrheit in Nordirland aber deutlich verschlechtert, ihr privilegierter Status hilft nicht gegen Lohnverlust und Arbeitslosigkeit. Mit Demagogie und Hetze machen Politiker wie der Pfarrer Ian Paisley einen angeblich wachsenden Einfluß der Republik Irland dafür verantwortlich.

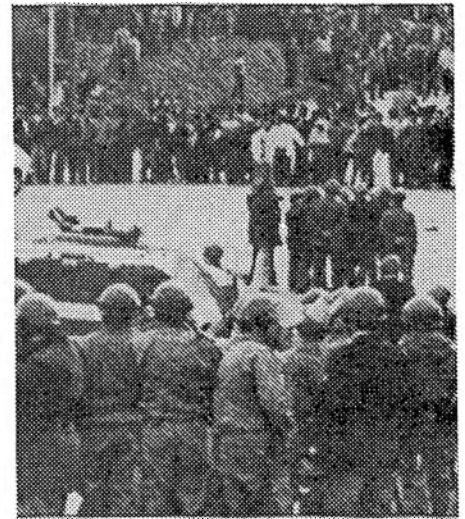
Kurzfristig gewinnt Thatcher bei dem Spiel: Mit Hinweis auf die schwierige protestantische Mehrheit hat Großbritannien bislang wirkliche Fortschritte bei der Beseitigung des Kolonialstatus abgelehnt. Nach den Unruhen der letzten Wochen betont sie das erneut. Die "Anti-Terrorismus-Vereinbarungen" mit Dublin hat sie schließlich im Sack. Entsprechend äußerte sich Thatcher am 12. April gegenüber den unionistischen Parteiführern: Man werde die gemeinsamen Konferenzen mit der Republik Irland erstens seltener und zweitens in London statt Dublin durchführen.

Langfristig muß der schwindende Einfluß auf die Protestanten in Nordirland die britische Bourgeoisie schon beunruhigen. Die Forderung nach "Unabhängigkeit" Nordirlands, gestellt von einigen Unionisten (die keineswegs einen einheitlichen irischen Staat, sondern ein reaktionäres antikatholisches Gebilde in Ulster wollen), fürchtet London dabei nicht, wohl aber eine demoralisierte protestantische Mehrheit, die nicht mehr als Bollwerk gegen revolutionär-sozialistische Gruppen wie die IRA dient. Quellenhinweis: Guardian, Financial Times, Economist, div. Ausg. – (hef)

Italien

Protest gegen Sondersteuer auf "schwarz" gebaute Häuser

Sizilien schien in der zweiten Märzhälfte zeitweise am Rande eines Aufstands gegen die Zentralregierung in Rom zu stehen. Überall auf der Insel waren Autobahnen, Fernstraßen und Eisenbahnlinien tage- und nächtelang von Demonstranten blockiert. Die Regionalhauptstadt Palermo war mehrere Tage lang auf dem Landweg buchstäblich nicht mehr zu erreichen. Zigtausende, ganze Viertel und Städtchen beteiligten sich an den Blockaden. Die Bürgermeister der Insel drohten mit kollektivem Rücktritt. Die Regierung ließ Einheiten der Bereit-



Demonstranten blockieren die Autobahn Palermo-Messina.

schaftspolizei als Verstärkung vom Festland einfliegen. Bei Zusammenstößen mit der Polizei sind mehrere Menschen schwer verletzt und Dutzende festgenommen worden.

Worum ging es? Am 31. März lief die Frist ab, bis zu der Verstöße gegen Bauvorschriften – vor allem das Bauen und Verändern von Wohnhäusern ohne Baugenehmigung – durch Zahlung eines erklecklichen Bußgelds "geheilt" werden konnten. Wer sich nicht auf diese Weise nachträglich eine Baugenehmigung gekauft hat, muß damit rechnen, daß sein Haus beschlagnahmt oder abgerissen wird. In Sizilien sollen 75% aller Gebäude in Gemeinden über 30000 Einwohner "schwarz" gebaut worden sein. In vielen Gemeinden hat es überhaupt keinen Bebauungsplan gegeben, so daß gar nicht legal gebaut werden konnte.

Den modernen Ablaßhandel – Genehmigung gegen Kasse – hatten die Regierungsparteien im letzten Jahr durchs Parlament gepeitscht. Einerseits wurden damit die bedenkenloseste Spekulation, die schlimmste Verschandelung und Zersiedlung der Landschaft nachträglich legalisiert.

Andererseits wurde die Sondersteuer, die die Regierung jetzt auf das jahrzehntlang geduldete Schwarzbauen erhebt, Spekulanten und kleinen Leuten unterschiedslos aufgebürdet. Als machte es keinen Unterschied, ob ganze Wohnviertel ohne Bebauungsplan, oft auch ohne ordentliche Abwasserleitungen, gebaut worden sind, oder ob zum Beispiel ein zurückgekehrter Arbeitsemigrant für seine Familie in Eigenarbeit ein Häuschen an der quälend langsamen Bürokratie vorbei gebaut hat. Während der Spekulant die umgerechnet 10000 oder 20000 Mark, die jetzt zur Legalisierung einer Wohnung fällig sind, längst doppelt und dreifach verdient hat, kann sie der kleine Hauseigentümer kaum aufbringen.

Dagegen richtete sich der Protest. Natürlich versuchten Spekulanten und Mafiosi (die meisten sind beides), sich an die Spitze der Bewegung zu setzen und zu den wahren Repräsentanten Siziliens gegen Rom aufzuwerfen. In Norditalien mag umgekehrt ein großer Teil des Publikums, besonders in den Mittelschichten, die Zubetonierung ganzer Landschaften nicht mit der sozialen Lage von Häuslebauern entschuldigen und lehnt jedes Zugeständnis ab. Die Kommunistische Partei (PCI) hat nach einigem Zögern die Forderung nach Entlastung der "Schwarzbauer" für Eigenbedarf unterstützt und sich gleichzeitig gegen die käufliche Straffreiheit für Großspekulanten gewandt. Das Bußgeldaufkommen müsse für ein Sonderprogramm Städtebau verwandt werden. Durch die strikte Ablehnung "illegaler" Kampfformen wie Straßenblockaden hat sich die PCI freilich die aktivsten Teile der Bewegung entfremdet.

In der Karwoche hat die Regierung durch geringfügige Zugeständnisse die ihr nahestehenden Lokalpolitiker wieder auf ihre Seite ziehen und die Protestbewegung zum Zusammenbruch bringen können.

Quellenhinweis: l'Unità - (ulg)

Mexiko

Der wirtschaftliche Bankrott kündigt sich an

Der Fall des Erdölpreises und die hohen Zins- und Tilgungszahlungen in diesem Jahr an die internationalen Banken beschleunigen den Bankrott Mexikos.

Mexiko, viertgrößter Erdölproduzent der Welt, deckt zu 3/4 seine Deviseneinnahmen und zu 50 % seine Steuereinnahmen aus dem Erdölgeschäft. Mit jedem US-\$, den der Preis pro Barrel fällt, verliert das Land rund 550 Mio. US-\$ an Einnahmen. Anfang 1986 erhielt Mexiko noch 26 US-\$ pro Barrel, inzwischen ist der Preis auf 14 US-\$ gefallen.

Seit 1984 sinken die Exporterlöse; der Exportüberschuß hat sich halbiert. Die Verschuldung Mexikos ist inzwischen auf 96 Mrd. US-\$ gestiegen. 12 bzw. 2 Mrd. US-\$ an Zins- und Tilgungszahlungen fließen jährlich ins Ausland ab. Die mexikanische Regierung mußte für 1986 nach neuen Krediten in Höhe von 10 Mrd. US-\$ nachfragen. Die Gläubiger gewährten jedoch nur sechs Mrd. US-\$ und verlangten dafür u.a. Lohnsenkungen und die Privatisierung von Staatsbetrieben.

Im Februar erhöht die Regierung die Preise für staatliche Dienstleistungen und senkt den Mindestlohn. Er beträgt jetzt je nach Region zwischen 1350 und 1650 Pesos pro Tag, umgerechnet zwischen 8 und 9,70 DM. Ca. sechs Millionen Lohnabhängige müssen von dem Mindestlohn, dessen Kaufkraft etwa fünf Kilo Bohnen oder vier Kilo Tomaten entspricht, und weitere vier Millionen von nicht viel mehr leben, das sind 80 % der Beschäftigten außerhalb der Landwirtschaft. Die Millionen von Landarbeitern erreichen nicht einmal den gesetzlichen Hungerlohn, 5,3 Mio. von ihnen erhalten lediglich 210 Pesos pro Tag.

Am 26. März verabschiedet die Regierung ein Gesetz, das den Verkauf von 59 Staatsbetrieben einleitet, und das die 1982 vom IWF geforderte Privatisierung fortsetzt. Damals privatisierte Mexiko 236 Staatsbetriebe und verkaufte staatliche Anteile an weiteren 339 Firmen. Im Herbst will die Regierung die staatliche Automobilindustrie dem ausländischen Kapital weiter öffnen. Die Verhandlungen mit General Motors sind bereits abgeschlossen. Die staatlichen Mehrheitsbeteiligungen an den Niederlassungen von Renault und AMC hatte die Regierung schon 1985 verkauft.

Mit der Privatisierung untergräbt die Regierung De la Madrid ihre soziale Basis in den Staatsbetrieben. Das ausländische Großkapital arbeitet daraufhin, spätestens nach den Präsidentenwahlen 1988 mit einer konservativen Regierung die restlichen Ausbeutungsbeschränkungen niederzureißen.

Quellenhinweis: Latin America Weekly Report, versch. Ausg.; Lateinamerika-Nachrichten Nr. 146/147; NZZ v. 30./31.3.86 - (sie)

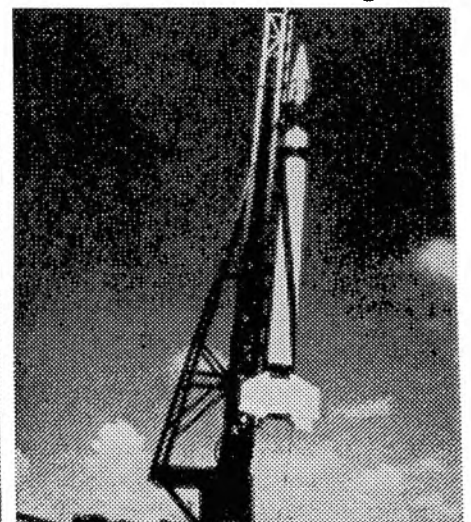
Brasilien

Von den Imperialisten zum fünftgrößten Rüstungsexporteur der Welt gemacht

Brasilien ist heute der fünftgrößte Waffenexporteur und der sechstgrößte Waffenproduzent der Welt, noch vor der BRD. Mit einem Marktanteil von fast 50 % ist Brasilien der größte Waffenexporteur der Dritten Welt. 1984 exportierte das südamerikanische Land für rund 2,5 Mrd. US-\$ Waffen. In über 350 Fabriken des Landes produzieren ca. 100000 Arbeiter und Angestellte militärische Güter. Ist dies nun bereits Beleg dafür, daß

Brasilien längst das Stadium eines sogenannten Schwellenlandes überschritten hat und mit den imperialistischen Ländern auf den Weltmärkten der Welt selbständig konkurriert - wie es die bürgerliche Presse hierzulande behauptet?

In den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts bezog Brasilien sein militärisches Gerät zumeist aus Frankreich. In der Folge der militärischen Auseinandersetzungen in



Ungestörte Luft- und Raumfahrtforschung in Brasilien: Die BRD ist durch Kooperationsabkommen mit Kapital, Technologie und Personal vertreten. Links: Faserwickelanlage für faserverstärkte Raketenteile; rechts: Rakete SONDA III auf dem Abschußgelände Barreiro do Inferno



In ganz Spanien fanden in den letzten zwei Wochen Streikaktionen der Transportarbeiter und der Beschäftigten im öffentlichen und privaten Verkehr statt. So u.a.: bei der staatlichen Eisenbahn, den Fluglinien, bei regionalen öffentlichen und privaten Transportunternehmen in den Häfen. Die Lohnabhängigen richteten sich gegen Entlassungen und Privatisierung und forderten Lohnerhöhungen und Sicherung der Arbeitsbedingungen. Im Baskenland wurde in einzelnen Städten der öffentliche Nahverkehr lahmgelegt. Ebenfalls im Baskenland wurde der westdeutsche Frachter "Nordwind" von Hafenarbeitern in einem Streik besetzt. — (chc)

Indien: Union Carbide-Angebot abgelehnt

Am 24. März hat die indische Regierung das Angebot von Union Carbide für die Giftgasopfer von Bhopal als völlig unzureichend abgelehnt. Sie fordert ein "einigermaßen angemessenes Entschädigungsangebot". Hinzu kommt, daß Union Carbide das Angebot an Vertreter Einzelner gemacht hat (über amerikanische Anwälte), die indische Regierung aber davon ausgeht, daß sie die Interessen sämtlicher Betroffenen vertritt. Sie fordert eine Mrd. Dollar Schadensersatz. Union Carbide will über einen Zeitraum von 8-10 Jahren rd. 350 Mio. Dollar an die Angehörigen der 1750 Toten und etwa 200000 Verletzten

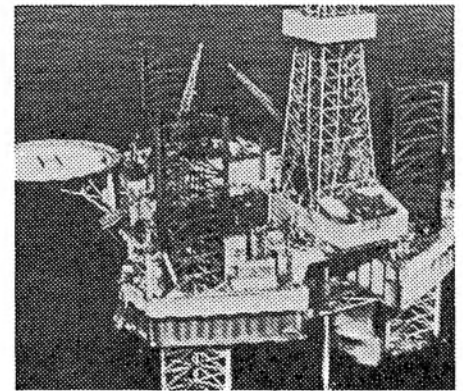
zahlen. Da 200 Mio. Dollar durch Versicherungen gedeckt sind, käme der Konzern äußerst billig davon. — (cog)

Bolivien: Generalstreik gegen Regierungspolitik

Am 8.4. beteiligten sich nach Angaben des Gewerkschaftsverbandes COB 90% der Lohnabhängigen an einem 24-stündigen Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung, die die Löhne und Gehälter und die Sozialausgaben gekürzt hatte. Die Streikenden solidarisierten sich mit dem seit Februar andauernden Streik der Lehrer. Polizei und Militär griffen Streikposten und Demonstrationen an. Die Regierung hat alle Proteste verboten und will an ihrer Wirtschaftspolitik festhalten. — (sie)

Norwegen: Kapitalisten sperren 100000 aus

Nach Scheitern der Verhandlungen zwischen dem Gewerkschaftsverband LO und dem Kapitalistenverband NAF über Arbeitszeitverkürzungen und Niedriglohn-Garantie, sperrte der NAF am 8.4. über 100000 Lohnabhängige in der Werft-, Textil-, der Maschinenbau- und der elektronischen Industrie sowie im Bau- und im Hotel- und Gaststättengewerbe aus, um eine Beseitigung der Niedriglohn-Garantie, wonach Beschäftigte in Niedriglohnbereichen einen garantierten Mindestlohn in Höhe von 85% des Durchschnittslohnes eines Industriearbeiters erhalten, durchzusetzen. Die LO fordert eine neue Niedriglohn-Garantie von 90%. In der Werft-



industrie legten am 9.4. 11300 Werftarbeiter die Arbeit nieder aus Protest gegen die Aussperrungen der Kapitalisten und für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Gegen den Streik von 675 Mitgliedern des Küchenpersonals auf den Bohrinseln, die 28% Lohnerhöhung fordern, sperrten die Kapitalisten am 7.4. 3600 Ölarbeiter aus. — (sie)

den 30er Jahren in Europa verdrängte der US-Imperialismus die Konkurrenz von Märkten Südamerikas, darunter Brasilien als den größten. Mit dem Militärputsch 1964 stieg der Bedarf der brasilianischen Militärs an militärischem Gerät zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung und der Guerilla. Die USA blieben der vorherrschende Waffenlieferant Brasiliens, das nahezu die gesamten militärischen Ausrüstungsgegenstände importieren mußte. Die einheimische rüstungsspezifische Produktion beschränkte sich auf Wartungsarbeiten, Kleinwaffenherstellung u.ä.

1974 unterzeichnete Präsident Geisel das vom Nationalen Sicherheitsrat ausgearbeitete Dokument zur "Nationalen Rüstungsexportpolitik". Ein Jahr später gründeten die Militärs eine staatseigene Holding, die Imbel, die die gesamte Waffenbeschaffung und -exporte koordinieren sollte. Die Produktion überließen die Militärs

Privaten, z.B. der 1969 gegründete Flugzeughersteller Embraer, dessen Aktienkapital sich zu 92% in den Händen von 25000 Privataktionären befindet. Größte Aktionäre sind VW do Brasil und Mercedes do Brasil. Bis Mitte der 70er Jahre produzierten die brasilianischen Rüstungsfirmen zu meist US-amerikanische Militärgüter in Lizenz.

Bereits in den sechziger Jahren versuchten die EG-Imperialisten, allen voran die BRD, auf dem brasilianischen Rüstungsmarkt Fuß zu fassen. Beispielhaft sind die zunächst durch die EG vorangetriebenen Forschungs- und Technologieabkommen mit Brasilien, die dann der BRD Raum gaben, bilaterale Abkommen zu schließen wie: 1968 Beratervertrag zwischen der deutschen Raumfahrt und dem brasilianischen Zentrum für Weltraumtechnik, CTA; 1971 Vertrag über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Luft- und Raumfahrt zwischen der

DFVLR und der CTA. 1972 hatten Brasilien und das westdeutsch-französische Konsortium Euromissile (Aerospatiale und Messerschmitt-Bölkow-Blohm) eine "Roland"-Ver einbarung getroffen. Weitreichende Auswirkungen auf die Konkurrenz zunächst um den brasilianischen Markt hatte der westdeutsch-brasilianische Atomvertrag von 1975 mit seinen vielen Beteiligungs- und Technologieabkommen, die auch für die Rüstungsindustrie von Bedeutung waren. Die USA unter Carter hatten mit allen Mitteln bis hin zu Handels-sanktionen versucht, ihn zu verhindern. Brasilien kündigte 1977 – von den EG-Imperialisten dazu ermuntert – den seit 1952 bestehenden Militärvertrag mit den USA. Im Gegensatz zu den USA boten die EG-Imperialisten modernstes Militärgerät. Über ihre dortigen Tochtergesellschaften oder über Beteiligungen und Lizenzen von Europa aus schlossen die EG-Konzer-

Finnland: Streik der Staatsangestellten

Seit dem 2.4.86 streiken ca. 15000 Angestellte des finnischen Staates für höhere Löhne. Der Streik konzentriert sich auf die Hauptstadt Helsinki und deren nähere Umgebung und führt weitgehend zur Einstellung des Post-, Eisenbahn- und Luftverkehrs. Auch die Angestellten in den Ministerien legten die Arbeit nieder: Im Außenministerium streiken 80% der Angestellten, im Präsidialamt ebenfalls viele, so daß Staatspräsident Koivisto ins Gästehaus umziehen mußte. — (sie)

Schweden: Tarifabschluß von LO und PTK über zwei Jahre

Die diesjährigen Lohnverhandlungen zwischen dem Kapitalistenverband (SAF) und der Arbeitergewerkschaft (LO) und dem Kartell der Privatangestellten (PTK) wurde für die Kapitalisten ein Kampf mit der Uhr. Der PTK hatte angekündigt, daß er seine Mitglieder zum Streik ab 14 Uhr am 8. April aufruft. Angeboten waren einmal 4,5% und im Folgejahr 4%. Es wurden 18000 Angestellte aufgefordert zu streiken. Die SAF konterte mit der Drohung, 300000 auszusperrern. Daraufhin rief die PTK weitere 50000 Angestellte zum Streik auf. Der Schlichter schaffte es, die Kampfmaßnahmen für zwei Tage auszusetzen. Bei den Verhandlungen wurde dann folgender Abschluß getätigt: es wurden Festbeträge von 400 Kronen für 1986 und weitere 300 Kronen für 1987 vereinbart. Dazu bekommen alle mit dem Julilohn noch einmal 600 Kronen als Komponente für untere Gehaltsgruppen. Vom Volumen sind das zwischen 9 und 10%. Die LO hatte erklärt, daß sie eine besondere Erhöhung der unteren Löhne wollte, wenn

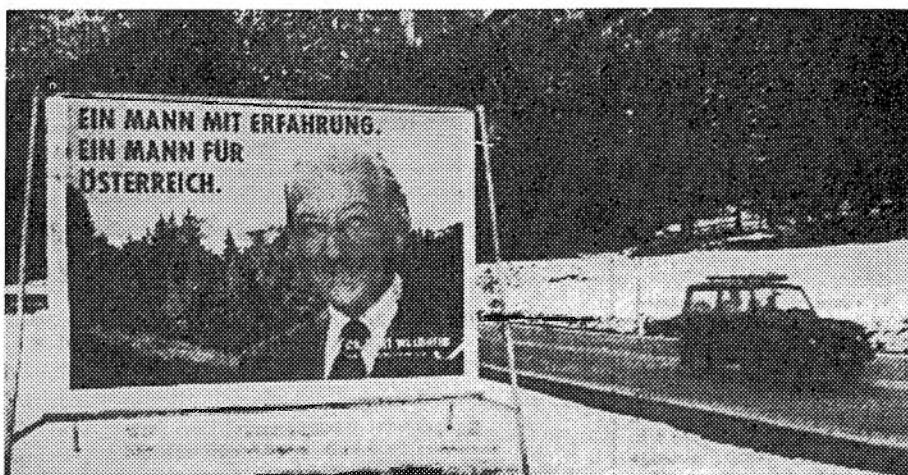
die Inflation von Dezember 85 bis 86 mehr als 3,2% ausmacht. Es wurden 5,5% für 86 und 4% für 87 abgeschlossen.

Quellenhinweis: Svenska Dagbladet, Financial Times — (uwb)

VR China: Volkskongreß beschließt Fünfjahrplan

Die gerade zuendegegangene Tagung des Nationalen Volkskongresses, das Parlament der Volksrepublik China, hat u.a. den Fünfjahrplan 1986 — 1990 beschlossen. Der Fünfjahrplan sieht eine Drosselung des chinesischen Wirtschaftswachstums, das den

staatlichen Planbehörden außer Kontrolle geraten ist, sowie verstärkte Anreize für die Getreideproduktion vor. 1985 war die Getreideernte aufgrund niedriger Erzeugerpreise um 7% gegenüber 1984 gefallen. Außerdem hat der Volkskongreß jetzt die allgemeine Schulpflicht gesetzlich geregelt. Nach den großen Anstrengungen zur Alphabetisierung seit Gründung der Volksrepublik China hatte in den letzten Jahren die Teilprivatisierung der chinesischen Landwirtschaft zum Rückgang des Schulbesuchs geführt. — (wom)



Er habe von den Judendeportationen während seiner Stationierung in Saloniki nichts gewußt, erklärte der ÖVP-Präsidentschaftskandidat Kurt Waldheim am letzten Wochenende erneut. Tatsache ist, daß er in seinen Memoiren die Jahre 1941 — 1943 übersprungen hat; nicht erwiesen sind die Beschuldigungen des Jüdischen Weltkongresses gegen ihn, Kriegsverbrechen begangen zu haben. Der als 'Nazi-Jäger' bekannte Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums Wiesenthal hat die Kampagne gegen Waldheim kritisiert. Dieser dankte Wiesenthal für seine Verteidigung, stellte aber gegenüber dem Jüdischen Weltkongreß fest: "Diesen Leuten hat die Nahost-Politik des UNO-Generalsekretärs nicht gepaßt." Mag sein, daß auch anderen Regierungen diese Politik (von 1971 bis 1981) nicht gepaßt hat. Die westdeutsche Bundesregierung hatte bereits im Juni 1979 das Deutsche Militärarchiv in Freiburg aufgefordert, sämtliche Hinweise über Waldheim zusammenzutragen. Man wurde da allerdings nicht fündig. — (rua)

ne Kooperationsabkommen mit brasilianischen Rüstungsfirmen, z.B. die Lizenzproduktion für die belgischen FN-Schnellfeuergewehre, für das italienische Beretta-Maschinengewehr, die westdeutsche Abwehrrakete "Cobra", die westdeutsch-französische Boden-Luftrakete "Roland", verschiedene Flugzeugtypen mit den italienischen Firmen Macchi und Aeritalia, usw. usf.

Von den brasilianischen Niederlassungen europäischer Konzerne sind viele in der dortigen Rüstungsproduktion tätig: Mercedes liefert die Motoren für den "Exportrenner", den Panzerwagen Cascavel, Philipps und Siemens die Feuerleitgeräte für Flugzeuge, Raketen und Panzer, Scania und MTU Panzermotoren, Rheinstahl, Thyssen, Krupp von den Panzerungen bis zu Einzelteilen.

Die Rüstungsexporte Brasiliens stiegen von 1977 0,3 Mrd. US-\$, 1979 0,5 Mrd., 1980 1,2 Mrd. auf 2,0 Mrd.

1982. Brasilien exportiert inzwischen in über 30 Länder mit Ausnahme von Südafrika. Hauptabnehmer sind Libyen, der Irak, Saudi-Arabien, Argentinien, Chile usw. Die brasilianischen Rüstungsgüter zeichnen sich in der Regel dadurch aus, daß sie billig, robust und einfach zu bedienen sind.

1984 schlossen Brasilien und die USA ein Abkommen über Rüstungsk Kooperation, das die Beteiligung Brasiliens am SDI-Projekt mit einschließen soll. Damit versuchen die USA wieder mehr Einfluß auf dem brasilianischen Rüstungsmarkt zu bekommen, und somit auf den brasilianischen Exportmärkten.

Die europäischen Imperialisten konnten in der Konkurrenz mit den USA und Japan einen beträchtlichen Konkurrenzvorteil erringen. Über die brasilianischen Exporte gelang es ihnen, die eigenen Rüstungsexportbeschränkungen, z.B. in der BRD, zu umgehen, das sogenannte Schwellen-

land als Schwelle zu anderen ihnen z.T. verschlossenen Märkten zu benutzen.

3/4 der Rüstungsgüter für die brasilianische Armee stammen aus "eigener" Produktion, der Rest muß importiert werden. Die Imperialisten kassieren Millionen US-\$ darüberhinaus an Lizenzgebühren und durch Zulieferung. Oder wie im U-Boot-Bau durch HDW, die Bezahlung mit Stahl zu unter Weltmarktpreis. Für die brasilianische Arbeiterklasse bedeuten die Exporterfolge auf dem Weltmarkt Niedrigstlöhne.

Quellenhinweise: Brasilien-Auschnittsdienst; Länder-Dokumentation Brasilien des HWWA; Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer, Parçeiro Econômico und Boletim Informativo versch. Ausg.; P.O.E. Golok: Brasilien, Waffenschmiede in der Dritten Welt, in: Brasilien Dialog 4/84 — (sie)

* Veröffentlichungen *

§ 116 AfG: Nur Verlust des "stillen Verbündeten"

Eine graphisch geschickt sowie sprachlich klar gestaltete kleine Broschüre verbreitet das Institut der deutschen Wirtschaft zum § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AfG). In manchen Betrieben wird sie im Angestelltenbereich in Umlauf gebracht. Mit der 1984 erstmals entwickelten Minimax-Taktik habe sich die hohe Verwundbarkeit der Betriebe in einer "arbeitsteiligen Volkswirtschaft" gezeigt, "daß eine an sich gute und sinnvolle Entwicklung – nämlich die kostengünstigste und damit rentabelste Produktionsweise – zurückgedreht wird", ist die entscheidende Aussage.

Von der knappen Lagerhaltung profitiere sozusagen jeder: der Kunde durch niedere Preise, der Arbeitnehmer wegen verbesserter Wettbewerbsfähigkeit; nur nicht die Arbeitgeber, weil sie dadurch im Arbeitskampf unter "Kompromiß-Druck geraten". Die "kalte Aussperrung", (hier "kalter Streik") zwingt die Gewerkschaft über die eigenen Reihen zum Kompromiß. Durch den "Stillen Verbündeten", das Arbeitsamt, wurde der Druck von der IG Metall genommen und deren Verhandlungsposition gestärkt. Der geänderte § 116 stelle lediglich wieder "faire Verhältnisse" her. Die Streikfähigkeit sei damit keineswegs gefährdet, da diese nur von der gewerkschaftlichen Mobilisierungsfähigkeit abhängt. Der Regierungsentwurf greift den Kapitalisten zu kurz: Kurzarbeitergeld solle nicht ausbezahlt werden, wenn annähernd gleich abgeschlossen (statt gefordert) würde. (Institut der dt. Wirtschaft: Streitparagraph 116, Edition Agrippa, Postfach 510624, 5000 Köln 51, kostenlos – frr)

Weg mit der SV: Der "IWG-Weg aus der Rentenkrise"

Unter dem Titel "Gesetzliche Grundversicherung – Private Vorsorge" bieten Meinhard Miegel und Stefanie Wahl in einem vom Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (IWG) im Verlag BONN AKTUELL herausgegebenen Bericht eine Alternative zur gegenwärtigen Gesetzlichen Rentenversicherung an. Der Vorschlag nimmt ein bereits 1981 von gleicher Stelle entwickeltes Modell auf: die Ersetzung der Gesetzlichen Rentenversicherung durch eine Steuer-finanzierte Grundversorgung und "private Vorsorge". Da das Institut von Biedenkopf ins Leben gerufen wurde und das vorgeschlagene Modell von ihm befürwortet wird, darf der Bericht als ein Beitrag zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes und eines der wichtigeren Gesetzesvorhaben des nächsten Bundestags von Seiten der CDU gewertet

werden.

Der Vorschlag wird bis zur Gesetzesform mit Begründung und für einen Zeitraum von 25 Jahren Übergangsregeln dargestellt. Sein Kern lautet: die Sozialversicherung wird ersetzt durch eine Grundsicherung in Höhe von 40% des Durchschnitts der Nettolöhne und -gehälter. Das entspricht in etwa den 800 DM, die 1985 als Sozialhilfe einer sonst mittellosen Person gewährt werden konnten. Anspruchsbedingung u.a.: 63 Lebensjahre, 25 Jahre Steuerpflicht.

Die Finanzierung soll durch indirekte und direkte Steuern erfolgen: am Schluß der Übergangszeit wird ein Anstieg der Mehrwertsteuer von jetzt 14 auf dann rd. 20% und der Lohnsteuer



Biedenkopf: "Übergang von der Pflicht zur Freiwilligkeit"

von (nach Angaben der Autoren) gegenwärtig durchschnittlich 17,5 auf (im Jahre 2010) 22% errechnet. Die gegenwärtigen Beiträge zur Rentenversicherung sollen ersetzt werden zu etwa zwei Dritteln durch indirekte Steuern und zu einem Drittel aus direkter Steuer. Von der Übergangsphase betrachtet würde im wesentlichen ein Ausmusterung von Rentnern organisiert, deren Eleganz besteht: die Beiträge der Lohnabhängigen würden abgelöst durch Steuern, die der Kapitalisten im wesentlichen ersatzlos entfallen; parallel dazu würden die in das Rentenalter eintretenden Jahrgänge je nach Geschwindigkeit und konkreter Regelung mit immer weniger Ansprüchen dastehen, zum Schluß eben bloß noch mit dem dann allgemeinen Anspruch auf die "Grundversorgung".

Damit wird nun deutlich, daß das ganze Gejammer um die "Altenlast" im Jahre 2030 bloß als Tarnung und Mittel zur Durchsetzung für sehr viel handfestere Interessen dient: "Ein offensichtlicher Vorzug der Rentenfinanzierung von Beiträgen auf Steuern

wäre eine gewisse Verminderung der Arbeitskosten, die sich im Laufe der Zeit verstärken würde ... Dadurch könnte der Preis deutscher Waren und Dienste im internationalen Vergleich sinken. Die deutsche Wirtschaft würde noch wettbewerbsfähiger. Gleichzeitig würden die Preisvorteile von Importwaren auf dem deutschen Markt vermindert. Ein Teil der Kosten der Alterssicherung würde als indirekte Steuern deutschen wie ausländischen Produkten auferlegt."

Die Rechnung dieses Konzepts wird an anderer Stelle nicht weniger direkt offengelegt: ein Drittel der Bevölkerung ist an diesem Vorschlag unmittelbar interessiert wegen Schutz des Vermögens. Ein weiteres Drittel gilt als ausreichend ausgestattet, um "die private Vorsorge" zu finanzieren. Und was ist nun mit dem "letzten Drittel"? Dieses letzte Drittel kann aufatmen: über die viel höhere indirekte Steuer leistet es nun einen eigenen Beitrag zur Finanzierung seines Elendsdaseins und braucht zum Hunger nicht auch noch ein schlechtes Gewissen zu haben. – Der Interessenstandpunkt des Vorschlags? Das zum Nutzen der ganzen Kapitalistenklasse einschließlich geldvermögender Schichten ausgestaltete Interesse des Versicherungskapitals an der Ausdehnung seines Geschäftes. – (haj)

R.Süssmuth: Restauration der monogamen Familie

Die Familienministerin R.Süssmuth setzt sich in ihrem Buch "Frauen – der Resignation keine Chance", einer Sammlung von Aufsätzen aus den Jahren 1980 – 1985, mit dem Zerfall der monogamen Familie als Reproduktionsgemeinschaft auseinander, d.h. mit der Tatsache, daß die Erwerbstätigkeit der Frau mittlerweile als selbstverständlich gilt und sich Ansprüche an gesellschaftliche Einrichtungen der Reproduktion entwickelt haben. Demgegenüber tritt sie für die Erhaltung der Familie als Not- und Opfergemeinschaft ein. Staatliche Leistungen für Kinder, Jugendliche, Behinderte, Pflegebedürftige und Kranke hält sie für "nicht mehr bezahlbar", d.h. die Sorge für Menschen, aus denen kein Profit herausgeschlagen werden kann, wird der Familie aufgehast. Da bei vielen Frauen zu Recht die Befürchtung erwächst, daß diese unbezahlte Arbeit vorwiegend an ihnen hängenbleibt, gibt sich Frau Süssmuth aufgeklärt: Mann und Frau seien gleichberechtigt, zumindest was "ehrenamtliche Tätigkeit" betrifft. "Viele von ihnen sind bereit zu unbezahlter Arbeit, wenn ihr Lebensunterhalt gesichert ist." Die soziale Gleichheit von Mann und Frau wird solange Illusion sein, solange die Reproduktion in der Familie erfolgt und Mann und Frau lebenslang aus ökonomischen Rücksichten an einander gefesselt sind. Da Ehe und monogame Familie in Verruf

geraten sind, kann Frau Süsmuth deren Notwendigkeit nur indirekt rechtfertigen. Zwar nicht die Ehe, aber das Bedürfnis nach Bindung gehöre zum menschlichen Wesen. Dies sei eine "anthropologische Grundkonstante". Im Widerspruch dazu stünden Streben nach individuellen Rechten und "übertriebenes Streben nach Gleichheit und Gleichberechtigung". Nicht die elenden materiellen Bedingungen zerstören ihrer Auffassung nach die sozialen Beziehungen, sondern das individuelle Streben nach Freiheit und Glück. Hier wird ein Programm entwickelt, die schlecht verdienenden Lohnabhängigen, die Empfänger von Sozialleistungen in die Familie zu prügeln und Teile der Mittelschichten dafür zu gewinnen. (R. Süsmuth: Frauen – der Resignation keine Chance, Düsseldorf 1985 – wop)

Arbeitszeit-Entwicklung Euro-Flexibilisierung

Mit "Möglichkeiten und Bedingungen der Übertragbarkeit ausländischer Modelle auf die Bundesrepublik Deutschland" befaßt sich eine neu erschienene Arbeitszeit-Studie. Übersichten gibt es aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, Schweden, Dänemark, Finnland und den USA. Thematisch werden jeweils die Teilzeitarbeit (als "maßgebliche Strategie zur Flexibilisierung der Arbeitszeit"), job sharing, gleitender Ruhestand (Voruhestand), Beurlaubungsmodelle (Langzeit-, Bildungsurlaub), Mehrarbeit und komprimierte Wochenarbeitszeiten (z.B. 4x10 Stunden) untersucht. Interessant, v.a. im Zusammenhang mit dem gut aufgearbeiteten Material über die Flexi-Taktik der BRD-Metallkapitalisten während der 35-Stunden-Kampagne, daß bereits 1982 die EG-Kommission mit der Euro-Einführung der Flexibilisierung befaßt war: "Sofern die Anpassung der Arbeitszeit zu einer Erhöhung der Produktionszeit eines Unternehmens führt und eine intensivere Nutzung der Produktionskapazität bewirkt, können dadurch die Stückkosten gesenkt werden ... Mit diesem Ziel vor Augen sollte eine Neugestaltung der Arbeitszeit, einschließlich der individuellen Arbeitszeitverkürzung angestrebt werden" (23).

Die politische Wertung der Studienautoren, das Ganze entstammt der Friedrich-Ebert-Stiftung, den Flexi-Angriff mit etwas mehr Arbeitnehmer-Bezogenheit aufzufangen, ist nach all dem umfangreich präsentierten Material schon sehr interessiert. Was dem widersprechend aber folgt: Die Abwehr der Flexibilisierung hiezulande ist ein gutes Stück Aufgabe des proletarischen Internationalismus.

(M. Langkau-Hermann, U. Scholten; Strategien zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und zur Arbeitszeitverkürzung, Bonn 1986 – gka)

Staatsschutzgesetze

"Verfassungsrechtliche Bedenken" oder gründliche Kritik der Verfassung?

Die Kritik an den sog. "Sicherheitsgesetzen" gestaltet sich in weiten Teilen der interessierten Öffentlichkeit als liberal und rechtsstaatlich. So berechtigt diese Kritik an einzelnen Punkten – wie etwa an der geplanten Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten – auch ist, werden doch im wesentlichen "verfassungsrechtliche Bedenken" geltend gemacht (1). An Beispielen soll da aufgezeigt werden, wie der "unbescholtene Bürger" in die Netze der Geheimdienste gerät: "X besucht einen Verwandten im Wendland", wo er zufällig in eine Gruppe gerät, die mit "militanten Mitteln einen Transport nach Gorbelen zu verhindern sucht". Er wird registriert, und da er davon nicht informiert wird, wird er gehindert, den Rechtsweg zu beschreiten. Oder: Z besucht einen Verwandten in der DDR und gerät wiederum durch Zufall in eine Gruppe von DKP-Mitgliedern usw. (2).

Diese Art der Kritik an den Staatsschutzgesetzen äußert sich im wesentlichen in folgenden Punkten: Dem Recht auf "informationelle Selbstbestimmung", das durch das "progressive Urteil" des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung bekräftigt worden sei, würde nicht entsprochen. Den Staatsschutzgesetzen fehle es an bereichsspezifischem Datenschutz, an Bestimmungen, die die Datenerhebung, -verarbeitung und -weitergabe an klar umrissene Verwendungszwecke binden, an Auskunfts- und Löschungspflichten und an ausreichenden Befugnissen für die Datenschutzbeauftragten.

Was steht im Volkszählungsurteil?

Das Bundesverfassungsgericht hebt in seinen einleitenden Bemerkungen deutlich hervor, daß es die "loyalen Staatsbürger" im Auge hatte, die vor anonymer Datenerhebung geschützt werden müßten, die "das Recht und die Pflicht des Staates respektieren, die für rationales und planvolles staatliches Handeln erforderlichen Informationen zu beschaffen". Diese Loyalität soll mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung belohnt werden. Aber andererseits sei dieses Recht nicht schrankenlos gewährt: "Der Einzelne hat nicht ein Recht im Sinne einer absoluten, uneinschränkbar Herrschaft über 'seine' Daten; er ist vielmehr eine sich innerhalb der sozialen Gemeinschaft entfaltende, auf Kommunikation angewiesene Persönlichkeit. Information, auch soweit sie personenbezogen ist, stellt ein Abbild sozialer Realität dar, das nicht ausschließlich dem Betroffenen allein zugeordnet werden kann." Daher müsse der Einzelne "Einschränkungen seines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung im überwiegenden Allgemeininteresse hinnehmen". Diese Einschränkungen bedürften lediglich einer klaren, für jeden erkennbaren gesetzlichen Grundlage und einer Abwägung zwischen den Grundrechten des einzelnen und dem Schutz der öffentlichen Interessen (3).

Diese "Abwägung" durchzieht das gesamte Paket der Staatsschutzgesetze. Wie berechtigt es auch im einzelnen sein mag, z.B. zu kritisieren, daß in einzelnen Bestimmungen die Rechtsweggarantie des Art. 19 Abs. 4 Grundgesetz ("Wird jemand durch die



Einweisung politischer Gefangener ins KZ 1933. – Die Staatsschutzgesetze haben die Trennung von Polizei und Geheimdiensten auf. Vorverlagerter Staatsschutz wird als Hauptaufgabe der Polizei festgeschrieben.

öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen") beschnitten wird, weil der Betroffene über seine Bespitzelung nicht informiert wird, so unzureichend bleibt diese Kritik, weil sie den Zweck des Schutzes der "Belange der BRD" nicht angreift, ein unbestimmter Rechtsbegriff, der seit dem Ausländergesetz von 1965 sämtliche Notstandsgesetze durchzieht.

Grundlage für die Sonderbehandlung von Ausländern ist die Bestimmung des § 2 des Ausländergesetzes: "Die Aufenthaltserlaubnis darf erteilt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigt." In der amtlichen Begründung zum Ausländergesetz wird dies konkretisiert: "Fremde Staatsangehörige und Staatenlose stehen zu dem Aufenthaltsstaat nicht in einem Treue- und Rechtsverhältnis mit eigenen Rechten und Pflichten. Ihnen gegenüber handelt der Staat nach Zweckmäßigkeitserwägungen, die nach politischen Zielen ausgerichtet sind" (4). Nach Verabschiedung der Notstandsgesetze erläuterte der damalige Staatssekretär im Bundesinnenministerium Heuer in seltener Klarheit, daß "aus der Tatsache, daß der Gesetzgeber im Ausländerrecht die 'sonstigen erheblichen Belange' nur vor Beeinträchtigungen durch Ausländer zu schützen versucht hat, (nicht) schon der Schluß gezogen werden (kann), daß diese Belange eines Schutzes vor Beeinträchtigungen durch die eigenen Staatsangehörigen nicht bedürfen" (5). Er sehe keine verfassungsrechtlichen Bedenken, wenn der Gesetzgeber in mehreren Phasen entsprechende Vorschriften für Deutsche erst später folgen ließe.

Zu den "erheblichen Belangen der BRD" gehören z.B. nach der Rechtsprechung zum Ausländerrecht: wesentliche Störungen des Ansehens der BRD im Innern und nach außen; Beeinträchtigung der Entwicklung der BRD; Beeinträchtigung der Volkswirtschaft, Beeinträchtigungen der außenpolitischen Beziehungen; Abfassung unzutreffender Berichte über die BRD; querulantenhafte Beschwerden bei Behörden; Störungen des Arbeitsfriedens und zu allererst der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die Unbestimmtheit des Begriffs "Belange" ermöglicht eine je nach "politischen Zweckmäßigkeitserwägungen" weite Ausdehnung auf alle möglichen Interessen der Reaktion.

Die Staatsschutzgesetze gehören in jene Reihe von Gesetzesmaßnahmen, durch die phasenweise eine Ausdehnung des Schutzes dieser Belange der BRD auf westdeutsche Staatsangehörige stattfinden soll. So heißt es etwa in § 7 Abs. 1 des Paßgesetzes – wie bisher –, daß ein Paß dann zu versagen ist, "wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß der Paßbewerber

1. die innere oder äußere Sicherheit oder sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet". Neu hinzugekommen ist § 9, der festlegt, daß einem Deutschen, dem der Paß aus genanntem Grund versagt wurde, "die Ausreise in das Ausland zu untersagen" ist. Diese Vorschrift entspricht § 19 Ausländergesetz.

Nach § 9 Abs. 1 und 2 Bundesdatenschutzgesetz sollen Datenspeicherung, -veränderung und -nutzung dann erlaubt sein, "wenn eine Abwägung ergibt, daß die schutzwürdigen Belange des Betroffenen hinter dem Interesse der Allgemeinheit zurücktreten müssen" bzw. "es zur Abwehr erheblicher Nachteile für das Gemeinwohl oder einer sonst unmittelbar drohenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist". Die Neufassung des Verwaltungsverfahrensgesetzes enthält wortgleiche Bestimmungen.

§ 10 Abs. 3 des Bundesverfassungs-

FdGO erklärt und den "Mißbrauch" der Grundrechte zum Kampf gegen die FdGO mit deren Verwirkung, Vereinigungs- oder Parteiverbot beantwortet. Die Erklärung der Grundrechte zu "Werten" durch die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erlaubt jederzeit die "Abwägung" dieser Werte gegen andere verfassungsmäßige Belange. Diese Tradition setzen die Staatsschutzgesetze fort. "Wer sich in seiner Kritik an zweifelhaften Datensammlungen und neuen Formen 'operativer' polizeilicher Strategien bisher auf eine formal-rechtsstaatliche Kritik beschränkt und diese Praktiken nur wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen für rechtswidrig erklärt hat, steht nun auf verlorenem Posten" (6). Aber geht es dabei um "elementare, wenn auch häufig kaum konkret wahrnehmbare Einschnitte in grundrechtlich (!) geschützte Freiheitsräume" (7)? Was



"Der gläserne Mensch" als Ziel der Staatsschutzgesetze, die "unvereinbar mit dem Grundgesetz" (Schäfer, SPD) seien? Die liberale Kritik sieht den "unbescholtenen loyalen Staatsbürger" in Gefahr. Die "Belange der BRD" bleiben dabei ungeschoren.

schutzgesetzes erlaubt die Übermittlung personenbezogener Informationen an nicht-öffentliche Stellen, wenn dies zum Schutz der FdGO, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist.

§ 10 Abs. 4 desselben Gesetzes erlaubt Weitergabe von Daten an ausländische öffentliche Stellen, wenn "1. die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen der Stelle, der sie übermittelt werden, erforderlich ist und 2. eine Abwägung mit den schutzwürdigen Belangen des Betroffenen ergibt, daß die Belange der Bundesrepublik Deutschland überwiegen".

Grundlage der "Abwägung" zwischen Individualrechten und den "Belangen der BRD" ist das Grundgesetz, das in Art. 9, 18 und 21 die Grundrechte zum Mittel der Verteidigung der

nützt z.B. den Gewerkschaften das Grundrecht der Meinungsfreiheit, wenn es im Wege der verfassungsgerechlichen "Abwägung" dem Verfassungswert der ungestörten Kapitalverwertung zum Opfer fällt?

Quellenhinweis: (1) so Seifert, Die Überwachungsgesetze, in: Kritische Justiz 1986, S. 42ff.; (2) ebda. S. 46f., ähnlich Denninger, Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Innere Sicherheit, in: Kritische Justiz 1985, S. 215ff.; (3) BVerfG, in: Europäische Grundrechte Zeitschrift 1983, S. 577, 588f.; (4) vgl. zum Ausländergesetz Politische Berichte Nr. 25/85, S. 34ff.; (5) Heuer, Politische Betätigung von Ausländern und ihre Grenzen, 1970, S. 31; (6) Kutscha/Weßlau, Mehr Recht für Geheimdienste und Polizei, in: Demokratie und Recht 1986, S. 7; (7) ebda. S. 8; ferner: BT Drs. 10/4737 (Gesetzestexte mit Begründung) – (ulb)

SS geht nicht nach Nesselwang

Augsburg. Wie verschiedene Zeitungen am 10.4. geschrieben haben, ist das für dieses Jahr erneut geplante SS-"Kameradschaftstreffen" (Anfang Mai in Nesselwang) abgeblasen worden. Damit ist auch die von der VVN initiierte Demonstration gegen diesen Faschistentreff gegenstandslos und wird nicht stattfinden. Die Hintergründe liegen nicht offen zutage. Die Hetze seitens der Reaktion gegen die letztjährige Demonstration war scharf gewesen. Sie war dieses Jahr bei den Vorbereitungen zu spüren; weder SPD noch Grüne noch DGB schienen Lust zu haben, dieses Jahr vielleicht erneut zerbrochene Scheiben in die Schuhe geschoben zu kriegen. Andererseits hat die letztjährige Demonstration, die das Treffen der SS nicht verhindern oder auflösen konnte, offenbar immerhin bewirkt, daß die örtlichen Geschäftsleute von Nesselwang es unangenehm finden, wenn der Luftkurort ein zweites Mal international negative Schlagzeilen bekommt. — Gegen eine für einen noch nicht bekannten Termin im Juni angekündigte Großkundgebung der NDP im Oberallgäu ruft die VVN zu einer Demonstration auf. — (ael)

WAA: CS-Gaseinsatz als "vorbeugende" Maßnahme

Regensburg. Es vergeht fast keine Woche, in der die Gegner der WAA im Raum Wackersdorf nicht mit staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen wie Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Bespitzelung überzogen werden. Den in der Nähe des Baugebietes durchgeführten Ostermarsch benutzte die Staatsregierung für eine Kampagne gegen die SPD, eine unloyale Presseberichterstattung und den "Mißbrauch von Gottesdiensten". Sie beabsichtigt, den konservativ motivierten Widerstand durch Hetze gegen "Feinde des Rechtsstaats" wieder an die CSU zu binden. Die Umstände des Polizeieinsatzes am Ostermontag haben erneut Maßstäbe verrückt: Erst verlangt die CSU den Verzicht auf das Demonstrationsrecht aus "staatsbürgerlicher Verantwortung", um später die Verwendung chemischer Kampfgase (CS, CN) selbst gegen sog. friedliche Demonstranten aus Gründen der "Prävention" für erforderlich zu halten. Die SPD entschuldigt mittlerweile ihre Teilnahme am Ostermarsch mit dem Hinweis, daß "die von der CSU vorhergesagten Ausschreitungen nicht eingetreten seien". Nachdem die Union für die Vergangenheit propagandistische "Versäumnisse" feststellte, soll nunmehr eine erneute demagogische Offensive begonnen werden. Diese Lage verlangt von der Opposition, daß sie ihre Kritik an der CSU ausweitete. — (ola)



Köln. 10.4.1986. Vertreter des Verbandes der Kriegsdienstgegner (DFG/VK) protestierten auf der Feier, die die Bundesministerin Süssmuth zum 25jährigen Bestehen des Zivildienstes abhielt. Sie forderten auf dem Transparent (Bild) "Weg mit der Verlängerung des Zivildienstes" und kritisierten, daß auf der Veranstaltung kein Sprecher der Zivildienstleistenden reden konnte. — (gba)

HBV-Delegierte gegen Südafrika

Freiburg. HBV-Beschluß vom 20.3. 1986:

"1. Die Delegiertenversammlung der Ortsverwaltung Freiburg der HBV unterstützt alle Bemühungen die geeignet sind, das Ende des reaktionären Apartheid-Regimes in Südafrika herbeizuführen, das den Kampf der schwarzen Bevölkerung für Gleichberechtigung und gegen Ausbeutung und Unterdrückung gegen das weiße Minderheitsregime gewaltsam unterdrückt. 2. ... solidarisiert sich mit dem Kampf der schwarzen Gewerkschaften für deren Anerkennung und Ziele. 3. Der OV-Vorstand wird beauftragt, den Hauptvorstand aufzufordern, den Kampf der schwarzen Gewerkschaften in Südafrika verstärken zu unterstützen und die Zusammenarbeit mit dem DGB-Bundesvorstand in dieser Hinsicht zu intensivieren ... 4. Der OV-Vorstand wird beauftragt, darauf hinzuwirken, daß bei HBV-Veranstaltungen über die Situation in Südafrika informiert wird."-- (kak)

Protest gegen Homeland auf Hannover-Messe

Hannover. Die Messeleitung hat das vom südafrikanischen Rassistenregime errichtete Homeland Bophutatswana als Aussteller eingeladen. Das Rassistenregime preist das Homeland als "sicheres Investitionsland im südlichen Afrika". Die schwarzen Arbeiter wurden in diesem Homeland zwangsangesiedelt und werden in den Fabriken westdeutscher Konzerne zu den elendsten Bedingungen und niedrigsten Löhnen ausgebeutet. Die Grünen im Landtag haben gegen das Auftreten des Homelands auf der Messe protestiert und den Messevorstand aufgefordert, Vertreter des Homelands wieder auszuladen. Der

Sprecher der Grünen Schoershusen erinnerte daran, daß im vergangenen Monat 30 Schwarze von der Rassistenpolizei erschossen wurden. Die hannoversche SPD hat sich gegen das Auftreten des Homelands auf der Hannover-Messe gewandt und kritisiert, daß die schwarzen Arbeiter keine gewerkschaftlichen Rechte haben. — (anr)

"Kurpfälzer Treff" von Faschisten am 26/27.4.

Weinheim. Für das Wochenende 26/27. April organisiert der Weinheimer Faschist, vom Dienst suspendierte Studienrat und Stadtrat der "Deutschen Liste", Günter Deckert, wieder den "Kurpfälzer Treff — Wochenende nationaler Gemeinschaft". Seit 1981 führt Deckert solche Treffen (mit abgewandeltem Namen) jährlich für das Rhein-Neckar-Gebiet durch — fast immer in städtischen Räumen in Weinheim. Träger der Treffen waren jedenfalls bisher meist die "Gesellschaft für Publizistik", die "Jahnjugend" und der "Schlesische Studentenbund". Das Motto der Konferenzen lautete jeweils etwa: "Ja zur Heimat und zum deutschen Volk". Damit wird das Ziel deutlich: Mitarbeit an dem Versuch, einheitliche Positionen innerhalb der "nationalen Bewegung" zu befördern und die Wirkung auf konservative Kreise zu vertiefen. Seit ca. 8 Jahren, noch bevor er als ehemaliger Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten und als "Vertreter der kämpferischen Teile in der NPD" bei seinem Kampf um den Parteivorsitz gescheitert war, ist dies das Hauptziel Deckerts. 1981 war es zu größeren Gegenaktionen gegen das Treffen und die Raumvergabe durch die Stadt gekommen, zu den seitdem jährlich stattfindenden Treffen gelang dies nicht mehr. Gegen die geplante Kandidatur Deckerts zu den OB-Wahlen in Weinheim am 8. Juni hat sich ein Aktionskreis gebildet. — (bef)

Fremdfirmenbeschäftigte im Betrieb

Das schmutzige Geschäft mit Leiharbeitern wird verstärkt Mittel der Personalplanung

Stuttgart. Auf Anfrage der SPD-Opposition im Stuttgarter Landtag zur Entwicklung der Leiharbeit in Baden-Württemberg gab das Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung am 26.3.1986 zur Antwort (1): "Die Zahl der Erlaubnisinhaber (für Arbeitnehmerüberlassung, d.V.) in Baden-Württemberg nimmt seit Mitte 1984 ständig zu. Zum 31.3.1986 wird mit 180 Erlaubnisinhabern gerechnet." Zur Zahl der beschäftigten Leiharbeiter wird festgestellt: Waren am 31.12.1983 noch 2731 Leiharbeiter offiziell den Arbeitsämtern gemeldet, so am 30.6.1985 bereits 5774. Nur ein Viertel bis ein Drittel der Arbeitnehmer ist bei den Zeitarbeitsfirmen länger als drei Monate beschäftigt. Langjährige Beschäftigungsverhältnisse bei

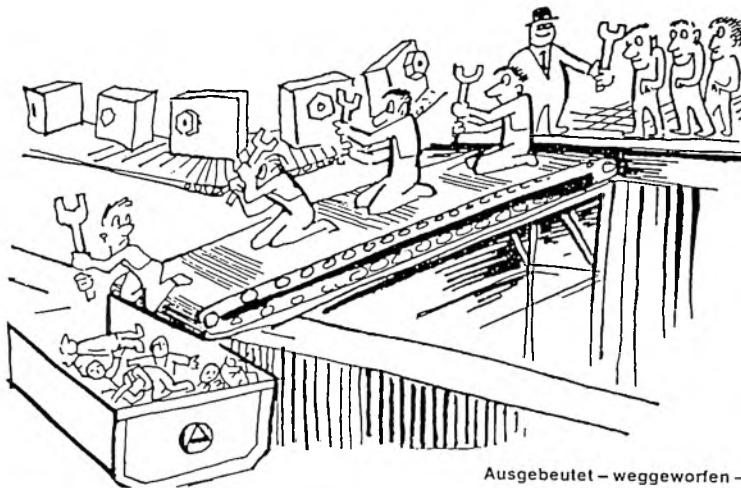
vollständig den Weisungen der Vorgesetzten am Arbeitsplatz unterliegen und damit eigentlich Leiharbeiter sind. Eine empirische Studie des ISO-Instituts in Köln hat ergeben, daß der Abschluß der illegalen Scheinwerkverträge zur legalisierten Arbeitnehmerüberlassung im Verhältnis 1:6 steht. (2)

Der Einsatz von Fremdfirmenbeschäftigten wirkt als ein Instrument des Personalabbaus. Dies läuft gewöhnlich so ab, daß zunächst die bisherige innerbetriebliche Personalreserve (Springer u.ä.) abgebaut und ersetzt wird durch eine Randbelegschaft, die von Fremdfirmen zur Verfügung gestellt wird. Der Personalabbau wird dann weitergetrieben auf Arbeitsplätze, die eigentlich ständig besetzt sein sollten. Damit sind Perso-

gelände eingesetzt, davon arbeitet regelmäßig ein Drittel samstags. Der Verdacht auf Scheinwerkverträge liegt vor. Der Anteil der Fremdfirmenbeschäftigten beträgt ca. 7% der Gesamtbelegschaft von 10900. IBM in Sindelfingen betreibt die Produktionsauslagerung als Teil einer Personalpolitik. Während die Stammbeflegschaft kaum größeren Schwankungen unterworfen ist, werden die Arbeiter bei den Lieferanten als Puffer für konjunkturelles Auf und Ab genommen.

Die Spaltung in Rand- und Stammbeflegschaft wird von den Unternehmen als Druckmittel gegen die Festangestellten eingesetzt. Nötig wäre ein generelles Verbot von gewerksmäßiger Leiharbeit, wie es die DGB-Gewerkschaften fordern. Nötig ist auch, betrieblich den Einsatz von Fremdfirmenbeschäftigten Widerstand entgegenzusetzen und die Übernahme in Festanstellungen zu fordern.

Quellen: (1) Stellungnahme der ba-wü Regierung zum Antrag des Abgeordneten Goll (SPD) betreffs der Entwicklung der Leiharbeit in Baden-Württemberg, Drucksache 9/2768; (2) Johann Frerichs: "Leiharbeit und betriebliche Interessenvertretung", Bund-Verlag 1981; "Einsatz von Fremdfirmen-Arbeitnehmern im Betrieb" und "Illegaler Arbeitskräfteverleih über Scheinwerkverträge", Broschüren der IGM Ortsverwaltung Stuttgart, Juli 1983. - (ros)



Ausgebeutet - weggeworfen -

Leiharbeiter sind meist kurzfristig angestellt. Sie kommen aus der Arbeitslosigkeit und landen wieder dort, eine flexible Reserve der Personalplanung.

den Verleihern sind die Ausnahme. Heuern und Feuern ist das Prinzip.

Tarifvertragliche Regelungen gibt es laut Bericht des Ministeriums Baden-Württemberg nur für die Angestellten: Zwischen der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft und dem Bundesverband Zeitarbeit gilt auf Bundesebene ein Manteltarifvertrag vom 10.3.1983 und ein Vergütungsstarifvertrag vom 30.5.1985. Diese Tarifverträge sind nicht für allgemeinverbindlich erklärt. Für die Arbeiter gibt es grundsätzlich nur die gesetzlichen Mindestbedingungen (z.B. 18 Urlaubstage im Kalenderjahr, wobei der Samstag mitzählt).

Wichtiger noch als das Ansteigen der Leiharbeiter ist das sprunghafte Ansteigen der Fremdfirmenarbeiter, die im Rahmen von Werksverträgen beschäftigt werden, aber oftmals

nalengpässe vorprogrammiert, die durch steigenden Leistungsdruck, Mehrarbeit der Stammbeflegschaft - oder Einsatz von Fremdfirmenbeschäftigten aufgefangen werden müssen. Die Qualifikation der Fremdfirmenbeschäftigten ist dabei recht unterschiedlich: Bei Daimler-Benz Untertürkheim sind von den 2800 Fremdfirmenbeschäftigten 150 bis 160 in der Konstruktion eingesetzt, circa 700 bei Reinigungsarbeiten, ca. 900 auf dem Bausektor, der Rest ist beauftragt mit Wartung und Optimierung von Anlagen, Neuerstellung von technischen Installationen etc. Bei einer Gesamtbelegschaft von 35000 ist das ein Anteil von ca. 7%.

Bei Bosch in Feuerbach sind die festangestellten Handwerker bereits in der Minderheit. 500 bis 600 Fremdhändler sind ständig im Betriebs-

Ausländische Jugendliche

"Selbstverteidigungskomitee der antifaschistischen Jugend"

Mitte März haben in Hamburg verschiedene türkische Jugendgruppen die "Selbstverteidigungskomitees der antifaschistischen Jugend" gegründet. Nachstehend Auszüge aus einem Interview:

Frage: Kannst Du Euch kurz vorstellen?

Antwort: Die "Selbstverteidigungskomitees" sind nach dem Tod von Ramazan Avci gegründet worden. Es gibt zur Zeit über 12 Selbstverteidigungskomitees. Eins dieser Komitees ist z.B. an der Gesamtschule Steilshoop. Die haben sich gerade als Aufgabe gestellt, eine Unterschriftenkampagne für die Einführung von Türkisch als erste der zweiten Fremdsprache durchzuführen... Die Selbstverteidigungskomitees sind eigentlich nichts anderes als Organisationsstrukturen des politischen Willens der Jugendlichen, hier nicht mehr als Menschen zweiter oder dritter Klasse behandelt zu werden.

Frage: Was sind Eure politischen Hauptziele?

Antwort: Unsere Ziele sind, ganz global definiert, die Gleichstellung der

Ausländer mit den Deutschen auf allen Ebenen, auf juristischer, sozialer wie politischer Ebene. Der Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit sind eigentlich in dieser Gesellschaft Staatspolitik und die gewalttätigen Angriffe der Neofaschisten bilden eigentlich nur die Spitze eines Eisberges an Ausländerfeindlichkeit. Erst dann, ... wenn der Staat aufhört, die ungleichmäßige Behandlung zwischen Deutschen und Ausländern weiter zu betreiben, wird es auch möglich sein, daß der erste Schritt zum Abbau der Ausländerfeindlichkeit und des Rassismus getan werden kann. In dem Sinne sehen wir uns politische Hauptaufgabe darin, die Ausländer um ihre Rechte zu organisieren.

Frage: Was versteht Ihr speziell unter Selbstverteidigung?

Antwort: Wir verstehen unter Selbstverteidigung sehr umfassende Dinge. Wenn ich ein Beispiel geben kann: Wenn wir in einer U-Bahn "Ausländer raus" -Parolen sehen, haben wir das Recht, diese zu entfernen, denn selbst diese Parolen greifen uns an. Kämpfen zu dürfen, überhaupt in Deutschland leben zu dürfen, das verstehen wir auch unter Selbstverteidigung ... Unter Selbstverteidigung verstehen wir natürlich auch, daß wir das Recht haben, unser Leben zu schützen, wenn Skin-Heads uns angreifen. Wir verstehen aber unter Selbstverteidigung nicht, daß wir auf Skin-Heads Jagd machen. – (peb)

Antifaschismus

Ruhrgebietstreffen beschließt Demonstration gegen die FAP

Duisburg. Wichtige Beschlüsse zur Vorbereitung der landesweiten Demonstration gegen die FAP wurden auf dem 5. Ruhrgebietstreffen antifaschistischer Initiativen und Organisationen gefaßt. Mit etwa 100 Teilnehmern aus 18 Städten fand das Treffen am 5.4. in Duisburg statt.

Schon bei den Berichten aus den Orten wurde deutlich, daß es Fortschritte in der Kampagne gegen die FAP gibt. 6000 Unterschriften wurden unter den Aufruf der "Landesweiten Initiative für ein Verbot der FAP" (siehe Politische Berichte 3/86, S. 29) gesammelt, die GEW-Landeskonferenz unterstützt ihn. In verschiedenen Städten laufen Bürgeranträge an Stadträte. Erheblich klarer als vor einigen Wochen ist, daß es von Bedeutung ist, wie die Forderung nach Auflösung bzw. Verbot der FAP begründet wird.

Das Ruhrgebietstreffen beschloß, daß die landesweite Demonstration gegen die FAP am 21. Juni in Duisburg stattfinden soll. Sie wird voraussichtlich von autonomen Gruppen, Volksfront, revolutionär-sozialisti-

schen Organisationen, VVN/BdA, DKP und Grünen bis hin zu Teilen der SPD unterstützt. Der Aufruf zur Demonstration wurde mit nur wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen verabschiedet. Zuvor war vor allem die Frage, ob und wie die Kritik an der staatlichen Förderung faschistischer Politik im Aufruf vorkommen soll, kontrovers erörtert worden.

Jetzt heißt es im Aufruf: "Der Kontrollrat der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition hat nach dem II. Weltkrieg Rechtsvorschriften zur Befreiung des deutschen Volkes erlassen. Wie Artikel 139 des Grundgesetzes bestätigt, sind diese Rechtsvorschriften nach wie vor gültig. Faschistische Organisationen und Parteien sind demzufolge illegal. Trotzdem ist die FAP – auch in Nordrhein-Westfalen – zu verschiedenen Wahlen zugelassen worden und kann, staatlich gedeckt durch Polizei und Gerichtsurteile, ihre Tätigkeit mit dem Anschein der Legalität entfalten."

Nach heftigem Streit wurde desweiteren beschlossen, daß ein Vertreter der Autonomen bei der Demonstration reden soll. Als weitere Redner der Auftakt- und Schlußkundgebung sind vorgesehen: Ein Gewerkschaftsfunktionär (SPD), ein Widerstandskämpfer (VVN/BdA), eine Bundestagsabgeordnete der Grünen, eine Stadträtin der DKP, ein Vertreter aus dem christlichen Widerstand, ein Ausländer und Vertreter örtlicher Initiativen aus Dortmund, Duisburg und eventuell Gelsenkirchen.

Viel Kritik gab es daran, daß die Bildung einer Demonstrationsleitung unter großem Zeitdruck auf das Treffen eines Arbeitsausschusses von Vertretern der örtlichen Gruppen vertagt wurde. Einige weitere Beschlüsse wurden, ebenfalls unter Zeitdruck, mit nur knappen Mehrheiten gefaßt. Es muß offensichtlich geklärt werden, wie – wo es notwendig ist – eine breitere Übereinstimmung der am Bündnis beteiligten Gruppen und Organisationen erreicht werden kann, bei gleichzeitigen eigenständigen Beiträgen. – (wof)

CSU-Parteiausschuß

Wie sollen die kommenden Wahlen gewonnen werden?

München. Die CSU will bei den kommenden Landtagswahlen in Bayern nicht nur an die guten Wahlergebnisse der vergangenen Zeit anknüpfen, sondern auch für die Bundestagswahlen einen Wahlsieg der Unionsparteien ermöglichen. Wie diese Aufgaben und Herausforderungen des Wahljahres 1986/87 gelöst werden sollen, wurde auf der Sitzung des Parteiausschusses am 22. März 1986 im neuen Würzburger Kongreßzentrum erör-

tert. Der Parteivorsitzende Strauß erinnerte – das Bewußtsein darüber dürfe nicht verloren gehen – an die Grundlagen der Politik der CSU: Der demokratische Rechtsstaat, die parlamentarische Demokratie, die föderative Ordnung und die soziale Marktwirtschaft. Diese vier Elemente gehörten nach Auffassung der CSU zu einem "modernen freiheitlichen Staat". Schon vor vierzig Jahren will die CSU die "radikale endgültige Abkehr vom Nationalismus" vollzogen haben und zwar mit dem Bekenntnis zum christlichen Sittengesetz. Diese Distanzierung vom "Nationalismus"



Fraktionsvorsitzender G. Tandler erläutert das Motto: "Bayern vorn".

betont die CSU jetzt erneut. Die föderative Ordnung der BRD soll ein Modell sein für die Einigung Europas, denn "Europa wird nicht den Untergang der Nationalstaaten bedeuten, sondern das Einmünden erhaltenbleibender Nationalstaaten in eine größere europäische Architektur ... Aber wir wollen wissen, daß wir auf Dauer nur Deutsche bleiben können, wenn wir rechtzeitig Europäer werden." Bei diesem Lieblingsthema angelangt, bringt Strauß absichtsvoll die Bedeutung und Rolle der westdeutschen Streitkräfte bei der Vollendung dieser "größeren europäischen Architektur" ins Gespräch: "Denn Sie (die Alliierten) haben eingesehen, daß man zwar Hitlers Macht zerstören mußte, um die Menschheit von dieser Geißel zu befreien, daß man aber die geschichtliche Funktion Deutschlands für Europa nicht im gleichen Atemzuge kaputt machen darf."

Die Zustimmung zu SDI habe deshalb mit der ersten Priorität auf die Sicherheit gegenüber den Warschauer Pakt-Staaten zu erfolgen, in zweiter Priorität auf "unseren wissenschaftlich-technischen Fortschritt" und erst in dritter Priorität sollte an die "profitablen Aufträge unserer Wirtschaft" gedacht werden.

Quellenhinweis: Bayernkurier 5.4.86 – (dil)

Städtische Krankenhäuser

Schlechte Arbeitsbedingungen führen zu hohen Fehlzeiten wegen Krankheit

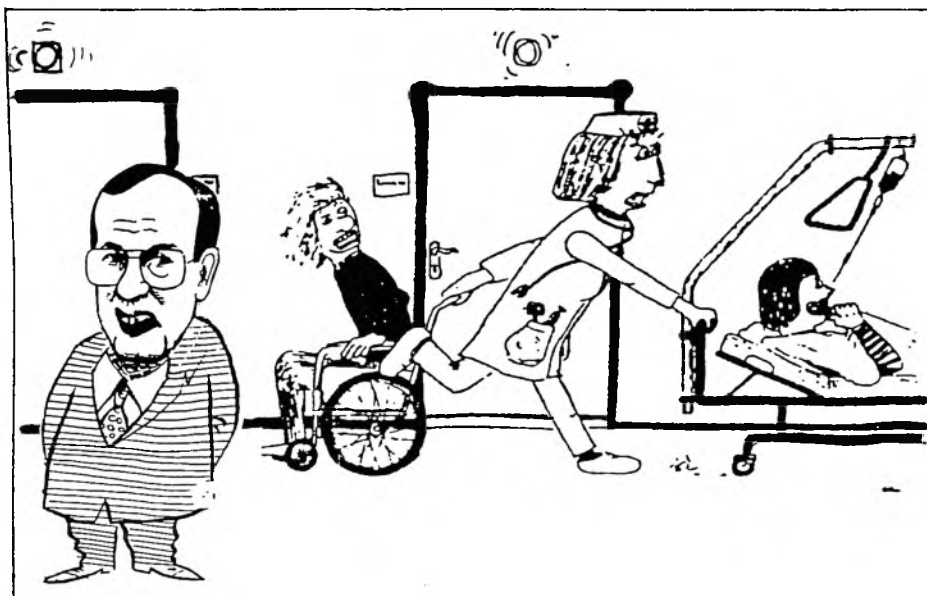
Stuttgart. "Nur für den Dienstgebrauch" sollen die Untersuchungsergebnisse über "Ausfallzeiten bei den städtischen Krankenhäusern und verschiedenen Ämtern im Jahre 1984" verwendet werden, die die Stuttgarter Stadtverwaltung vorlegte und die in nächster Zeit – nach Überarbeitung – im Gemeinderat behandelt werden sollen. Die Ergebnisse selbst, wie auch die vorgeschlagenen "Maßnahmen zur Verringerung der Ausfallzeiten" könnten der Grund für die Öffentlichkeitscheu der Verantwortlichen sein.

Die Zahlen zeigen deutlich den Zusammenhang zwischen den Arbeitsbedingungen und der Ausfallquote. Die Gesamtausfallquote setzt alle Fehlzeiten (wegen Urlaub, Arbeitsbe-

ten Bedingungen arbeiten: Hitze, Kälte, Feuchtigkeit, Dämpfe, Termindruck, Lärm, Rutsch- und Verbrennungsgefahr, schweres Heben, Umgang mit Reinigungs- und Desinfektionsmitteln; sie müssen morgens früh anfangen (z.T. 6 Uhr), an Wochenenden und Feiertagen arbeiten; die meisten sind in Lohngruppe I. Hinzu kommt, daß Personalmangel herrscht und viele über 50 Jahre alt sind.

Durch solche Einflüsse können rheumatische Erkrankungen, Erkrankungen der Atmungsorgane, Grippe, Schnupfen, Allergien, Schnitt- und Brandverletzungen u.ä.m. entstehen.

Der Pflegedienst auf Station und der Funktionsdienst (Pfleger/Schwester im Operationssaal, bei der Dia-



Oberbürgermeister Rommel: Es bleibt letztlich nur die Hoffnung ... leistungsfähigere Mitarbeiter zu gewinnen, daß dadurch die Ausfallzeiten zurückgehen.

freiung, Krankheit, Mutterschutz und Freizeitausgleich für Arbeit an Wochenfeiertagen) ins Verhältnis zur "Grundarbeitszeit" (261 Arbeitstage). Sie beträgt für Beamte und Angestellte der vier städtischen Krankenhäuser zwischen 17,67% und 19,56%, während sie sich für die Arbeiter zwischen 20,91% und 26,45% bewegt (alle Zahlen für 1984). Die Vermutung liegt nahe, daß die höhere Ausfallquote mit häufigerem Kranksein zu tun hat, da Arbeiter(innen) nicht mehr Urlaub, Arbeitsbefreiung oder Mutterschutz haben, als Angestellte/Beamte. Genaueren Aufschluß darüber liefert die Übersicht über die Fehlzeiten wegen Krankheit, aufgliedert nach Berufsgruppen (s. Tabelle).

Am meisten krank sind die Beschäftigten des Klinischen Hauspersonals (Speisenherstellung, Spülen, Reinigung u.a.). Sie müssen unter schlech-

ten Bedingungen arbeiten: Hitze, Kälte, Feuchtigkeit, Dämpfe, Termindruck, Lärm, Rutsch- und Verbrennungsgefahr, schweres Heben, Umgang mit Reinigungs- und Desinfektionsmitteln; sie müssen morgens früh anfangen (z.T. 6 Uhr), an Wochenenden und Feiertagen arbeiten; die meisten sind in Lohngruppe I. Hinzu kommen psychische Belastungen, Infektionsgefahr und körperliche Überlastung z.B. durch Heben der Kranken. Deshalb überraschen die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse einer Befragung des Bundesgesundheitsamts zu "Erwerbstätigkeit, Familienarbeit und Gesundheit bei Frauen" nicht: 59% der Krankenschwestern leiden an Rücken- und Kreuzschmerzen, 58% an zu niedrigem Blutdruck, 70% fühlen sich nervlich ziemlich oder stark angestrengt. Bandscheibenleiden, Hautallergien und Blasenentzündungen traten bei Krankenschwestern deutlich häufiger auf als bei anderen Berufsgruppen.

Daß trotz der zahlreichen Bereitschaftsdienste und anstrengenden Arbeit die Krankheitsquote der Ärzte viel niedriger liegt, hängt wohl einerseits damit zusammen, daß die meisten nur zeitlich begrenzt am Krankenhaus bleiben. Desweiteren können sie sich aufgrund ihrer höheren Bezüge mehr und bessere Erholungsmöglichkeiten erschließen. Im übrigen macht es einen großen Unterschied, ob eine vielseitige, hochqualifizierte oder stumpfsinnige, einseitige, verstümmelnde Tätigkeit ausgeübt wird.

Angesichts dieser Fakten können die Verfasser des Papiers nicht umhin, die Arbeitsbedingungen als Krankheitsursache teilweise anzuerkennen. Nichtsdestoweniger schlägt die Stadtverwaltung im Auftrag des OB Rommel Maßnahmen vor, die den Druck vor allem auf die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen einschneidend erhöhen sollen: Arbeitsbefreiung für Fortbildung einschränken – die Krankenhausverwaltungen sollen Beschäftigte mit längeren oder häufigeren Fehlzeiten "ansprechen" – Abmahnung/Kündigung bei "unberechtigter Arbeitsversäumnis" – "durch natürliche Fluktuation allmählich einen Personalkörper mit einem höheren Anteil leistungsfähigerer Mitarbeiter gewinnen, so daß dadurch die Ausfallzeiten zurückgehen" – Vergabe von Leistungen an Fremdfirmen – vorübergehende Leistungseinschränkungen.

Die Personalvertretungen wiesen diesen Maßnahmenkatalog zurück und forderten nachdrücklich mehr Planstellen, Einhaltung der Arbeitssicherheitsvorschriften, Einstellung von Arbeitsmedizinern, "Schon-/Nischenarbeitsplätze" für ältere Kollegen und Erhöhung der Stellenreserven, Förderung der Teamarbeit, u.a.m. Die Grünen im Stuttgarter Gemeinderat formulierten in einem Antrag an die Stadtverwaltung in etwa die gleichen Forderungen.

Quellenhinweis: "Erwerbstätigkeit, Familienarbeit und Gesundheit bei Frauen", Bundesgesundheitsamt, Postfach 330013, 1000 Berlin 33. – (bam)

Beschäftigungsgruppe	Beschäftigtenzahl	Krankheitstage
Angestellte/Beamte:		
Ärzte	568,4	3,0
Pflegedienst	1494,4	11,0
Med.-tech. Dienst	593,4	8,0
Funktionsdienst	378,9	16,8
Klin. Hauspers.	19,0	37,4
Personalverw.	210,4	8,5
Arbeiter:		
Klin. Hauspers.	473,2	32,7
Versorgungs-techn. Dienste	504,0	16,6
Instandhaltung	39,1	12,0
Personalverw.	53,9	16,9

Kostendämpfung

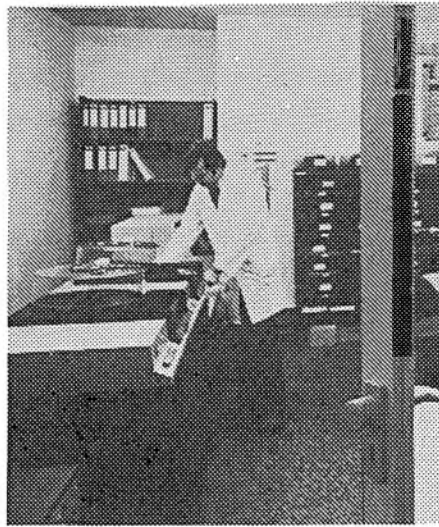
Verdichtung der Stationsarbeit durch Pflegedokumentation

Heppenheim. In vielen Kliniken der BRD wird derzeit über Kurse der "Deutschen Krankenhausgesellschaft" für leitende Schwestern/Pfleger versucht, die Einführung von EDV und Pflegedokumentation schmackhaft zu machen. Durch den täglichen Streß der Stationsarbeit, durch die häufige personelle Unterbesetzung, durch die große Menge an Schreibarbeit, die anfällt, gibt es ein Interesse an rationeller Abwicklung. Die neugebauten Krankenhäuser sind bereits beim Bau für den Terminaleinsatz auf den Stationen ausgelegt worden, so daß die Einführung von EDV hier rein technisch unproblematisch scheint.

Das Kreiskrankenhaus Heppenheim existiert seit rund vier Jahren und soll eines der Krankenhäuser sein, in denen die Pflegedokumentation versuchsweise eingeführt wird. Gegenüber der Presse hatte sich die Krankenhausleitung im letzten Jahr gebrüstet, daß sie aufgrund der effektiven Arbeit die Pflegesätze senken konnte. Ende 1985 fand ein Kurs der Deutschen Krankenhausgesellschaft in der Klinik statt. Dabei gab es Auseinandersetzungen darum, ob die Einführung der Pflegedokumentation dem Interesse der Beschäftigten dienlich ist oder nicht. Verschiedene Schwestern vertraten die Meinung, daß die Pflegedokumentation in der geplanten Form lediglich dazu dienen würde, den Arbeitstag zu verdichten auf genau kontrollierte Funktionen, und daß durch den "Wegfall der Schreibarbeit" eventuell noch Stellenstreichungen vorgenommen würden. Die Kontrolle durch die Pflegedienstleitung würde jederzeit abrufbar und fast lückenlos.

In Worms (Städt. Krankenhaus, ca. sechs Jahre alt) wurde zur Pflegedokumentation beispielsweise die zu leistende Pflege in fünf Kategorien zerlegt. Dabei wird festgelegt, wie leistungsintensiv bestimmte Patienten sind und welcher Pflegeaufwand beansprucht wird. Zum anderen kann die Pflegedienstleitung erfassen, wo Personalengpässe sind, und Schwestern von anderen Stationen auf die unterbesetzten verschieben.

Gespräche mit Patienten oder deren psychische Betreuung, derzeit schon kaum mehr möglich, sind – da nicht "effizient" – in der Pflegedokumentation nicht vorgesehen. Da eigentlich rasch erkennbar ist, daß die Summe der erfaßten Daten (Ausfallstatistik, Gesundheitsstatistik, Stellenüberwachung, -besetzung, Pflegekategorien, Dienstplangestaltung etc.) der Krankenhausleitung dazu dient, besser zu kontrollieren und zu rationali-



sieren, wird die Dokumentation nicht auf einen Schlag, sondern über Pilotprojekte auf einzelnen Stationen eingeführt. Dies dient sowohl der Erprobung als auch dazu, die Interessenvertretung der Beschäftigten nach Möglichkeit zu umgehen.

Auf einer eigens einberufenen Personalversammlung im Dezember 1985 wurde deutlich: Vielen Beschäftigten sind die Folgen der Einführung der Pflegedokumentation nicht klar, z.B. die Vergleichbarkeit der Leistungen der verschiedenen Krankenhäuser (Wirtschaftlichkeitsauflage) und der daraus folgende Rationalisierungsdruck. Die ÖTV-Betriebsgruppe sprach sich gegen die Einführung der Dokumentation aus. – (rag)

Selbstverwaltungen

Arbeitskreise für Arbeitsschutz

Hannover. Wachsende Kritik der Beschäftigten im Gesundheitswesen an der Beteiligung von gewerkschaftlichen Selbstverwaltern an Kosten-"dämpfungs"maßnahmen auf Kosten von Gesundheitsstandards, hat besonders in der ÖTV dazu geführt, wieder eine eigenständige – an den Interessen der Lohnabhängigen ausgerichteten – Gesundheitspolitik zu fordern.

Ein in Vorbereitung der Sozialwahlen von der ÖTV betriebenes Konzept sieht vor, über ein regionales Informationssystem zu einer region- und arbeitsplatzbezogenen Gesundheitsstrategie zu kommen. In auf örtlicher Ebene gebildeten "Arbeitskreisen für Arbeitsschutz" sollen gewerkschaftliche Selbstverwaltungsvertreter gemeinsam mit Betriebs-/Personalräten ihre Möglichkeiten nutzen, über die Zuweisung aller arbeitsbedingten Erkrankungen in die Entschädigungszuständigkeit der Unfallversicherungen die Kapitalisten zur alleinigen Zahlung der durch ihre Arbeitsbedingungen entstandenen Erkrankungen zu

zwingen.

Die Selbstverwaltern und Betriebs-/Personalräten zugänglichen Informationsquellen (subjektive Befindlichkeitsäußerungen der Beschäftigten, arbeitsepidemiologische Untersuchungen des Betriebsarztes, Informationen von Gesundheitsinstitutionen aus der Region sowie Krankheitsarstenstatistiken nach Betriebs- und Belastungsbereichen durch die Krankenkassen) sollen zur systematischen Produktion arbeitsbezogener Gesundheitsdaten genutzt werden.

Seit zwei Jahren wird in Hannover im Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaft ein Studienprogramm "Arbeit & Gesundheit" durchgeführt, an dem sich auch gewerkschaftliche Selbstverwaltungsvertreter bzw. Kandidaten für '86 beteiligen. Themen u.a.: "Zur Analyse von arbeitsbedingten Erkrankungen im Betrieb am Beispiel von Rückenschmerzen"; "Arbeitsbedingte rheumatische Erkrankungen"; "Arbeitsbelastung, Streß und chronische Krankheit".

Kurz vor den Wahlen hat die ÖTV Hannover die Funktionäre aus allen Arbeitsbereichen zusammengerufen, um gesundheitspolitische Problemstellungen, wie sie grundlegend in den "Perspektiven der ÖTV zur Gesundheitspolitik" behandelt worden sind, nochmals auf breiter Basis zu diskutieren. Dabei sollen u.a. behandelt werden: die Entwicklung des Krankheitspektrums, die Entwicklung der Gesundheitsgefahren in der Arbeitswelt sowie die Rolle der Arbeitsbedingungen bei der Entstehung der dominierenden Gesundheitsschädigungen und schließlich die (De)-Thematisierung der Gesundheitsgefahren im bestehenden Arbeitsschutzsystem.

Zur Stützung einer gewerkschaftspolitischen Offensive im Gesundheitswesen sollte aber auch z.B. die Forderung des 12. Gewerkschaftstages der IG Metall zur Einführung einer Einheitsversicherung behandelt werden. – (frw)



Keine Anerkennung als Berufskrankheit: Verschleiß der Wirbelsäule

Bezirksbeiräte Heidelberg

Oberbürgermeister und CDU befürchten Störungen bei der Wahrnehmung der Kapitalisteninteressen

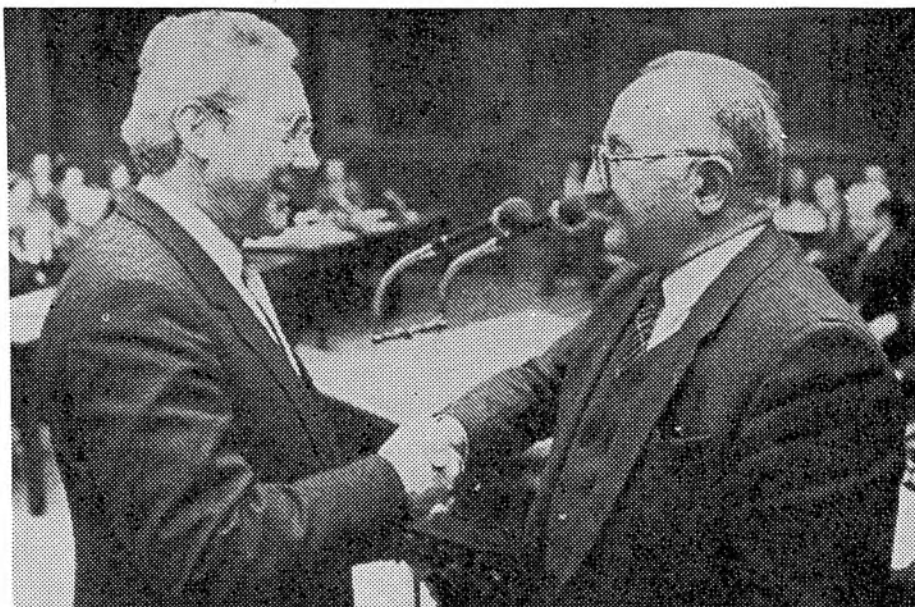
Heidelberg. Mit einer knappen Mehrheit von 21 zu 20 Ratsmitgliedern beschloß der Heidelberger Gemeinderat am 27.02.86 acht Änderungsanträge zur Hauptsatzung und Geschäftsordnung der Stadt Heidelberg. Damit entschied die Mehrheit von Sozialdemokratie, Grün-Alternativen, Liberalen Demokraten und Freien Demokraten eine nunmehr über ein halbes Jahr dauernde Auseinandersetzung zu ihren Gunsten gegenüber CDU, Freie Wählervereinigung (FWV) und dem Oberbürgermeister Zundel.

Unter anderen sieht eine Änderung vor, in allen Heidelberger Stadtteilen Bezirksbeiräte einzurichten. Nach § 64 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) können in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern Gemeindebezirke eingerichtet und in diesen Bezirksbeiräte gebildet werden. Voraussetzung dafür ist die vorherige Festschreibung in der Hauptsatzung der Gemeinde. Dies ist durch den Beschluß vom 27.02.86 geschehen. Bisher existieren in Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim Bezirksbeiräte. Aufgabe der Bezirksbeiräte ist nach § 65 GemO die Verwaltung in allen wichtigen Angelegenheiten zu beraten. Darüberhinaus sind sie zu wichtigen Sachen, die den Gemeindebezirk betreffen, zu hören. Was "wichtige Angelegenheiten" sind, legt z.B. die Geschäftsordnung für die Bezirksbeiräte von Stuttgart im einzelnen so fest: z.B. Planung, Errichtung und Nutzung öffentlicher Einrichtungen (Hallen- und Freibäder, Kindergärten, Altersheime, Krankenhäuser, Schulen, Grünanlagen einschließlich Sport- und Spielplätze) im Stadtbezirk; Bauleitungspläne, die den Stadtbezirk betreffen; Grundstücksverkäufe durch die Stadt, wenn sie die Wertgrenze von 750 000 DM übersteigen; wichtige verkehrsbehördliche Anordnungen im Stadtbezirk; Sperrzeitverkürzungen nach der Gaststättenverordnung; Durchführung öffentlicher Veranstaltungen der Stadt im Stadtbezirk; Angelegenheiten der Stadtsanierung, insbesondere Modernisierung städtischer Wohnungen; stadtbezirksbezogene Ausländerfragen; wichtige Probleme des Umweltschutzes. Darüberhinaus haben die Bezirksbeiräte in Stuttgart ein Vorschlagsrecht. Sie können wie der Gemeinderat Anträge und Anfragen an die Verwaltung richten. Sie haben ein umfassendes Informationsrecht. Vorlagen an den Gemeinderat, die wichtige Dinge des Stadtbezirks betreffen, werden zunächst im Bezirksbeirat beraten, ehe sie der Gemeinderat behandelt. Sie

haben schließlich ein aufschiebendes Vetorecht, wenn sie ein Vorhaben der Stadtverwaltung mit Zweidrittelmehrheit ablehnen. Auch können die Bezirksbeiräte für die Bevölkerung im Stadtbezirk Informations- und Ausspracheabende durchführen, wo sie diese über wichtige Entwicklungen unterrichten und Anregungen entgegennehmen. (1)

Nach § 65 Abs. 2 GemO steht dem Bezirksbeirat auch das Recht zu, eines seiner Mitglieder in die nach den §§ 39 bis 41 GemO zu bildenden Aus-

Hauptsatzung zur Bildung der Ausschüsse wird um einen Absatz 3 erweitert, der in seiner Formulierung dem Absatz 3 von § 39 GemO entnommen ist: "Ein Viertel aller Mitglieder eines beschließenden Ausschusses kann eine Angelegenheit dem Gemeinderat zur Beschlußfassung unterbreiten, wenn sie für die Gemeinde von besonderer Bedeutung ist. Lehnt der Gemeinderat eine Behandlung ab, weil er die Voraussetzung für die Verweisung als nicht gegeben ansieht, entscheidet der zuständige Ausschuß."



Oberbürgermeister Zundel wird für die dritte Amtsperiode vereidigt.

schüsse zu entsenden, wenn in diesen Ausschüssen wichtige Angelegenheiten, die den Gemeindebezirk betreffen, auf der Tagesordnung stehen. Dieses Mitglied nimmt an den Ausschusssitzungen mit beratender Stimme teil. Den Ausschüssen sind unter anderem bestimmte Aufgabengebiete – in Heidelberg existiert z.B. ein Hauptausschuß, ein Finanzausschuß, ein Bauausschuß, ein Kulturausschuß, ein Sozialausschuß und ein (Bauland-) Umlegungsausschuß – zur dauernden Erledigung übertragen.

Vor dem Hintergrund der in Heidelberg bestehenden Mehrheitsverhältnisse – in den Ausschüssen besteht zwischen SPD und GAL auf der einen Seite sowie der CDU, FWV und dem Oberbürgermeister auf der anderen Seite ein Patt von 7 zu 7 Stimmen, im Gemeinderat selbst eine mögliche Mehrheit von 21 zu 20 Stimmen – gewinnt eine weitere beschlossene Änderung der Hauptsatzung erhebliche Bedeutung für die direkte Einflußnahme der Bezirksbeiräte auf den Gemeinderat. Der bestehende § 4 der

Mehrheitsverhältnisse wie sie im Gemeinderat möglich sind, wären auch in einzelnen Bezirksbeiräten auf Ebene der Gemeindebezirke möglich. Denn § 65 Abs. 1 GemO bestimmt, daß die Mitglieder des Bezirksbeirates (Bezirksbeiräte) vom Gemeinderat, aus dem Kreise der im Gemeindebezirk wohnenden wählbaren Bürger, nach jeder regelmäßigen Wahl der Gemeinderäte bestellt werden. Bei der Bestellung der Bezirksbeiräte soll das von den im Gemeinderat vertretene Parteien und Wählervereinigungen bei der letzten regelmäßigen Wahl der Gemeinderäte im Gemeindebezirk erzielte Wahlergebnis berücksichtigt werden.

Flankiert würden diese Möglichkeiten durch die Neuaufnahme eines weiteren Paragraphen in die Hauptsatzung: "Über die in § 21 Abs. 1 GemO genannten Angelegenheiten hinaus werden folgende Angelegenheiten durch diese Hauptsatzung zu wichtigen Gemeindeangelegenheiten erklärt, zu denen Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zulässig sind: Ände-

zung und Aufhebung von Bebauungsplänen, sofern sich diese auf das Planungsgebiet und Nachbargelände wesentlich auswirken."

Es darf aber nicht außer Acht gelassen werden, daß nach § 65 Abs. 3 GemO Vorsitzender des Bezirksbeirats der Bürgermeister oder ein vom ihm Beauftragter ist. Weiterhin besagt Abs. 3, daß sich der Geschäftsgang der Bezirksbeiräte in Verbindung mit § 41 Abs. 3 GemO ergibt. Dies bedeutet z.B., daß der Bürgermeister die Ordnung handhabt und das Hausrecht ausübt: – bei grober Ungebühr oder wiederholten Verstößen gegen die Ordnung kann ein Bezirksbeiratsmitglied vom Vorsitzenden aus dem Beratungsraum verwiesen werden; was ein Verstoß gegen die Ordnung ist, entscheidet der Vorsitzende nach pflichtgemäßem Ermessen; in schweren Fällen kann der Ausschuß auch auf zukünftige Sitzungen ausgedehnt werden; – die Sitzungen des Bezirksbeirates sind, da vorberatend, in der Regel nicht öffentlich. Durch die Nichtöffentlichkeit soll auch erreicht werden, daß eine rein sachliche, nicht auf

Propagandawirkung gegenüber den Zuhörern berechnete Erörterung stattfindet und die Entscheidungsfreiheit des endgültig entscheidenden Gremiums (Gemeinderat) nicht durch eine bekanntgewordene Vorentscheidung eingeschränkt wird. (2)

Die Satzungsänderungen können inkrafttreten, wenn der Oberbürgermeister Zundel sie unterschreibt. Dieser verweigert seine Unterschrift. Er hat vielmehr im Gegenzug Widerspruch beim Regierungspräsidium Karlsruhe eingelegt, um die Änderungen zu Fall zu bringen. Seiner Auffassung nach verlassen die Änderungen das geltende Gemeinderecht. Die Einführung von Bezirksbeiräten verstoße gegen das Gebot der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung. Darüber hinaus betrieben SPD und GAL die Atomisierung der Verwaltung durch Einführung eines modernistischen Räteystems, um eine Schwächung der Verwaltung herbeizuführen. Auch sieht er darin den Versuch, den Gemeinderat als Verwaltungsorgan der Stadt in ein – nach dem Gesetz nicht vorgesehenes – Parlament umzuwandeln.

Zusammenfassend kommt er am Ende seiner Widerspruchs begründung zu dem Schluß: "In der Gesamtheit der gewollten Änderungen von Hauptsatzung und Geschäftsordnung zeigt sich der Versuch zur Schaffung einer neuen kommunalverfassungsrechtlichen Wirklichkeit, die nicht mehr die Kommunalverfassung der geltenden Gemeindeordnung ist." Für die Antragsteller hat der Fraktionsvorsitzende der GAL ihre Ziele so formuliert: "Parlamentarisierung als Schritt zur aktiven Selbstregierung der kommunalen Vertretungsebene und Überwindung der Machtposition bürokratischer Apparate." Eine Entscheidung des Regierungspräsidiums lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Die Berichterstattung wird nach ihrem Erscheinen fortgesetzt.

Quellenhinweis: Gemeindeordnung für Baden-Württemberg; Ortsrecht Heidelberg, Amtsanzeiger 13.3.86; Änderungsanträge der SPD und GAL; (1) Die Öffentliche Verwaltung 1979 S.437 ff; (2) Kunze/Bronner/Rehm Kommentar zum Gemeinderecht B.-W. S.553 f. – (baf, zik)

Drei Beispiele politischer Entrechtung in Kommunen

... Ordnungsgeldverhängung
Die vier Grünen im Ditzinger Gemeinderat stellten Antrag auf Erklärung der Gemeinde zur atomwaffenfreien Zone. Sofort folgte der CDU-Antrag auf Nichtbehandlung, die rechte Mehrheit verweigerte schlichtweg die Diskussion. Daraufhin zogen die Grünen aus, begleitet von zweimaligen Ordnungsrufen des OB. Die CDU setzte weiter nach: Erstmals verhängte der Gemeinderat für alle vier Grünen ein Ordnungsgeld in Höhe von 250 DM. Das Rechtsamt hatte einen entsprechenden Paragraphen beigesteuert: "Es muß eine schuldhaft, unverantwortliche und in hohem Maße gemeinschaftswidrige Haltung an den Tag gelegt worden sein." Damit ist nicht die Diskussionsverweigerung der CDU über den Widerstand der Gemeinde gegen Kriegsvorbereitung gemeint, sondern der Protest-Auszug der Grünen. Er könne als "grober Verstoß gegen bestehende gesetzliche Verpflichtungen gewertet werden", zumal das Verlassen des Sitzungssaals trotz ausdrücklicher Warnung des Vorsitzenden auch noch eine "Mißachtung des gesamten Gremiums" darstelle. Der Freie Wähler-Vertreter bekräftigte die Disziplinierung mit seinen Berufserfahrungen als Studiendirektor: "Ein Schulmeister muß auch nach einer Androhung Konsequenzen folgen lassen, sonst ist er verloren." – Gemeinderatssitzungen als autoritär geführten Schulunterricht. Die Grünen

wehrten sich. Der Gemeinderat verlangte daraufhin von jedem Widersprechenden 50 DM Verwaltungsgebühr. Die SPD sprach sich tapfer gegen Verwarnungsgelder aus, schlug stattdessen aber Verweise vor. Die Grünen müssen jetzt vors Verwaltungsgericht gehen.

... Amtsblattzensur

Im Amtsblatt Ostfildern konnten bisher alle am Ort tätigen Gruppen, Vereine, Parteien usw. über ihre Arbeit und Auffassungen schreiben. Einzige Einschränkung: Manuskriptmaximum. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um das große Nellinger Straßenbauprojekt erhielten die Vereine jedoch einen OB-Brief, in dem dieser in sieben Zeilen mitteilte, daß Vereine, die sich mit Politik beschäfti-

gen, nicht mehr im Amtsblatt veröffentlichen dürfen. Das Friedensforum oder die Interessengemeinschaft gegen das Straßenbauprojekt können seitdem nur noch ihre Termin ankündigen. Auch hier wurde ein altes Urteil hervorgekramt: in diesem Fall ein Spruch des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofs von 1978, der politische Stellungnahmen im Amtsblatt für nicht statthaft erklärt. Während die SPD im Ostfilderner Fall auf der Seite der Angreifer steht, ist sie in Bad Rappenau selbst die Angegriffene. Die dortige CDU-Mehrheit setzte im Gemeinderat neue Grundsätze fürs Amtsblatt durch. Danach sind prinzipiell nur noch Veranstaltungshinweise, nicht -berichte, zulässig – auch für Parteien.

.. Sitzungsgeldentzug

Der Rems-Murr-Landrat Horst Läsing prangerte an, daß Sozialdemokraten und Grüne "überdurchschnittlich viele Fraktionssitzungen" abgehalten und hierfür ehrenamtliche Entschädigung geltend gemacht hätten. Die 17maligen Beratungen der SPD und 19maligen Treffen der Grünen würden gegen die Mitte der 70er Jahre getroffene Absprache verstoßen, nur monatlich eine Fraktions-sitzung abzurechnen. Angeblich besorgt um den Haushaltsposten "Entschädigung" verlangte die Kreisverwaltung Einblick in die Tagesordnungen. Danach wollte sie entscheiden, ob die Sitzungen tatsächlich der Vorbereitung von Kreistag und Ausschüssen dienen. Beide Parteien wiesen dies zurück.



Noch "offenes" Amtsblatt

Tarifkonferenz Großhandel Niedersachsen

Hannover. Am 12.4. fand die HBV-Konferenz Großhandel Nds. statt. Forderungsvolumen 6,5%, bei 30 DM Vorweganhebung für die unteren Lohngruppen, 38,5 Wochenstunden. Die Konferenz stellte fest, daß Festbeschreibung der 5-Tage-Woche (der jetzige Manteltarif enthält die 40-Std-Woche an 5 Werktagen), einer Mehrarbeitsregelung, die keine Flexibilisierung zuläßt und einer Teilzeitgrenze in den Tarifvertrag unabdingbar sein muß. In Baden-Württemberg hat die DAG einen entgegengesetzten Tarifvertrag im Alleingang abgeschlossen. — (rec)

Streik bei Werzalit

Westberlin. Die Firma Werzalit ist nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) hat mit dem Kapitalisten einen Haustarifvertrag für die 150 Beschäftigten abgeschlossen. Bis zum 31.12.85 lag der tarifliche Ecklohn in der Westberliner Holzindustrie bei 14,11 DM, bei Werzalit nur bei 12,58 DM. Für die Westberliner Holzindustrie hat die GHK einen Tarifvertrag abgeschlossen, der eine Erhöhung der Ecklöhne ab

Dortmund. Am 5.4. demonstrierten Bauarbeiter in mehreren Städten der BRD (Bild Dortmund) für mehr Lohn. Seit dem 3.4. liegt ein Spruch des Schlichters Höcherl vor. 3% ab 1.4.86 und weitere 3,1% ab 1.4.87. Der Bundesvorstand der IG-BSE hatte der Tarifkommission empfohlen, den Spruch anzunehmen. Sie beschloß aber, ohne eine Empfehlung abzugeben, zuerst die Mitglieder bis zum 14.4. zu befragen. Die Erklärungsfrist läuft am 17.4. ab. Die Kapitalisten haben bisher noch nicht zugestimmt.

1.1.86 um 0,45 DM und ab 1.1.87 um 0,29 DM vorsieht. In zwei Tarifverhandlungen erklärte sich Werzalit aber nur bereit, 0,43 DM bzw. 0,26 DM zu zahlen. Daraufhin rief die GHK zur Urabstimmung auf. 80% stimmten für Streik. Seit 7. April wird gestreikt. Die GHK erklärte nach eine Woche zur Streiklage: "Der Streik ist ausgerufen als unbefristete Kampfmaßnahme. Die Beteiligung ist sehr gut. Unsere Mitglieder, rund drei Viertel der 120 gewerblichen Arbeitnehmer, nehmen nahezu geschlossen daran teil." Die Kapitalisten versuchen derzeit mit Angestellten und Leiharbeitern die Produktion fortzusetzen. — (kla)



GEW gegen Zeitverträge

Kiel. Die Landesvertreterversammlung Schleswig-Holstein der GEW hält die Zunahme der befristeten Verträge für Lehrer und außerschulische Mitarbeiter für "nicht mehr tragbar". Soviel wie möglich sollen Zeitverträge in Dauerarbeitsplätze umgewandelt werden. Das ist eine positive Wandlung der GEW. Noch vor zwei Jahren hatte sie selbst befristete Verträge und AB-Maßnahmen sowie Gehaltsverzicht zum Abbau der Lehrerarbeitslosigkeit befürwortet. In Rendsburg hatte die GEW 10 Lehrer als ABM-Kräfte zur Hausaufgabenhilfe eingestellt. — (sah)

Seeleute streiken unbefristet

Hamburg. Am 11.4.86 hat die Gewerkschaft ÖTV die Manteltarifverhandlungen für die Seeschifffahrt für gescheitert erklärt. Gegen die Forderungen der ÖTV nach Urlaubsverlängerung um 30 Tage und Lohnerhöhung haben die Reeder mit der Forderung nach Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 56 Stunden reagiert, sowie nach Einbeziehung von Samstag und Sonntag in die regelmäßige Arbeitszeit. Das würde bedeuten, daß für die wöchentliche Arbeitszeit von 40 bis 56 Stunden keinerlei Überstundenvergütung bzw. Sonntagszuschläge zu zahlen wären.

Der Schlichtungsspruch sieht folgendermaßen aus: Urlaubsverlängerung um vier Tage, Lohnerhöhung um 2,8%. Daraufhin wurde von

der ÖTV der Streik organisiert. In Übereinstimmung mit der Satzung hat die ÖTV die Entscheidung für Streik den einzelnen Schiffsbesatzungen überlassen. Seit 12.4. streiken acht Schiffe. Am 14.4. waren bereits 13 Schiffe im Streik. — (mek)

Lambsdorff zum Ladenschluß

Hamburg. Am 7.4. führte die F.D.P. eine Veranstaltung "Schluß mit dem Ladenschluß" mit Graf Lambsdorff durch. Trotz großer Plakatierung kamen nur ca. 150 Teilnehmer — der harte Kern der F.D.P., Einzelhändler und im Einzelhandel Beschäftigte. Die HBV war offiziell nicht eingeladen. Neu war wenig an der Argumentation der F.D.P., allerdings wurde die allgemeine Flexibilisierung der Arbeitszeit als Hauptgrund für die Änderung der Ladenschließzeiten angegeben. Neu war auch, daß Lambsdorff offen zugab, daß durch diese Änderung keine neuen Arbeitsplätze geschaffen würden. — (jub)

Tarifverhandlungen gescheitert

Westberlin. Die Tarifverhandlungen zwischen dem Verband Kirchlicher Mitarbeiter/DAG und der evangelischen Kirche sind gescheitert. Die EK erhöht die Gehälter ab 1.1. um 3,5%, lehnt aber ein höheres Urlaubsgeld für die unteren und mittleren Einkommen ab. Sie fordert stattdessen die Absenkung bestimmter Vergütungsgruppen bei Neueinstellungen. Dies wird von VKM und DAG abgelehnt. Die Zwangsschlichtung ist eingeleitet. — (har)



Chile. Mit Protestaktionen in der Hauptstadt Santiago erinnerten Demonstranten am 31.3.1986 an die Ermordung von drei Führern der Kommunistischen Partei vor einem Jahr. Zwei Lehrer und ein bekannter Zeichner waren verschleppt und am darauffolgenden Tag ermordet aufgefunden worden. Untersuchungen, die das Pinochet-Regime unter dem Druck der Öffentlichkeit durchführen mußte, legten den Verdacht nahe, daß Polizei-offiziere beteiligt waren, die aber nicht verurteilt wurden (nach: "UZ", 5.4.86). Bilder: Gegen die Angriffe der Polizei, die Protestteilnehmer bewußtlos schlugen, wehrten sich die Demonstranten, u.a. mit Steinwürfen. — (gba)

IG Druck und Papier München

Jahreshauptversammlung beschließt auch Vorgehen zu den Landtagswahlen

München. Am 18. März 1986 fand die Jahreshauptversammlung des mit ca. 6500 Mitgliedern größten Ortsvereins der IG Druck und Papier statt. Die mit 150 Teilnehmern besuchte Versammlung befaßte sich auch mit Anträgen zur Tätigkeit des Ortsvereins wie auch an den Gewerkschaftstag.

Auffällig war, daß keine Anträge zur Tarifpolitik vorlagen – eine Folge der Tatsache, daß die Ergebnisse des Arbeitskampfes 1984 nicht systematisch ausgewertet wurden, folglich eine Strategie gegen Flexibilisierung als auch zum Verhältnis von Arbeitszeitverkürzung und Lohnpolitik gegenwärtig nicht ausführlich beraten wird.

Erfreulich gegenüber vorangegangenen Jahren war die Ernsthaftigkeit, mit der die vorliegenden Anträge diskutiert wurden, von denen einige unten dokumentiert sind. Die längste Diskussion gab es zum Antrag "demokratische Rechte". Umstritten war der Satz: "Das Streikrecht ist in Gefahr". Beantragt wurde aus der Versammlung die Streichung, da es ein Streikrecht in der BRD nicht gäbe. Der anwesende Landesbezirksvorsitzende verteidigte die Formulierung. Nachdem ein Änderungsantrag abgelehnt wurde, der sich für die Aufnahme der Forderung nach uneingeschränktem Streikrecht aussprach, fand die Formulierung "das derzeit geltende Streikrecht ist in Gefahr" die

Mehrheit.

Zu den Landtagswahlen in Bayern lag ursprünglich ein Antrag auf Erstellung von "Wahlprüfsteinen" vor. Die Antragskommission setzte den dann beschlossenen Antrag (s.u.) dagegen, um einerseits der Mitgliedschaft genauere Kenntnisse der Tätigkeit der Staatsregierung zu ermöglichen, andererseits das Dilemma von Wahlprüfsteinen zu vermeiden, bei denen stets Rücksicht auf die Positionen der Parteien jenseits der CSU genommen werden müsse. Bei der Behandlung des Antrags zur Steuerpolitik zeigte sich, wie gering die Kenntnisse selbst der aktivsten Mitglieder über das gegenwärtige System der Besteuerung sind. So konnten präzisere Forderungen zum Steuertarif nicht beschlossen werden. Erfreulich aber, daß die bereits auf dem letzten Gewerkschaftstag beschlossene Anpassung des Steuertarifs an die Entwicklung des Durchschnittseinkommens beschlossen wurde. – (chs)

Dokumentation beschlossener Anträge (Auswahl)

Steuergesetzgebung

Der Hauptvorstand wird beauftragt, bei Bundesregierung, Bundestag und Parteien auf die Realisierung folgender Forderung hinzuwirken: Es ist sicherzustellen, daß bei Beziehern unterer und mittlerer Einkommen (bis ca. 70000 DM pro Jahr) der Steuersatz nicht mehr als 10% des Bruttoeinkommens ausmacht. Entsprechend der Entwicklung des Durchschnittseinkommens ist der Steuertarif jedes Jahr so zu ändern, daß der oben genannte Prozentsatz nicht überschritten wird. (Beschlossen zur Weiterleitung an den Gewerkschaftstag).

Gleiche Rechte für ausländische Arbeitnehmer

In der Auseinandersetzung um eine Novellierung des Ausländergesetzes vertritt die IG Druck und Papier: 1. Grundsätzlich geht die IG Druck und Papier vom Standpunkt der Gleichberechtigung aus, d.h. eine Sonderbehandlung, wie sie mit dem Ausländergesetz gegeben ist, lehnen wir ab.

2. Von daher sind Verschärfungen dieses Gesetzes, wie sie von Unternehmerverbänden und Innenministerium vorgesehen sind, ebenfalls abzulehnen.

3. Ein Schritt in die richtige Richtung ist der Gesetzentwurf der Grünen zu einem Niederlassungsrecht für Ausländer...

4. Die IG Druck und Papier unterstützt die Forderung von SPD und Grünen nach Gewährung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer und fordert für die Bundesländer, die entsprechende Mehrheiten haben, sofortige Schritte zur Durchsetzung der

Forderung.

5. Auf kommunaler Ebene tritt die IG Druck und Papier zudem für stärkere Beteiligungsmöglichkeiten der ausländischen Arbeitnehmer ein...

Mit diesen Forderungen trägt die IG Druck und Papier Rechnung, daß eine besondere Entrechtung unserer ausländischen Kolleginnen und Kollegen die Kampfkraft der gesamten Arbeiterbewegung schwächt. (Beschlossen zur Weiterleitung an den Gewerkschaftstag)

Landtagswahlen in Bayern

1. Vor der Sommerpause 1986 führt der Ortsvorstand eine Konferenz für betriebliche Funktionäre und interessierte Mitglieder zur Landtagswahl in Bayern durch.

2. Für diese Konferenz erstellt der Ortsvorstand Material, das den Standpunkt der IG Druck und Papier der Tätigkeit der Bayerischen Staatsregie-

rung gegenüberstellt.

Die Themen sollen umfassen: Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, demokratische Rechte, Ausländerpolitik, Umweltpolitik und Friedenspolitik.

3. Die dort behandelten Materialien werden in geeigneter Form für die Diskussion in den Betrieben aufbereitet.

Treffen von SS-Verbänden

Im Mai dieses Jahres findet in Nesselwang erneut ein Treffen von SS-Verbänden statt. Wir sind empört, daß die Faschisten immer noch ungehindert ihr Unwesen treiben können. Wir fordern: Diese SS-Treffen müssen untersagt, alle faschistischen Organisationen verboten werden. Wir fordern den Landesbezirksvorstand auf:

– sich dafür einzusetzen, daß geplante Protestaktionen vom DGB-Bayern unterstützt werden

– die Mitgliedschaft für die Teilnahme zu mobilisieren.



1985 verhinderte die Belegschaft von Europa-Carton mit Urabstimmung und Streik die Flucht vom Drucktarif zur Papierverarbeitung.

Kriminalroman

Kirchenmänner auf der Spur von Verbrechern

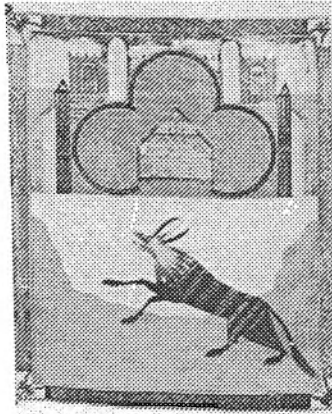
Inquisition für den Zehnten

Eine der wenigen ziemlich vollständigen Beschreibungen der sozialen und politischen Verhältnisse in einem Gebirgsdorf am Osthang der Pyrenäen sind die Verhörprotokolle des katholischen Inquisitors Bischof Fourniers zu Beginn des 14. Jahrhunderts. Er leitete die kirchliche Verfolgung von "Ketzer" ein, nachdem die Kirche im Bündnis mit dem nordfranzösischen Königreich den Kreuzzug gegen die ketzerischen Albigenser gewonnen hatte, in dessen Verlauf der König von Frankreich deren Gebiet seinem Reich einverleibte. Fourniers führte die Inquisition in einem Gebiet durch, in dem Franzosen als fremde Macht galten. Er hatte die politische Unterstützung des Königs und des mit diesem sympathisierenden Teils des Adels, der ihm Gefängnisse, Schreiber, Gerichtsbeamte zur Erfüllung seiner Gerichtstätigkeit zur Verfügung stellte. Die Inquisition wollte nicht allein die Einhaltung des Zölibats oder der Aufrechterhaltung der Ehe durchsetzen, denn diese Institutionen wurden auch in Orten, in denen keine Verfolgung stattfand, umgangen. Die Eintreibung des Zehnten, den die Ketzer verweigerten, war eines der Hauptmotive. (Emmanuel LeRoy Ladurie, Montailou, Ein Dorf vor dem Inquisitor, Ullstein Sachbuch 34114, 12,80 DM – uld)

Umberto Eco: "Der Name der Rose"

Umberto Ecos Roman "Der Name der Rose" kann man vernünftig auf verschiedene Weisen lesen. Als spannenden Klosterkrimi und als historischen Roman über das Leben in einer Benediktinerabtei zu Beginn des 14. Jahrhunderts, in der sich die großen Auseinandersetzungen innerhalb der heiligen römischen Kirche widerspiegeln. Die Franziskaner waren aufgestanden mit ihrer Forderung nach Armut

in der Kirche, nach der Trennung von geistiger und weltlicher Macht – das Papsttum versuchte, mit Inquisition und Tricks die Reformbewegung zu beschwichtigen, um die materiellen Grundlagen für seine weltliche Macht nicht zu verlieren – anarchische Abspaltungen, Ketzer und Häretiker wie die Fraticellen werden von der Mutter Kirche gemeinsam mit der weltlichen Obrigkeit blutig



Motiv aus der Apokalypse des Johannes, verwendet im "Namen der Rose"

in den Schoß zurückgeführt. Die Hauptakteure in Ecos Krimi entsprechen den Parteien in diesem Streit: William von Baskerville, gelehrter Franziskaner, klärt mit Hilfe der Vernunft die Morde – unter den Opfern Fraticellen, die in Freiheit leben und lieben wollen – unter den Tätern Jorge, der blinde starrköpfige Traditionalist. Ecos Roman ist auch eine Abhandlung über die entscheidende philosophische Auseinandersetzung um die richtige Erkenntnistheorie im 14. Jahrhundert. Bruder William vertritt die fortschrittliche Variante, er ist ein Verfechter des Nominalismus, der nur den einzelnen, außerhalb des menschlichen Geistes existierenden Dingen Realität zuspricht und damit auch den einzelnen Menschen zum ersten Mal als Subjekt einführt. (Umberto Eco, Der Name der Rose, dtv-Taschenbuch, 1986, oder Carl Hanser Verlag 1982 – rub)

Eco über seine Absichten

Eco hat sich zum Vorgehen bei der Verfertigung seines Buches geäußert. Er wollte einen "wahren historischen Roman" schreiben in dem Sinne, daß "alles, was fiktive Personen... sagen, in jener Epoche sagbar sein sollte". Warum das keine Flucht aus der Gegenwart ist, erklärt er damit, daß "alle Probleme des modernen Europa, wie wir sie heute kennen, im Mittelalter entstanden sind, von der kommunalen Demokratie bis zum Bankwesen, von den Städten bis zu den Nationalstaaten, von den neuen Technologien bis zu den Revolten der Armen: Das Mittelalter ist unsere Kindheit, zu der wir immer zurückkehren müssen, um unsere Anamnese zu machen." Eco ist Professor und befaßt sich speziell mit der Lehre von den Zeichen und wohl auch mit dem christlichen Abendland. Er wählte das 14. Jahrhundert und kein früheres, weil er einen Detektiv haben wollte, "der eine gute Beobachtungsgabe und einen ausgeprägten Sinn für die Interpretation von Zeichen haben mußte". Solche Leute habe es nur unter den Franziskanern nach Roger Bacon gegeben. Zudem seien erst nach Ockham die Zeichen als Mittel zur Erkenntnis der Individuen angewendet, vorher dagegen als Ideen und Universalien behandelt worden. Eco will Personen vorführen, an denen er einen Umbruch im Denken demonstrieren und die Richtung zur Neuzeit hin kenntlich machen kann. (U. Eco, Nachschrift zum "Namen der Rose", dtv 10552, 5,80 DM – anl)

Pater Brown, Kleriker des einfachen Witzes

Gilbert Keith Chesterton (1874–1936), in London in begüterter Familie geboren, hauptsächlich Journalist, von Hause aus liberal, trat 1922 der Katholischen Kirche bei und veröffentlichte ein Jahr später u.a. ein Buch über Franz von Assisi, das noch heute verlegt wird. Chesterton ist populär; seine Geschichten über Pater Brown, mit deren Veröffentlichung er 1911 begann, wurden vielfach ver-

filmt. Brown ist ein englischer Landpfarrer, über den man wenig erfährt, außer daß er einen großen Regenschirm, einen unerschöpflichen Bekanntenkreis und eine genaue Beobachtung- und Kombinationsgabe hat. In fast jeder der zahlreichen Geschichten, die mit durchschnittlich dreißig Seiten eher skizzenhaft sind, geht es um Mord, der regelmäßig in Bourgeoisreisen stattfindet. Der Pater wird stets durch einen Bekannten als Amateurdetektiv hinzugezogen. Meist sucht der schurkische Täter ein Mysterium vorzutäuschen oder die Schuld auf jemand anderen zu lenken. Spiritismus und Hinduismus werden verspottet; die Chesterton notwendig erscheinende Kritik an der britischen Kultur wird aus der Sicht des bauernschlaun Paters volksnah-klassenneutral verpackt.

(G. K. Chesterton, Pater Brown und das schlimmste Verbrechen der Welt, Diogenes, DM 9,80 – ael)

Ein Rabbi als Detektiv

Der Rabbi, den Harry Kermelmann in seiner Reihe von Kriminalromanen auftreten läßt, ist Rechtsberater seiner jüdischen Gemeinde im Osten der USA: Rabbi David Small interpretiert das dem Volk Israel von Gott gegebene Gesetz und sorgt mit intellektueller Schärfe für die korrekte Auslegung, die als Richtschnur für das eigenverantwortete richtige Handeln dienen soll. Denn, so formuliert der Rabbi: "Wir müssen unsere guten Werke auf dieser Erde und in diesem Leben tun. Und da niemand die Last mit uns teilt oder sich für uns verwendet, müssen wir eben selber die Verantwortung für unser Tun tragen." Ein Rabbi hat in seiner Gemeinde – traditionsgemäß – wesentlich die Funktion eines Richters. Und damit verbindet der Autor ausdrücklich, daß Rabbi David Small bei der Aufklärung von Verbrechen hilft.

Ein Teil der Rabbinerausbildung besteht aus dem Studium der verschiedenen Auslegungen des göttlichen Gesetzes. Rabbi Small hat dabei das methodisch genaue Befragen von Aussagen

gelernt. Das nützt ihm bei der Lösung von Aufgaben in seiner Gemeinde: Die Richtigkeit seiner religiösen Auffassungen demonstriert der Rabbi bei Kontroversen mit Teilen der Gemeinde durch sein richtiges Vorgehen bei der Fall-Aufklärung, so auch in dem zuletzt erschienenen Band, in dem er die Unschuld eines jugendlichen Gemeindemitgliedes an einem Mord und die Schuld des Kandidaten für einen US-Senatoren-Posten nachweist. (Harry Kemelman, *Eines Tages geht der Rabbi*, 2720, DM 6,80 – gba)

Bruder Cadfael deduziert

"Prinz Eisenherz" oder "Ivanhoe" waren bekannte Comic-Serien der fünfziger und sechziger Jahre. Wer diese Art von langweiligen Geschichts-Erzählungen mochte, ist mit den Büchern der Engländerin Ellis Peters über die Erlebnisse des Benediktinermönches Cadfael gut bedient. "Im Namen des Heiligen" oder "Ein Leichnam zuviel" (Heyne, 6,80 DM) heißen die Romane, in

gen und Verfolgung nichts. Auch Klosterleben und Kirche sind nur angedeutet. Bruder Cadfael jedenfalls bedient sich bei der Lösung seiner "Fälle" im Jahr 1138 der "deduktiven" Methode, wie alle guten englischen Detektive seit Sherlock Holmes. – (hef)

Mord im polnischen Kloster

Im Jahre 1905 ermordet ein Mönch den Mann seiner Geliebten, den er zuvor zu einer fiktiven Ehe mit ihr veranlaßt hatte. Ein russischer Untersuchungsrichter, politisch eher liberal und Atheist, widmet sich der Aufklärung der Motive und Hintergründe. W. Terlecki, Jahrgang 1933, Verfasser des psychologisch-historischen Kriminalromans "Ruh aus nach dem Lauf", 1975 in Polen veröffentlicht, zeigt das Scheitern von religiösen Aberglauben und verkrustetem katholischen Glauben auf: Im Mittelpunkt der Mönch, der sich nicht von seinem Gelübde und dem Kloster trennen kann und zum Mörder wird; jedoch nur am Rande: der Drosch-

Kriminalroman

Die fesselnde Wirkung der Trennung von Kirche und Staat

Wir haben links nebenstehend einige Verfasser von Kriminalromanen vorgestellt, die für die Figur, die Aufgaben eines Detektivs wahrnimmt, einen Geistlichen gewählt haben. Ausnahme ist das erste Buch. Es stellt die Tätigkeit der Inquisition dar.

Zu Recht bemerkt Nusser in seinem Buch über den Kriminalroman, daß die Detektive fast nie Interesse für das Seelenleben des Mörders, also auch nicht für seinen Tod aufbringen, der ihn in der Regel nach der Heldentat des Detektivs erwartet. Die Staatsgewalt mit ihrem Recht, über Leben und Tod zu entscheiden, wird nicht in Frage gestellt. In den besprochenen Romanen findet man keinen Detektiv, der mit der Staatsgewalt im Bunde ist und daher unter ihnen keinen Protestanten.

Zur katholischen Richtung gehören Chesterton und Eco und in gewisser Weise auch Terlecki, obwohl sein Mörder Mönch und sein Detektiv Atheist ist. Das Interesse, das Chestertons Pater Brown verfolgt, ist, den Sünder aufzufinden, um ihm die Rettung durch Gott anzubieten. Um die Ergreifung des Täters geht es also nur insofern, als der Pater ihn erwischen muß, um ihn zur Erkenntnis zu bringen, daß er erlösungsbedürftig ist. Die Zerknirschung des Verbrechers ist nur die zugespitzte Verfassung, in der jeder Mensch der besonderen Leistung der Religion zugänglich gemacht werden soll. Dadurch daß der Pater selber ein sündiger Mensch ist und das Böse kennt, ist seine besondere aufklärerische Fähigkeit erklärt. Er kann jede Schandtät nachvollziehen, als ob er sie selber begangen hätte.

Ebenfalls den Auftrag seiner Religion erfüllend, klärt Kemelmans Rabbi Small seine Fälle auf. Gemeinsam ist den beiden Detektiven trotz der Unterschiede in der Religion, daß sie das Schema des klassischen Kriminalromans durchbrechen. Üblicherweise ist der Detektiv der einzige, der in einen Kreis von lauter ihm unbekannten Personen eintritt und nur aufgrund geistiger Anstrengung den Hergang der Tat und den Mörder ausfindig macht. Pater Brown trifft nie auf Unbekannte, denn alle Menschen sind Sünder. Rabbi Small kennt seine Gemeinde und ist Teil von ihr. Der Mörder kommt regelmäßig von außen. Gerade weil der Rabbi bei allen dieselben Grundsätze voraussetzen kann und ihre Handlungen durch die Religion verstehen und beurteilen kann, kann er sie schützen.

Eco setzt die Tätigkeit der Inquisition und des modernen Detektivs gegeneinander. Bernard Gui, der Mann des Papstes in Avignon, ist der Inquisitor alten Stils, der einige Ketzer zur Strecke bringt. Jedoch liegt ihm weder daran noch gelingt es ihm, die Mordserie in der Abtei aufzuklären. William von Baskerville dagegen, ein Franziskanermönch aus England, hat zur Zeit der Ereignisse bereits sein Amt als Inquisitor niedergelegt. Er kennt die Methoden, ist aber nicht mehr bereit, sie anzuwenden. Er klärt die Morde auf. Verhindern kann er jedoch keinen, weil er selber noch von Vorurteilen aufgehalten wird. William, anscheinend auch der Verfasser, kommt reichlich spät auf die Idee, Zeitvergleiche der Amtsperioden der Bibliothekare anzustellen und durch Logik zum wahren Schuldigen zu kommen. Er hält ein Plädoyer für eine Religion für die Armen. Diese Religion herrscht nicht durch Verdunkelung, sondern beherrscht das Denken durch Anerkennung der wissenschaftlichen Leistung und der durch sie zutage geförderten Wahrheiten. Folgende Perspektive entwickelt er für die Gesellschaft. Er referiert Bacons Ansicht, das große Un-



denen sie Bewährtes zusammenmischt: Kreuzzug und Erbfolgekrieg, liebliche Jungfern, tapfere Ritter und Zweikämpfe, dazu natürlich die "Kriminalfälle", die der welterfahrene, listige und äußerlich nicht so fromme (dafür "innerlich gottesfürchtige") Cadfael löst.

Die Geschichte dient dabei als gefälliger Hintergrund, der Leser erfährt über das Leben im mittelalterlichen England wenig, über die Interessen bei Krie-

kenkutscher, der ohne sein Wissen die Leiche transportiert, einen Meineid leistet, um den Mörder zu decken und im Gefängnis landet. Seine Familie verarmt, seine Frau nimmt sich das Leben. Insgesamt eine schwache Kritik am Katholizismus: Mehr Weltlichkeit – kein Mord. Zudem wenig spannend. Die Verhöre schleppen sich in langatmiger Erzählweise und verwirrenden Dialogen über 180 Seiten hin. (suhrkamp 1030, 5,80 DM – sie)

ternehmen der Gelehrten müsse die Wissenschaft von der Natur sein; es gelte, "durch eine neue Erkenntnis der Naturprozesse die elementaren Bedürfnisse zu koordinieren, die auch das wirre, aber auf seine Weise wahre Knäuel der Hoffnungen und Erwartungen des einfachen Volkes bilden".

Bleibt zu vermuten, warum so viele Leser diese Sorte Lektüre befriedigend finden. Der Anknüpfungspunkt besteht in existentiellen Fragen, die sich jeder Mensch stellt. Die Religion, soweit nicht Staatsreligion, hat eine Antwort parat, die sich auf die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse erstreckt.

Quellenhinweis: Peter Nusser, Der Kriminalroman, Sammlung Metzler 191, Stuttgart 1980; Volker Neuhaus, Father Brown und Rabbi Small, in: Teilnahme und Spiegelung, Festschrift für H. Rüdiger, Berlin/New York 1975; G.K. Chesterton, Der Mann mit dem goldenen Schlüssel, Herder, Freiburg 1952 – (anl)

Dr. Reinhart Opitz gestorben

Ein Antifaschist – seine Bedeutung für den BWK

Am 3. April 1986 ist Dr. Reinhart Opitz in Köln im Alter von 51 Jahren gestorben. In den 50er Jahren Mitbegründer der "Studentischen Aktion" in Tübingen gegen die Wehrpflicht, ab 1956 Mitglied im SDS, von 1961 bis 1965 Presse-referent beim Bundesvorstand der DFU, ab Sommer 1965 als Publizist bei den "Blättern für deutsche und internationale Politik" tätig, seit 1972 in deren Herausgeberkreis, hat er als antifaschistischer Wissenschaftler in zahllosen Vorträgen und Schriften am Kampf gegen den BRD-Imperialismus und gegen die diesen unterstützende bürgerliche Geschichtswissenschaft teilgenommen. Gerade ein halbes Dutzend Lehraufträge konnte er in den 70er und 80er Jahren dem offiziellen Forschungsbetrieb abringen, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Seine wichtigsten Schriften waren die Bücher "Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945" (1977) und "Faschismus und Neofaschismus" (1984). Für die Mitglieder im BWK, aber auch in anderen revolutionären und antifaschistischen Organisationen, waren diese Schriften eine wichtige Hilfe beim Kampf gegen den BRD-Imperialismus.

"Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945"

Im Jahre 1977 gab Reinhart Opitz die Dokumentation "Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945" (Pahl-Rugenstein Verlag, Köln) heraus. In seinem Vorwort kritisierte er die bürgerliche Geschichtswissenschaft, daß sie durch ihre bewußte Nichtbefassung mit der Kontinuität dieser Europastrategien selber die wesentliche ideologische Voraussetzung für die stete Erneuerung und ungebrochene Kontinuität dieser kontinentalen Kapitalexpansion geschaffen hat bzw. schafft:

"Da Expansion kein dem monopolistischen Kapital äußerliches, sondern dessen wesentliches, sein innerstes Bewegungs- und Lebensgesetz zum Ausdruck bringendes Bedürfnis und Merkmal ist, kann der monopolistische Expansionismus sich zwar in seinen Zielsetzungen und in der Wahl seiner Mittel veränderten ökonomischen und politischen Bedingungen anpassen, nicht aber als solcher, solange ein System des monopolistischen Kapitalismus besteht, aus der Geschichte des Landes, in dem er besteht, verschwinden ... Das in beiden Weltkriegen mit seinen jeweils

großangelegten militärischen Expansionsversuchen gescheiterte deutsche Großkapital mußte nach deren Scheitern jedesmal ... elementar an der Verbreitung der Version von einem absoluten Kontinuitätsbruch und Neubeginn interessiert sein." Es mußte also unbedingt an der Verbreitung eines Geschichtsbildes des 20. Jahrhunderts interessiert sein, das die Kontinuität der Expansion bzw. Expansionsanstrengungen hinter der "Geschichts-Abfolge" von vier "in keinerlei innerem Bezug zu ihren Vorgängern und Nachfolgern stehenden, ihnen vielmehr nur jeweils ausschließlich entgegengesetzten" Staatsepochen verschwinden läßt: Kaiserreich – Weimarer Republik – Drittes Reich – Bundesrepublik (a.o. S. 21 u. S. 23).

Genau diesem Klasseninteresse des Monopolkapitals tut das als "Standardwerk" präsentierte Buch "Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950. Teil I (1945–1947)" genüge. Dieser ebenfalls im Jahre 1977 im Ernst Klett Verlag, Stuttgart, erschienene Band des Geschichtsprofessors Walter Lipgens liefert für einen ganz bestimmten Typus europapolitischer Ideologie- und Legendenbildung die dringend notwendige historische Fundierung. Lipgens zufolge sind die verschiedenen westeuropäischen Zusammenschlüsse praktizierter "Antifaschismus": Sie seien eine innereuropäische Antwort des nicht kommunistischen antifaschistischen Widerstands gewesen (a.o., S. 639) auf die "Katastrophe, in die das Nationalstaatssystem" und die "faschistisch gewordenen Nationalismen" (im besonderen) "Europa geführt hatte(n)". Dieses "Standardwerk" versucht den Leser um die wichtige geschichtskritische Einsicht in den direkten Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus zu bringen: Der Teilhabe des bundesdeutschen Monopolkapitals am Zustandekommen jener westeuropäischen Zusammenschlüsse soll man den positiven Sinn einer Garantie für seine endgültige Friedfertigkeit abgewinnen – im Unterschied zum "Wahn- bzw. Irrsinn seiner nationalistisch übersteigerten Vergangenheit". Die untergejubelte Schlußfolgerung lautet: "Willst du den Frieden, sei für (West-)Europa!"

Solche imperialistische Propaganda kann gestützt auf die Dokumentation von Reinhart Opitz einer wissenschaftlich-politischen Kritik unterzogen werden. Dies gilt vor allem auch für das in diesem Band verbreitete Ideologem, daß die angeblich nach 1945 erfolgte "Aufteilung Europas durch die beiden Weltmächte USA und UdSSR" sowie der darin zum Ausdruck kommende "Niedergang Europas" die wesentliche Antriebskraft der westeuropäischen Zusammenschlüsse gewesen sei.

In dem 1976 vom KBW herausgebrachten Arbeitsheft "Monopolkapital und die Europäische Integration" findet sich eine ähnliche Feststellung: "Die wachsende Rivalität

FASCHISMUS

Zur Entstehung der „völkischen“ Richtung im politischen Kräftespektrum der bürgerlichen Gesellschaft.

Entstand die NSDAP „autonom“?

Gab es in der NSDAP einen „sozialistischen“ oder „linken“ Flügel?

UND

Wie hängen im deutschen Faschismus der Antisemitismus, die Politik der Judenverfolgung und die Judenvernichtung mit den Interessen des Monopolkapitals zusammen?

Zu Begriff und Entwicklungstendenzen des Neofaschismus in der Bundesrepublik.

Zur Rekonstitution des „Völkischen“ in der neuen „nationalen“ Literatur.

NEO-FASCHISMUS

Reinhart Opitz
VMB

der beiden Supermächte in ihrem Kampf um Europa stärkt den Willen der westeuropäischen Imperialisten zum Zusammenschluß, um nicht vollständig zum Spielball dieser Rivalität zu werden" (KUK-Arbeitsheft des KBW Nr. 8, 1976, S. 9). Hauptsächlich die von Opitz herausgegebene Dokumentation hat uns im Organisationsrahmen des BWK dazu befähigt, unter anderem diese ehemalige europapolitische Position einer kritischen Überprüfung zu unterziehen: warum sollte sich das bundesdeutsche Monopolkapital ein neues Expansionsmotiv gleichsam von außen (durch "die beiden Supermächte") aufgedrückt haben lassen, wo es doch so gut belegbar schon immer ein ganz eigenständiges Interesse an der Aufrichtung eines kontinentalen einheitlichen Wirtschafts- und Rechtsraums – und zwar zu seinen Bedingungen! – hatte?!

Die Zusammenstellung von Dokumenten über die "Expansionsstrategien des deutschen Kapitals" enthält eine Reihe von Denkschriften, aus denen das reichsdeutsche Kalkül auf Bereitschaft zur Kollaboration der unterworfenen Konkurrenten hervorgeht. Wir haben in der BWK-Publizistik hierfür in den vergangenen Jahren sehr gerne die Denkschrift zwecks Schaffung eines "Europäischen Staatenbundes" aus dem Ribbentropschen Auswärtigen Amt (9. Sept. 1943) herangezogen (a.o. S. 957f.). Dieses Kalkül der NS-Regierung auf konkurrenz-übergreifende Bereitschaft zur staatsbildenden Kollaboration trug drei Konsens-stiftenden Faktoren der Zwischenkriegszeit Rechnung, die für alle Beteiligten mehr oder minder gleichermaßen wirksam waren: 1. das organisierte soziale Emanzipationsinteresse der europäischen Arbeiterklassen ("europäischer Kommunismus"), das in der UdSSR einen internationalen Rückhalt hatte; 2. das Streben nach nationaler bzw. wirtschaftlicher Unabhängigkeit seitens der Kolonialvölker; 3. die außereuropäische Weltmarktkonkurrenz der US- und japanischen Monopole. Die Tatsache der Entstehung der westeuropäischen Zusammenschlüsse nach dem 2. Weltkrieg sowie die Tatsache ihrer durch mannigfaltige Krisen hindurch bewahrten Stabilität hat uns im BWK zu zwei Annahmen geführt: Erstens, daß das über den einzelnen Nationalstaat hinausgreifende (kontinentale) staatsbildende Interesse bei allen beteiligten Monopolkapitalisten und Regierungen den Charakter eines existentiellen Bedürfnisses angenommen hat. Und zweitens, daß es als solches in allen betreffenden westeuropäischen Ländern als historische Kontinuität nachweisbar ist. Das schließt bei allen beteiligten Mächten das Bestreben, die Zusammenschluß-Bedingungen zu den eigenen Gunsten zu diktieren oder zumindest zu modifizieren, keineswegs aus, sondern unbedingt ein. Wir sind derzeit dabei, diese Annahmen durch entsprechende Forschungen zu überprüfen bzw. zu belegen; und in diesem Zusammenhang können und wollen wir keinen Hehl daraus machen, daß wir traurig darüber sind, dies nicht mehr zusammen mit Reinhart Opitz tun zu können!

"Faschismus und Neofaschismus"

Die 1984 im Verlag Marxistische Blätter erschienene Untersuchung von R. Opitz hat uns im BWK eine Fülle von Gesichtspunkten und Anregungen geliefert für die Entwicklung und Begründung revolutionärer Volksfrontpolitik. Die Untersuchung war und ist für uns in der Praxis nützlich zur Begründung der Notwendigkeit volksfrontähnlicher Zusammenschlüsse zur Verhinderung öffentlich betriebener faschistischer Propaganda, sei es von Seiten der offenen Faschisten, sei es von Seiten des regierungsamtlichen Revanchismus, etwa durch die "Vertriebenenverbände". Zum andern bietet das Buch etliche Ansatzpunkte zur weiteren wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit faschisti-

schen, "neo"konservativen, rassistischen Theorien. So arbeitet etwa die Volksfront derzeit an einer Kritik des Programms der NPD mit dem Ziel, die faschistischen Inhalte zu bestimmen, deren organisierte Propaganda verboten werden muß. So haben wir uns verstärkt bemüht, neofaschistische Umtriebe zu dokumentieren, etwa über faschistische Schülerpresse in Niedersachsen oder über die Verbindungen der Jungen Union in Weinheim zu den Faschisten um Deckert.

In diesem Zusammenhang hat R. Opitz – in dieser Ausführlichkeit und Quellenkenntnis wohl erstmalig – im zweiten Teil seiner Untersuchung dargestellt, wie sich nach 1945 bruchlos und vor einer breiten Öffentlichkeit zunächst verborgen der "Neo"faschismus weiterentwickelte – bis heute im wesentlichen in drei, von ihren Mobilisierungszintentionen unterscheidbare und daher in arbeitsteiliger Betrachtung funktionale Hauptlager: *erstens* jene Gruppen, die sich "von vorneherein der Kampfmethodik des Destabilisierungs- und Attentatsterrors" (S. 298) verschrieben und sich zur NSDAP direkt bekennen (z.B. Wehrsportgruppe Hoffmann); *zweitens* Gruppierungen um den Herausgeber der "Nationalzeitung" Frey, der seit 1971 mit Gründung der "Deutschen Volksunion" all diejenigen enttäuschten NPD-Mitglieder aufzufangen versuchte, die den Kampf um die viel berufene "schweigende Mehrheit" weiterführen, "von der der deutsche Faschismus zu wissen meint, daß es sie nach der Rehabilitierung nicht eines Strasser, sondern des 'Führers' und nach Rückschleudung endlich des Kriegsschuldvorwurfs an die Siegermächte und gewissenbefreiender Erklärung der Judenvernichtung zur Siegerlüge . . . verlangt" (S. 299f.); *drittens* endlich jene Gruppe der "Solidaristen", "Nationalrevolutionäre" und "Volkssozialisten", der "ideologisch heute am weitesten über die Grenzen des organisierten Neonazismus hinaus Öffentlichkeitswirkungen erzielenden, insbesondere um Einfluß auf die Alternativ- und Protestbewegungen bemühten und . . . in 'zeittrend'-typischen oder 'wende'-adäquaten politisch-kulturellen Diskussionen der Medien sowie 'zeitpuls'-führender Podiumsdiskussions- und Akademietagungs-Experten gegenwärtig in die Rolle fast eines thematischen Stichwortgebers vorgestoßenen Formation" (S. 303).

Opitz untersucht das Ideologiemuster dieser dritten Gruppierung, das aus einer "biologistischen, extrem sozialdarwinistisch ausformulierten Anthropologie", einer rassistischen Ethnologie, einer völkischen Gesellschaftslehre ("Biohumanismus"), dem sog. "Ethnopluralismus", dem "Befreiungsnationalismus" und einem "ganzheitlichen Gestalt"-Denken besteht (S. 318ff.). Mit diesem Ideologiemuster wirbt die "neue Rechte" für ihr neues Zentralthema: Sie tritt auf gegen das "Jalta-Teilungs-Diktat", gegen die "Supermächte", für ein "ungeteiltes" und "autonomes" Europa, dann für ein "wiedervereinigtes sozialistisches Gesamtdeutschland".

Die Untersuchung gibt wichtige Hinweise darauf, daß es für den antifaschistischen Kampf nicht allein darauf ankommen kann, die offen auftretenden faschistischen Gruppen "dort zu schlagen, wo man sie trifft". Zu wenig im Blickfeld war und ist immer noch der regierungsamtliche Faschismus, etwa Mayer-Vorfelders Vorstoß zur Propagierung des ganzen "Deutschlandliedes" und der in Theoriezirkeln werkende, weitgehend unbekannte, aber von seinen Publikationen her zugängliche, mit "neo"konservativen Kräften zusammenarbeitende Faschismus.

Im Mai erscheint im Röderberg-Verlag der Band "Neofaschismus – ein antifaschistisches Arbeitsbuch", in dem einer der letzten Beiträge von Reinhard Opitz veröffentlicht sein wird. – (huh, rül, ulb)

Sozialismus/Revisionismus

Wie entwickelt sich die Sowjetunion? Zu einigen Ergebnissen des 27. Parteitags der KPdSU

Vom 25. Februar bis 6. März führte die KPdSU ihren 27. Parteitag durch. Sein hauptsächliches Ergebnis ist die Verabschiedung einer Neufassung des Programms, das 1961, noch zu Zeiten Chruschtschows, in Kraft getreten war. Die folgenden Beiträge erheben nicht den Anspruch, das neue Programm und seine Änderungen gegenüber der 61er Fassung umfassend zu bewerten. Sie wollen jedoch auf einige Punkte und Entwicklungen hinweisen, die bemerkenswert

und von Interesse für die weitere Auseinandersetzung mit der KPdSU erscheinen. Die Dokumente des Parteitags – u.a. Rechenschaftsbericht des ZK, Programm, Bericht und Beschluß über die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1986 bis 1990 und für den Zeitraum bis zum Jahr 2000 – sind veröffentlicht in "Sowjetunion zu neuen Ufern?", herausgegeben vom Brücken Verlag.

Neue Bestimmung der Aufgaben

Das Programm von 1961 legte fest:

"Der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft ist zur unmittelbaren praktischen Aufgabe des Sowjetvolkes geworden."

Sogar den Zeitplan für den Aufbau hatte die KPdSU damals im Programm niedergeschrieben: Bis 1970 sollten die USA in der Pro-Kopf-Produktion überflügelt, bis 1980 ein Überfluß an materiellen und kulturellen Gütern für die ganze Bevölkerung gesichert und die kommunistische Gesellschaft im wesentlichen aufgebaut sein. (1)

der Arbeit noch nicht aufgehoben ist und damit auch weiterhin Klassen und Klassenunterschiede bestehen. Denn, so schrieb Lenin:

"Es ist klar, daß man zur völligen Aufhebung der Klassen nicht nur die Ausbeuter, die Gutsbesitzer und die Kapitalisten, stürzen, nicht nur ihr Eigentum abschaffen muß, man muß auch sonst jedes Privateigentum an den Produktionsmitteln abschaffen, man muß sowohl den Unterschied zwischen Stadt und Land wie auch den Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeit aufheben. Das ist ein sehr langwieriges Werk." (2)

Daß in der Sowjetunion nach wie vor Unterschiede zwischen Stadt und Land und Unterschiede zwischen

Fortsetzung des proletarischen Klassenkampfes als Störung, Sabotage und konterrevolutionäres Verbrechen behandelt und unterdrückt werden.

Im neugefaßten Programm dagegen gibt die KPdSU die Widersprüche in der Gesellschaft zu – um sie zu zementieren:

"Solange jedoch diese Unterschiede bestehen, hält es die Partei für ein Anliegen von erstrangiger Bedeutung, in ihrer Politik die Besonderheiten in den Interessen der Klassen und sozialen Gruppen sorgsam zu berücksichtigen." (4)

Trotzdem bedeutet das Zugeständnis von Widersprüchen eine Erleichterung für den Klassenkampf.



Klassenwidersprüche zugestanden – Gorbatschow im Gespräch mit Arbeitern

Das neue Programm korrigiert diese Bestimmung. Weder spricht es davon, daß die kommunistische Gesellschaft bereits errichtet sei, noch hält es daran fest, daß der Aufbau des Kommunismus die unmittelbare praktische Aufgabe sei. Stattdessen spricht die KPdSU von Aufgaben bei der "Vervollkommnung des Sozialismus und dem allmählichen Übergang zum Kommunismus".

Der Sozialismus unterscheidet sich vom Kommunismus vor allem dadurch, daß die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung

Hand- und Kopfarbeit existieren, ist offensichtlich. Daß es sich bei diesen Unterschieden um Klassenunterschiede handelt (3), wird heute auch von der KPdSU zugestanden. Mit der Bestimmung aber, daß die Sowjetunion sich im Stadium der Errichtung des Kommunismus befände, bestritt das Programm von 1961 die Existenz von Klassenunterschieden, insbesondere zwischen der Intelligenz und der Arbeiterklasse. In seiner Logik mußte jeder Widerstand gegen die Politik von Partei und Staat als gegen die ganze Gesellschaft gerichtet betrachtet, die

Strategie des Überflügelns aufgegeben?

Die im Programm von 1961 entwickelte Strategie des Überflügelns des Imperialismus spielt in der neuen Fassung keine große Rolle mehr. Diese Strategie war ein wichtiger Streitpunkt in der Auseinandersetzung mit der KP Chinas.

Damals hatte die KPdSU den Aufbau des Kommunismus gleichgesetzt mit dem wirtschaftlichen Sieg über den Imperialismus:

"Die ökonomische Hauptaufgabe der Partei und des Sowjetvolkes besteht darin, innerhalb von zwei Jahrzehnten die materiell-technische Basis des Kommunismus zu schaffen... Dann wird die UdSSR über beispiellos mächtige Produktivkräfte verfügen, die höchstentwickelten Länder technisch überflügeln und in bezug auf die Pro-Kopf-Produktion an die erste Stelle in der Welt vorrücken. Auf dieser Grundlage werden sich die sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen allmählich in kommunistische verwandeln, die Produktion wird sich so entwickeln, daß sie imstande sein wird, die Bedürfnisse der Gesellschaft und aller ihrer Bürger reichlich zu befriedigen." (5)

Im wirtschaftlichen Wettbewerb glaubte die KPdSU dem Imperialismus den entscheidenden Schlag versetzen

zu können. In der Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei Chinas führte sie den Fortschritt der Weltrevolution ins Feld:

"In dem Maße, wie die Wirtschaft der sozialistischen Gemeinschaft wächst, werden die Vorzüge des Sozialismus und die Möglichkeit, daß die Werktätigen größere materielle und geistige Güter als im Kapitalismus erhalten werden, immer deutlicher zutage treten. Das Steigen des Lebensstandards der Völker der sozialistischen Länder übt große Anziehungskraft auf die Arbeiterklasse aller kapitalistischen Länder aus. Die Erfolge der sozialistischen Gemeinschaft werden eine Art Katalysator werden, der revolutionierende Faktor für die Entfaltung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und für den Sieg der Arbeiterklasse über den Kapitalismus sein." (6)

Für das internationale Proletariat jedoch begründete diese Theorie keinen Fortschritt. Die Auffassung nämlich, daß der erfolgreiche wirtschaftliche Wettbewerb der Sowjetunion das imperialistische Lager entscheidend schwäche, schlug sich in der revisionistischen Theorie des friedlichen Übergangs zum Sozialismus nieder, der eben dadurch möglich werde. Die KPCh hatte diese im Programm der KPdSU von 1961 entwickelte Theorie, die die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung gegenüber der reaktionären Gewalt entwaffnete, in der "Polemik über die Generallinie" scharf kritisiert. (7) Die chilenische Arbeiterklasse, die mit der Regierung Allende den friedlichen Übergang versuchte, erlitt eine bittere Niederlage. Bemerkenswerterweise taucht die Theorie des friedlichen Übergangs in der Neufassung des Programms nicht mehr auf.

Vor allem mußte aber die Strategie des Überflügelns auf die sowjetische Gesellschaft selbst erdrückend und lähmend wirken.

Die KPCh hatte die Auffassung des 61er Programms damals als "Gulaschkommunismus" kritisiert. In der Tat bestehen die "Vorzüge des Sozialismus" nicht einfach, wie die KPdSU behauptete, in den "größeren materiellen und geistigen Gütern als im Kapitalismus". Die "Vorzüge des Sozialismus" bestehen in erster Linie in der Abschaffung von Verhältnissen, in denen der Arbeiter zu einem Teilmenschen verstümmelt, zum Anhängsel an die Maschine entwürdigt und in der die Arbeit eine Qual ist – kurzum, sie bestehen in der Befreiung der Arbeit.

Die Arbeiter sind beides, Produzenten und Konsumenten. Die Auffassung, die den höheren Lebensstandard zum entscheidenden Kriterium für die "Vorzüge des Sozialismus" machte, stützte in Wirklichkeit die gesellschaftlichen Bedürfnisse und Interessen der Arbeiter auf die von Konsumenten zusammen. Das war keine be-

wußte Lösung des Widerspruchs – denn das Verhältnis von Produzenten und Konsumenten ist ein widersprüchliches –, sondern spielte die Interessen der Konsumenten gegen die der Produzenten aus. Da aber die Arbeiterklasse nur einen Teil der Gesellschaft bildet, begründete eine solche Auffassung die Unterordnung und Unterdrückung der Interessen der Arbeiterklasse.

Imperialistische Bedrohung

Im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den 27. Parteitag bezeichnet Gorbatschow die gegenwärtige Zeitperiode als die "vielleicht alarmierendste Periode in der Geschichte". In der begründeten Besorgnis über die Entwicklung der internationalen Lage liegt auch ein Eingeständnis:

Die von Chruschtschow seinerzeit propagierte und vielfach angebotene Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus hat die Aggressivität des imperialistischen Lagers nicht gebändigt – im Gegenteil.

Systematisch haben die in der NATO verbündeten Imperialisten gegen die Sowjetunion eine Politik des Totrüstung entfaltet. Die Rüstungskosten, die sie ihr durch die eigene unlässige Aufrüstung aufgezwungen haben, sind eine schwere wirtschaftliche und politische Belastung der sowjetischen Gesellschaft, die auf die Verschärfung der inneren Widersprüche berechnet ist. Die reale Gefahr eines imperialistischen Angriffskrieges, der die Sowjetunion und der Warschauer Pakt ausgesetzt sind, ist vor allem in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre angestiegen und vermutlich so groß wie nie seit dem Überfall des deutschen Faschismus. Das neugefaßte Programm trägt dem auf verschiedene Weise Rechnung.

Das 61er Programm verbreitete unrealistische, illusionäre Vorstellungen über die imperialistischen Länder und begründete gerade daraus die Politik der friedlichen Koexistenz. Es behauptete nämlich, daß ein Teil der imperialistischen Bourgeoisien vernünftig und deshalb für die friedliche Koexistenz sei, und zog den Schluß:

"Es entstehen Möglichkeiten dafür, daß sich unter den Staaten prinzipiell neue Beziehungen durchsetzen." (8)

Der Kern der so begründeten friedlichen Koexistenz war die angestrebte Zusammenarbeit mit den USA, die bis zur Kollaboration insbesondere gegen die unterdrückten Völker ging. (9) Einiges spricht dafür, daß die KPdSU sich durch solche Zusammenarbeit nicht nur gegen die imperialistische Aggressionspolitik absichern wollte – ein vergebliches Unterfangen –, son-

dern auch ein schnelleres Aufholen des technologischen Vorsprungs der USA erhoffte.

Demgegenüber ist das jetzt verabschiedete Programm auffällig illusionslos. Es vertritt die Unterscheidung in einen unvernünftigen und einen vernünftigen Teil der Bourgeoisien nicht mehr. Auch scheint die KPdSU nicht mehr davon auszugehen, "prinzipiell neue Beziehungen" zu den imperialistischen Staaten durchsetzen zu können. Die entsprechende Formulierung ist gestrichen. Gleichzeitig legt die KPdSU ausdrücklich Wert darauf, "die Unabhängigkeit von den kapitalistischen Ländern auf strategisch wichtigen Gebieten zu sichern" (10) und nicht mehr zu importieren, was in der Sowjetunion selbst hergestellt werden kann.

Auch fällt die Kritik des Imperialismus deutlich schroffer aus. Größeren Raum widmet die KPdSU dabei vor allem der Kritik der neokolonialen Ausbeutung der unterdrückten Nationen. Warum sie aber die Kritik u.a. des westdeutschen Imperialismus aus dem Programm gestrichen hat, ist nicht erklärlich. Im 61er Programm hieß es noch:

"Die amerikanischen Monopole und ihre englischen und französischen Verbündeten helfen offen dem westdeutschen Imperialismus, der zynisch Revanche- und Annexionsziele verkündet und einen Krieg gegen die sozialistischen Staaten und andere europäische Länder vorbereitet." (11)

In der Neufassung ist die Kritik des Revanchismus nicht mehr zu finden.

Ein Angebot an Grüne und ähnliche Kräfte

In der Entwicklung und programmatischen Begründung ihrer internationalen Bündnispolitik hat sich die KPdSU deutlich von der Linie des 61er Programms entfernt. Auf folgende bemerkenswerte Entwicklung soll hingewiesen werden.

Der Rechenschaftsbericht charakterisiert die Hauptwidersprüche in der Welt – die Widersprüche zwischen Sozialismus und Imperialismus; die Widersprüche innerhalb der imperialistischen Welt, vor allem zwischen Arbeit und Kapital; die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten; die Widersprüche zwischen Imperialismus und Entwicklungsländern – und streicht dann, in diesem Zusammenhang, eine "weitere Gruppe von Widersprüchen" heraus:

"von Widersprüchen globalen Ausmaßes, die die eigentlichen Existenzgrundlagen der Zivilisation betreffen. Die Rede ist vor allem von der Verschmutzung der Umwelt, der Luft und der Weltmeere, von der Erschöpfung

der Naturreichtümer ... Immer deutlicher zeichnet sich das Bedürfnis nach effektiven internationalen Verfahren und Mechanismen ab, die eine rationelle Nutzung der Ressourcen unseres Planeten als gesamt menschliches Gut sichern würden." (12)

Hier äußert sich die Verwandtschaft mit den neuen Mittelklassen in den imperialistischen Ländern. Vor allem in Westeuropa treten diese durch grün-alternative und ähnliche Strömungen und Parteien politisch hervor. Sie begründen ihren Führungs- und Herrschaftsanspruch auf ganz ähnliche Weise, wie die KPdSU mit der "Entdeckung" eines neuen Hauptwiderspruches einen internationalen Führungsanspruch begründet: als diejenigen, die wissen, was für den Bestand und das Glück der Menschheit nötig ist.

Auch im Programm selbst wird deutlich, daß die KPdSU dem Bündnis mit der werktätigen Intelligenz in den imperialistischen Ländern große, ja entscheidende Bedeutung beimißt:

"Das brennendste Problem, vor dem die Menschheit steht, ist das Problem von Krieg und Frieden ... Für welche Zwecke die Früchte der wissenschaftlich-technischen Revolution genutzt werden, ist zu einer Grundfrage in den gegenwärtigen sozialen und politischen Auseinandersetzungen geworden." (13)

Demgegenüber spielt das internationale Proletariat in den Bündnisüberlegungen der KPdSU, hält man sich an die Dokumente des Parteitags, nur noch eine ganz untergeordnete Rolle. Zwar wird erwähnt:

"Das Leben bestätigt die marxistisch-leninistische These von der wachsenden Rolle der Arbeiterklasse in der Gesellschaft."

Aber es ist bezeichnend, wie die "wachsende Rolle" begründet wird:

"Mit der zunehmenden Anwendung der Wissenschaft in der Produktion werden die Reihen der Arbeiterklasse durch Vertreter der hochqualifizierten Arbeit ergänzt." (14)

Die leitende Klasse festigt ihren Hegemonialanspruch

Welche Triebkräfte für die weitere Entwicklung der Sowjetunion, die unter der Losung "Vervollkommen des Sozialismus und allmählicher Übergang zum Kommunismus" steht, benennt das Programm? Diese Frage erscheint für die Analyse des sozialen Gehalts der Herrschaft in der UdSSR von erheblichem Belang.

"Die KPdSU ist der Auffassung, daß unter den gegenwärtigen inneren und internationalen Bedingungen der allseitige Fortschritt der sowjetischen Gesellschaft, ihre kontinuierliche

Vorwärtsbewegung zum Kommunismus durch Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes gesichert werden können und müssen." (15)

Als entscheidend für die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung werden tiefgreifende Veränderungen vor allem in der Wirtschaft bezeichnet, darunter in erster Linie die Intensivierung der Produktion.

"Diese Aufgaben werden von Partei und Volk unter den Bedingungen der weiteren Vertiefung der wissenschaftlich-technischen Revolution gelöst, die einen starken Einfluß auf alle Seiten der modernen Produktion, auf das gesamte System der gesellschaftlichen Beziehungen, auf den Menschen selbst und seine Umwelt

beit von Ingenieuren, Wissenschaftlern und Konstrukteuren herbeizuführen. Gerade sie bringen wissenschaftliche Ideen und Entwicklungen hervor, und in erster Linie hängt von ihnen das technische Produktionsniveau ab." (18)

Die Dokumente des Parteitags bestätigen unseres Erachtens die These, daß sich auf der Grundlage der Beteiligung aller an der Arbeit und auf der Grundlage der fortexistierenden Scheidung von Hand- und Kopfarbeit eine Klasse herausgebildet hat, die die Leitung der Gesellschaft und die Verwaltung der Produktivkräfte zur ihrer besonderen Aufgabe gemacht hat. Diese leitende Klasse benutzt heute die Staatsmacht, um ihre abgesonderte Position, ihren besonderen Platz in



Sowjetische Studenten. Die Selbstrekrutierung der werktätigen Intelligenz ist sehr hoch. Eine Fünf-Städte-Studie von Ende der 60er Jahre zeigt, daß der Anteil der werktätigen Intelligenz an der Bevölkerung 14,2% beträgt, der Anteil der Studenten aber, deren Eltern der werktätigen Intelligenz angehören, bis zu 50%. Anders formuliert: Von den Kindern der werktätigen Intelligenz besuchen über 80% die Hochschule.

ausübt sowie neue Perspektiven für eine bedeutende Steigerung der Arbeitsproduktivität und für den Fortschritt der Gesellschaft insgesamt eröffnet." (16)

Damit wird der werktätigen Intelligenz als den Trägern der wissenschaftlich-technischen Revolution bzw. des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ohne jeden Abstrich die Schlüsselstellung für die Entwicklung der Sowjetunion zugewiesen. (17) Daraus entwickelt die leitende Klasse ihren Hegemonialanspruch über die sowjetische Gesellschaft, den sie so unumwunden im 61er Programm nicht hatte unterbringen können. Mit allem Nachdruck fordert sie die Aufwertung der – offensichtlich umstrittenen – gesellschaftlichen Stellung der Kopfarbeit:

"Und das Wichtigste ist natürlich (!), die notwendigen wirtschaftlichen, sozialen und organisatorischen Voraussetzungen für eine schöpferische Ar-

beit der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit zu befestigen. Dabei darf aber folgendes nicht übersehen werden:

Die Herausbildung der leitenden Klasse war in der Sowjetunion ein langer Prozeß, ist das Ergebnis eines langen Kampfes, den man in vielen Dokumenten über Jahrzehnte hinweg verfolgen kann. Dabei spielte eine wesentliche Rolle, daß sich die Sowjetunion seit Beginn ihrer Existenz den Versuchen des Imperialismus erwehren mußte, die Herrschaft des Privateigentums wiederherzustellen.

Die Ausgangslage für den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion war bestimmt durch unerträglichen, umfassenden Mangel, den auf der Grundlage ererbter Rückständigkeit und der durch den ersten Weltkrieg hervorgerufenen Krise der Bürgerkrieg und die imperialistischen Interventionen verursacht hatten. Die Beseitigung des Mangels war die Überlebensfrage der

proletarischen Revolution. Ein zweites Mal ist die Sowjetunion durch den faschistischen Überfall und seine unvorstellbaren Verwüstungen in eine Lage gebracht worden, in der die Beseitigung von Mangel und Not die für die weitere Entwicklung entscheidende Frage war.

Diese beiden Erfahrungen waren für den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion prägend. Sie förderten eine Auffassung, nach der derjenige Weg der Entwicklung der Produktion der richtige ist, der schnell zu hohen Ergebnissen führt. Die Umstrukturierung der Produktion, die die Produktionsmethoden von Grund auf umwälzt und die Arbeitsteilung aufhebt, erfordert aber einen großen ökonomischen und politischen Kraftaufwand. Mit ihren unablässigen politischen, ökonomischen und militärischen Aggressionen haben die Imperialisten die Sowjetunion nicht in eine Lage kommen lassen, in der sie in aller Ruhe eine radikale Kritik an den alten Produktionsmethoden, die im Fabrikssystem ihren Ausdruck finden, und an der alten Arbeitsteilung entwickeln und alle notwendigen Maßnahmen zur Umwälzung ergreifen konnte.

So trug der imperialistische Druck in großem Maße zur Verfestigung der alten Arbeitsteilung und damit zur Herausbildung der leitenden Klasse bei.

Kommunistische Bestrebungen der Arbeiter

Wie entwickelt die sowjetische Arbeiterklasse ihre Kritik? An welchen Fragen vor allem bildet sich ihr Klassenbewußtsein heraus? Die Dokumente des Parteitags geben einige aufschlußreiche Hinweise.

"Große Bedeutung mißt die Partei der Vervollkommenung der Verhältnisse bei ... Konsequenz wird auf denkbar effektive Verteilung des gesellschaftlichen Produkts und des Nationaleinkommens und darauf hingewirkt, daß der Verteilungsmechanismus als eine zuverlässige Schranke gegen nichterarbeitetes Einkommen, gegen Gleichmacherei bei der Entlohnung ... dient ..." (19)

Auch der Rechenschaftsbericht greift mehrfach "Tendenzen zur Gleichmacherei" an. Besonders deutlich wird Ryschkow in seinem Bericht über die "Haupttrichtungen":

"Neue Entlohnungsformen, die sich in der Praxis gut bewährt haben, werden eingeführt. Sie werden es ermöglichen, eine Arbeit von hohem schöpferischen Nutzeffekt zu fördern und die Nivellierungstendenzen zu überwinden. Seinerzeit bestanden viele Leiter auf ihrer Einführung. Des-



Die Parteiführung kritisiert "die in letzter Zeit verstärkt in Erscheinung tretenden Elemente der Gleichmacherei" bei den Arbeitern.

halb läßt sich schwer erklären, warum bis heute kaum ein Dutzend Betriebe und Vereinigungen zu den neuen Entlohnungsformen übergegangen sind." (20)

"Von herausragender sozialökonomischer Bedeutung ist die Aufgabe, die Wirksamkeit des Lohnsystems zu erhöhen. Die in letzter Zeit verstärkt in Erscheinung tretenden Elemente der Gleichmacherei und große Mängel im Bereich der Arbeitsnormen und Lohngestaltung untergraben seine stimulierende Rolle und hemmen die Steigerung der Produktivität." (21)

Zweierlei läßt sich daraus schließen. Der Widerstand der Arbeiter scheint Massencharakter anzunehmen, und er scheint sich nicht auf bloße Obstruktion zu beschränken, die von interessierter Seite schon länger beklagt wird, sondern zunehmend an Richtung zu gewinnen. Die leitende Klasse will, daraus macht sie keinen Hehl, die weitere Differenzierung und Hierarchisierung der Arbeitsteilung, was die Konkurrenz unter den Werktätigen schürt. Im Kampf dagegen entwickeln sich die gleichmacherischen und nivellierenden, d.h. die kommunistischen Bestrebungen der sowjetischen Arbeiterklasse.

In diesem Zusammenhang muß auf eine wichtige Programmentwicklung hingewiesen werden. Die KPdSU steht im Programm "wesentliche Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Arbeit" zu und läßt, anders als im 61er Programm, die Auffassung zu, daß es sich dabei um Klasseunterschiede handelt. (22)

Auch das läßt Rückschlüsse auf die Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes und der Kritik der Arbeiterbewegung an der bestehenden sozialen Ungleichheit zu. In der Tat unterscheidet sich die soziale Stellung der werktätigen Intelligenz deutlich von der der Arbeiterklasse, und zwar:

"in der Verantwortlichkeit und ge-

sellschaftlichen Aktivität, im Niveau des Arbeitseinkommens und anderer Formen der materiellen Absicherung des Alltags". (23)

Die gleichmacherische und nivellierende Kritik daran zielt letztlich auf die gesellschaftliche Organisation der Arbeit selbst. Denn die soziale Ungleichheit entspringt der ungleichen Stellung in der Arbeitsorganisation, in der die Kopfarbeit die Handarbeit kommandiert.

Entfaltungsmöglichkeiten des Klassenkampfes

Die Dokumente des Parteitags vermitteln den Eindruck, daß die leitende Klasse einen großen Versuch unternimmt, nicht nur die Angehörigen der werktätigen Intelligenz, sondern die ganze Gesellschaft für ihre als "Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung" bezeichneten Ziele zu mobilisieren. Insbesondere der Rechenschaftsbericht liest sich in dieser Hinsicht sehr interessant. Der Kurs der "Beschleunigung ..." verfestigt die Klassenspaltung und beinhaltet einen scharfen Angriff auf die Arbeiterklasse: die weitere Differenzierung durch den Lohn, die Ausfeilung von Antreibermethoden, die Ausweitung von Schichtarbeit usw. Trotzdem ist nicht grundsätzlich auszuschließen, daß die Mobilisierung auch der Arbeiterklasse oder großer Teile der Arbeiterklasse gelingt. Die Kritik an gewissen Versteinerungen, der Aufruf zu Erneuerung und Umgestaltung, die Versprechungen auf Entfaltung der Demokratie könnten mobilisierende Wirkung entwickeln.

Andererseits aber erscheinen gerade in der Auseinandersetzung mit den

Mobilisierungsversuchen der leitenden Klasse die kommunistischen Bestrebungen der Arbeiter zunehmend als selbständige Bewegung.

Welche Entwicklungsrichtung wird die sowjetischen Gesellschaft nehmen? Die entscheidende Frage dabei ist: Kann die Arbeiterklasse eine Linie der revolutionären Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse entwickeln, für die sie die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft und damit auch die überwiegende Mehrheit der werktätigen Intelligenz gewinnt? Kann sie bei der werktätigen Intelligenz den Wunsch nach Veränderung wecken, sie für die Abschaffung einer besonderen leitenden Klasse mobilisieren?

Der Dokumentenband über den Paritätstag zitiert im Vorwort einen interessanten Artikel aus der "Literaturnaja Gazeta" vom 20.11.85, wo es heißt:

"Von 129 Millionen Arbeitern, Angestellten, Kolchosbauern sind bei uns 50 Millionen mit manueller Arbeit beschäftigt. Vor dem Hintergrund des Wachstums der Qualifikation und der allgemeinen Kultur junger Menschen erscheint diese Zahl als besonders un-

erträglich... Es ist kein Geheimnis, daß junge Arbeiter nicht selten gerade mit den nichtattraktiven Tätigkeiten beschäftigt werden. Ihnen werden oft veraltete Mechanismen und jene Arbeitsbereiche übergeben, in denen man weniger Geld verdienen kann. Und die jungen Ingenieure, die über den 'mächtigen Fortschritt der wissenschaftlich-technischen Revolution' Artikel gelesen und Fernsehsendungen gesehen haben – wie müssen sie sich in der Rolle eines Meisters oder Abschnittsleiters inmitten des Überflusses an körperlicher Arbeit fühlen? Ungemütlich!"

Dem kapitalistischen Privateigentümer, der fremde Arbeit kommandiert, ist ein solch ungemütliches Gefühl völlig fremd. Woher rührt es bei denen, die in der Sowjetunion die Kommandogewalt über die Arbeit, speziell die Handarbeit, ausüben? Die leitende Klasse hat an der gesellschaftlichen Arbeit teil. Sie hat sehr einseitig daran teil, ist ausschließlich mit geistiger Arbeit beschäftigt. Aber durch ihre Beteiligung an der Arbeit besteht eine Verbindung mit der Arbeiterklasse und kann sie wichtige Erfahrungen machen.

"Indem die Arbeit geteilt wird, wird auch der Mensch geteilt. Der Ausbildung einer einzigen Tätigkeit werden alle übrigen körperlichen und geistigen Fähigkeiten zum Opfer gebracht," schreibt Engels. (24)

Das gilt für den Handarbeiter, dem – auch in der Sowjetunion – die Möglichkeiten, seine geistigen Fähigkeiten auszubilden und zu betätigen, die Möglichkeiten, die wissenschaftlichen Grundlagen der Produktion zu verstehen, genommen oder doch äußerst eingeschränkt sind. Aber das gilt nicht weniger für den Kopfarbeiter. Die Nichtbeteiligung an der körperlichen Arbeit, an der Praxis der Produktion, die eine Grundbedingung der menschlichen Existenz ist, läßt ihn körperlich und geistig verkümmern.

Zu einer radikalen Kritik der Arbeitsteilung ist die leitende Klasse nicht in der Lage. Sie verdankt ihre besondere gesellschaftliche Stellung der Befreiung von körperlicher Arbeit, und sie strebt danach, ihre Besonderung zu befestigen. Dieses Interesse prägt ihre Haltung zur körperlichen Arbeit, die sie verachtet. Soweit sie überhaupt Kritik an der Organisation der Arbeit übt, zielt diese auf die

Reform des Volksbildungswesens

Am 12. April 1984 verabschiedete der Oberste Sowjet der UdSSR "Haupttrichtungslinien der Reform der allgemeinbildenden und Berufsschulen". Die Reform war drei Monate lang auf 1,3 Millionen Versammlungen diskutiert worden, auf denen sich rund 7 Millionen Menschen zu Wort meldeten. Insgesamt nahmen ca. 120 Millionen Menschen an der Erörterung der Reform teil. Das ist nicht nur erwähnenswert, weil eine solche Praxis in der freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik völlig unbekannt ist. Die Angaben weisen auch auf ein außerordentlich hohes Interesse der sowjetischen Bevölkerung hin. In der Tat deuten der Beschluß selbst und das begründende Referat, das das Mitglied des Politbüros des ZKs der KPdSU, Aljewa, vor dem Obersten Sowjet hielt, auf einen hartnäckigen Kampf der verschiedenen Klassen der sowjetischen Gesellschaft um die allgemeine Volksbildung hin.

Die Gestaltung und Ausrichtung des Volksbildungswesens gibt ein Bild von der Entwicklungsrichtung der Gesellschaft und beeinflußt sie. Die Grundlage für die Überwindung der Kluft zwischen Hand- und Kopfarbeit, für die allseitige und harmonische Entwicklung des Menschen ist die polytechnische Ausbildung in der Einheitsschule. Kann die Arbeiter-

klasse die Ausbildung der körperlichen und geistigen Anlagen eines jeden Menschen durchsetzen, übt sie damit zugleich einen starken Einfluß auf die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit aus, auf die Gestaltung von Arbeitsverhältnissen, in der jeder Mensch seine körperlichen und geistigen Anlagen auch betätigen kann.

Mit der Reform, die bis 1990 umgesetzt werden soll, wird die allgemeinbildende Oberschule von zehn auf elf Jahre erweitert, indem zukünftig die Kinder mit sechs statt mit sieben Jahren zur Schule gehen sollen. Als inhaltliches Ziel nennt der Reformbeschluß an vorderster Stelle:

"– die Organisation der Arbeitserziehung, der Ausbildung und Berufsorientierung in der allgemeinbildenden Schule grundsätzlich zu verbessern; den polytechnischen Charakter und die praktische Ausrichtung der Ausbildung zu verstärken; die Heranbildung von qualifizierten Arbeiterkadern im System der Berufsbildung wesentlich zu erweitern; den Übergang zur allgemeinen beruflichen Ausbildung der Jugend zu verwirklichen;"

Diese Reform hat eine lange Geschichte. Die Diskussion darum setzte bereits gegen Ende der 30er Jahre ein. Ihre Durchführung hatte zunächst der faschistische Überfall verhindert. Nach langjähriger Erörterung um Gegenstand und Inhalt der polytechnischen Ausbildung hatte die Sowjetunion 1958 einen breiten polytechnischen

Fächerkanon eingeführt mit einem hohen Anteil an Werkunterricht und technischem Zeichnen. Die damalige Reform rief jedoch binnen kurzer Zeit starke Gegenkräfte auf den Plan, die das verhältnismäßig hohe Gewicht, das auf die Ausbildung der körperlichen Fähigkeiten gelegt wurde, kritisierten und eine "Korrektur" durchsetzten. 1966 war der Anteil der der praktischen Ausbildung und produktiven Arbeit gewidmeten Stunden von 21 % (1958) auf gut 8 % gesunken. Bis heute ist er allgemein nur unwesentlich höher.

Dazu paßt, daß die Zahl der Studenten, die nach Abschluß der Schule ohne Nachweis einer Produktionstätigkeit an die Hochschule aufgenommen werden, sehr niedrig ist. Nach der Schulreform von 1958 hatten noch über 80 % der Studenten an der Bergbauakademie-Swerdlovsk vorher gearbeitet, 1966 nicht einmal mehr 20 %. Auch dieser Zustand hat sich seither nicht grundlegend geändert.

Die Reform zielt darauf, die allgemeine Oberschulbildung durch eine allgemeine Berufsbildung zu ergänzen. In dieser Hinsicht hat die Arbeiterklasse Interessen geltend machen können.

In der um ein Jahr verlängerten, dann vierjährigen Unterstufe sollen Kinder außer Lesen, Schreiben, Rechnen in stärkerem Maße "gründlichere anfängliche Arbeitsfertigkeiten" lernen. In der Mittelstufe (bis zum 9. Jahr) sollen die Grundlagen der Wissenschaften – wie bisher – vermittelt und soll die allgemeine Arbeitser-

Abschaffung von körperlicher Arbeit. So ist es das erklärte Ziel des Parteitags, den Anteil der schweren körperlichen und schließlich der körperlichen Arbeit überhaupt zu reduzieren. Das Programm konzipiert zwar die Notwendigkeit, die Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit aufzuheben – und das ist ein wichtiger Anhaltspunkt für den proletarischen Klassenkampf –, will das aber höchst einseitig verstanden wissen:

"Die revolutionären Veränderungen im Bereich der Produktivkräfte führen dazu, daß in der Tätigkeit breiter Massen von Arbeitern und Kolchosmitgliedern der Anteil der geistigen Arbeit weiter zunimmt. Gleichzeitig steigt die Anzahl der Angehörigen der Intelligenz und erhöht sich ihr schöpferischer Beitrag zur materiellen Produktion." (25)

Tatsächlich aber können die wesentlichen Unterschiede nur durch wirkliche Verbindung von körperlicher und geistiger Arbeit in der Betätigung jedes Einzelnen beseitigt werden. Nur dann auch erhält "die Arbeit den ihr durch die Teilung abhanden gekommenen Reiz der Anziehung wie-

der" (Engels, 26) und wird zum ersten Lebensbedürfnis.

Auf der Grundlage ihrer Beteiligung an der Arbeit, die sie die knechtende Unterordnung unter die Arbeitsteilung erfahren läßt, kann die werktätige Intelligenz, so scheint uns, für die Aufhebung der besonderen mit der Leitung der Gesellschaft befaßten Klasse gewonnen werden. Aber man darf die Wucht ihres Strebens nach Besonderung nicht unterschätzen, wie sich in der großen proletarischen Kulturrevolution erwiesen hat. Dieser bisher größte Versuch in dieser Richtung hat mit einer Niederlage für die Arbeiterklasse geendet.

Quellenhinweis: (1) Programm und Statut der KPdSU, Berlin (Ost), 1961, S. 62; (2) Lenin Werke Bd. 29, S. 410; (3) "Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung

und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen." aus: Lenin Werke, Bd. 29, S. 410; (4) Programm 1986, in: Sowjetunion zu neuen Ufern?, S. 220; (5) Programm 1961, S. 62; (6) Brief des ZK der KPdSU an das ZK der KP Chinas, in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, S. 566ff; (7) Polemik ..., S. 119ff und 401ff; (8) Programm 1961, S. 53; (9) Polemik, S. 207ff und 287ff; (10) Programm 1986, S. 206; (11) Programm 1961, S. 30; (12) S. 46; (13) Programm 1986, S. 191; (14) ebenda, S. 187; (15) ebenda, S. 197; (16) ebenda, S. 199; (17) s. dazu auch: Zur Diskussion um die Rolle der Intelligenz in der DDR, in: Diskussionsergebnisse zum Thema: "Revisionismus/ Sozialismus", 18.11.85, erschienen bei GNN; (18) Ryschkow, in: Sowjetunion zu neuen Ufern, S. 330; (19) Programm 1986, S. 208; (20) Ryschkow, S. 330; (21) ebenda, S. 360; (22) Programm 1986, S. 213 und 219ff; (23) Tschewonnaja, zitiert nach: Osteuropa, 7/84, S. 485; (24) Engels, Anti-Dühring, Peking 1972, S. 387; (25) Programm 1986, S. 220; (26) Engels, ebenda, S. 389 – (scc, brb, huh)

ziehung im großen und ganzen beendet sein. Dabei soll der Unterricht enger mit der Produktion verbunden werden, indem Betriebe die Patenschaften für Schulen übernehmen. Eine Zeitlang werden die Schüler sich in den zugeordneten Betrieben an der Produktion beteiligen. Am Ende der Mittelstufe sollen sie dann z.B. an Drehbänken arbeiten können – das heißt, die Jungen sollen das können. Bisher wird der Arbeitsunterricht ab der Mittelstufe für Jungen und Mädchen getrennt, die Mädchen lernen Kochen, Nähen, Textilkunde usw., die Jungen Holz- und Metallbearbeitung. Es ist nicht bekannt, daß die Reform diese schreiende Ungleichbehandlung beseitigt.

Überhaupt soll die Reform nicht die Einheitsschule schaffen, auch wenn die Ausbildung nunmehr bis zur 9. statt 8. Klasse einheitlich sein wird. Nach der 9. Klasse trennen sich die Wege der Jugendlichen. Ein Teil geht auf die Berufsoberschulen und macht dort eine zwei- bis dreijährige Facharbeiterausbildung, wobei sich dieser Teil in der Perspektive verdoppeln soll. Es ist nicht ganz klar, was das heißt: Will man den Zugang zur Hochschule verschärfen – wofür einiges spricht – oder die Jugendlichen, die bisher keine weitere Ausbildung erhielten, stärker erfassen, oder beides?

Der andere Teil der Jugend besucht weiter die 10. und 11. Klasse, wo er die "Hochschulreife" erwirbt. Neu ist jedoch, daß auch dieser Teil während seiner Oberschulausbildung eine allgemeine berufliche Ausbildung erhält.

Wer oder was darüber entscheidet,

welcher Jugendliche nach der 9. Klasse welchen Weg einschlägt, läßt der Reformbeschluß ziemlich im Dunkeln. Doch soll die Rolle der Zensuren verschärft werden und sollen zukünftig auch noch Zensuren für "Lern- und Arbeitseifer" erteilt werden. Da die "gesellschaftlichen Bedürfnisse" Vorgaben über das zahlenmäßige Verhältnis machen, kann man davon ausgehen, daß die Konkurrenz unter den Schülern angestachelt wird. Aufschlußreich ist aber auch, welche "Wünsche" in der breiten Diskussion abgeschmettert wurden:

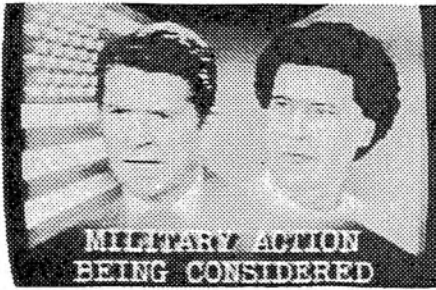
"Das betraf unter anderem den Vor-

schlag, zur Aufnahme in die zehnte Klasse der elfjährigen Oberschule einen Wettbewerb unter den Schülern durchzuführen. Es ist wohl richtig, davon auszugehen, daß alle Abgänger der neunten Klasse gleiche Chancen haben."

Quellenhinweis: UdSSR – neue Richtmaße des sozialen Fortschritts, Materialien der 1. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der 11. Legislaturperiode, 11.–12.4.84; Du-Hul Song, Sowjetunion und China, Egalisierung und Differenzierung im Sozialismus; Sowjetunion heute, 3/1986.



Werkunterricht in der 8. Klasse



Aggression gegen Libyen

Während die USA unverhohlen mit weiteren Angriffen gegen Libyen drohen, lockt die EG "mit ausgestreckter Hand" (Möller). Das Ziel ist dasselbe: Die Regierung Ghaddafi soll gestürzt, die Unabhängigkeit Libyens zerstört, der wirtschaftliche Aufbau um Jahre zurückgeworfen werden. Das öffentliche "Abraten" der EG-Au-

ßenminister von militärischen Aktionen, wenige Stunden vor dem Angriff, war Teil eines abgekarteten Spiels. Tage vorher wußte die britische Regierung von dem Angriff, die Bomber wurden vom US-Kommando "EUCOM" in Stuttgart befehligt. Speziell die BRD verfügt über enge Beistandsabkommen mit den USA, um sich an solchen Aggressionen wirksam zu beteiligen.

Ergebnisse des KPI-Parteitags

Vom 9. bis 13.4. hat in Florenz der 17. Parteitag der italienischen Kommunistischen Partei (PCI) getagt. Der Parteitag war um ein Jahr vorgezogen worden, nachdem die PCI im letzten Jahr bei den Regionalwahlen und beim Volksentscheid über die "gleitende Lohnskala" schmerzliche Niederlagen erlitten hatte. Jetzt war zu klären, wie die Isolierung der Kommunisten überwunden und eine "demokratische Alternative" gegen die christdemokratische Reaktion aufgebaut werden kann. Die Bürgerlichen hofften, die PCI würde um der "Mehrheitsfähigkeit" willen Arbeiterinteressen aufgeben und sozialdemokratisch werden. Was hat der Parteitag beschlossen?



Weltweite Interessen

Die in München angesiedelten High-Tech-Konzerne sind weltweit tätig. Verwaltungseinrichtungen für die Auslandsgeschäfte, Forschungszentren für weltweite Produktionsschlachten und ein Management für imperiale Ausbeutung lassen den Eindruck von einem Dreh- und Angelpunkt entstehen. Die Konzernherren



fördern diesen Eindruck. Die Unionspolitiker der CSU formen daraus programmatische Grundsätze. So müsse überall in der Welt am Aufschwung "partizipiert" werden, die internationale Arbeitsteilung weiter optimiert und der Ressourcenausgleich zwischen den Kontinenten sichergestellt werden. Wie stark ist die Kritik dieser imperialistischen Politik und welche Probleme sind vorhanden?

Otto Esser – Bilanz von sieben Jahren BDA-Politik

Ende dieses Jahres endet die Amtszeit von Otto Esser an der Spitze der Arbeitgeberverbände. Nach dem Tode Schleyers an die Spitze der BDA gewählt, sind mit Essers Namen verbunden: Schwere Lohnsenkungen und Versicherungskürzungen, der Wechsel von der Regierung Schmidt/Genscher zur Regierung Kohl/Genscher, die Ausdehnung der Wochenend- und Nachtarbeit für zahlreiche Lohnabhängige und nun der Angriff auf das Streikrecht. "Christliche Soziallehre" und "Angebotspolitik" – mit dieser Demagogie haben die Kapitalisten ihre Angriffe vorgetragen. Wie kann diese Demagogie wirksam kritisiert werden? Und wie haben CDU/CSU, FDP und SPD die Kapitalisten unterstützt?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen. Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Großen Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Politische Berichte und Lokalberichte bitte im jeweiligen Bundesland bestellen.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.